

2 TEIL I: DIE REFORM DER REFORM AN DER COMENIUS-SCHULE

2.1 Statistischen Daten zur Entwicklung der Schule von 1979 bis 1993 als Vergleichshorizont

Die bisherige Schulentwicklungsforschung stützt sich bei ihrer Empirie hauptsächlich auf quantitative Verfahren.¹ Kleinere qualitative Untersuchungen werden parallel durchgeführt, um die Möglichkeit von "Blindstellen" (BARTON/LAZARFELD, 1989) auszuschließen. Der Schwerpunkt liegt auf dem mit Fragebögen erhobenen Datenmaterial. Der in der Schule Tätige, der sich somit selbst in einem auf diese Weise untersuchten Sozialfeld bewegt, stellt aber schon bald fest, dass solche Untersuchungsergebnisse seltsam unbestimmt bleiben und dass man sie – je nach Blickwinkel – anders interpretieren könnte. Hier zeigt sich ein schon von CICOUREL (1974) in den 60er Jahren kritisiertes Phänomen, dass sich Messungen von sozialen Prozessen selten genau durchführen lassen, weil sich "eine exakte Übereinstimmung zwischen den zur Untersuchung stehenden substantiellen Elementen und Beziehungen und den geordneten Elementen und Beziehungen des Messungssystems" (S.15) in der Regel im sozialen Bereich nicht herstellen lässt, die Messungen mithin willkürlich sein müssen. Diese nicht auszuschließende Unsicherheit betrifft sowohl das Arrangement des Messvorgangs selbst, als auch die nachträgliche Interpretation der Ergebnisse. Vollends problematisch werden quantitative Verfahren, wenn sie sich auf eine zu geringe Datengrundlage stützen müssen, wie es bei Einzelschulen leicht der Fall ist. Damit soll allerdings nicht die Notwendigkeit von quantitativ orientierten Verfahren bei der Untersuchung größerer Datenmengen in Frage gestellt werden, obwohl auch dann die Überprüfung der Ergebnisse an einzelnen "Fällen", die mit qualitativen Verfahren untersucht werden, notwendig ist.

Die im Folgenden präsentierten statistischen Daten, die auf den kollektiven Einzelfall der Comenius-Schule bezogen sind, haben für sich genommen nur einen geringen Erkenntniswert. Ihre Bedeutung bekommen sie erst durch die Kontrastierung mit qualitativen Daten. Sie sollen einen Vergleichshorizont darstellen für die anschließende Darstellung des Entwicklungsprozesses der Comenius-Schule.

¹ Vgl. dazu neben den Untersuchungen von FEND (1974-79) z.B. die Veröffentlichungen des IFS (Institut für Schulentwicklungsforschung) an der Universität Dortmund, die Forschungen zur Grundschulentwicklung von HAENISCH/SCHULDT (1994) und HAMEYER u.a. (1992) und die Untersuchungen zu Innovationen in Schulen (WIECHMANN, 1994).

2.1.1 Entwicklung der Schülerzahlen

Die hier vorliegenden Daten beziehen sich auf die Erhebung im Oktober des jeweiligen Schuljahres. Sie schwanken sehr stark durch Neuzugänge und Abgänge im Laufe des Jahres. Mitunter sind Korrekturen während der Erhebung notwendig gewesen. Die Zahlen sind deshalb nicht absolut zuverlässig, geben aber den Trend wieder.

Tabelle 1: Entwicklung der Schülerzahlen an der Comenius-Schule im Untersuchungszeitraum (1979/80 - 1992/93)

Schuljahr	79/80	80/81	81/82	82/83	83/84	84/85	85/86	86/87	87/88	88/89	89/90	90/91	91/92	92/93
Anzahl der Schüler	1728	1718	1648	1457	1262	1111	952	905	840	822	828	860	907	912
Jg.4 der Grund-schulen	320	291	279	261	196	215	218	205	191	201	179	175	200	207
Übergänger in den Jg.5 IGS	304	245	231	198	134	137	130	167	144	158	129	153	175	190

Aus der Tabelle 1 ergibt sich für das Gesamtaufkommen der Schüler(innen) und für die Neuzugänge folgendes Schaubild:

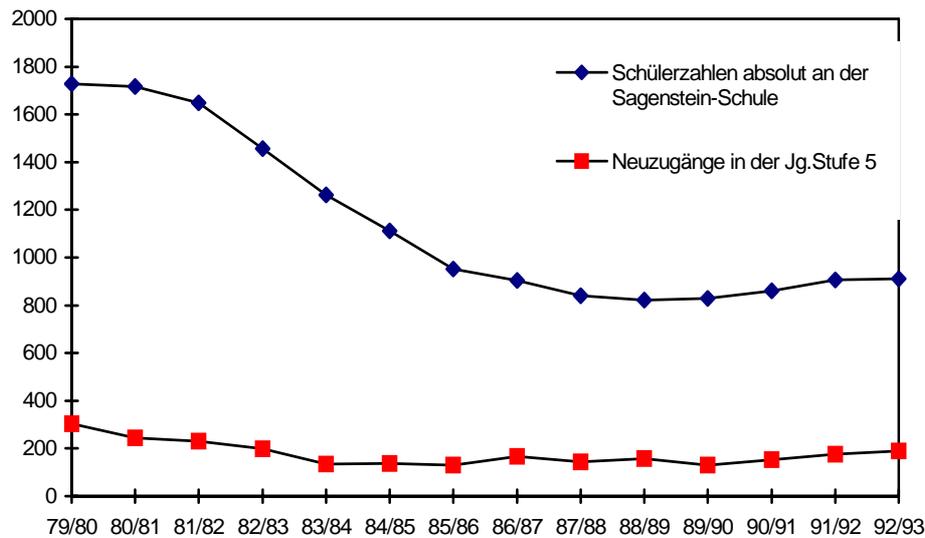


Abbildung 1: Entwicklung der Schülerzahlen an der Comenius-Schule im Untersuchungszeitraum

Ins Auge fällt das rapide Absinken der Schülerzahlen im Verlauf der 80er Jahre auf die Hälfte des ursprünglichen Bestandes. Erst zu Beginn der 90er Jahre ist wieder ein leichter Anstieg zu bemerken. Zwei Dinge sind dabei zu bemerken. Einerseits sinken die absoluten Schülerzahlen, weil die geburtenstarken Jahrgänge allmählich die Schule verlassen, andererseits wird die Gesamtschule von einer zunehmenden Zahl von Schüler(inne)n nicht mehr besucht. Das heißt, sie kann nicht mehr ohne weiteres auf das Schülerpotential der Grundschulen zurückgreifen. Sie muss sich, weil sie in einem stadtnahen Gebiet gelegen ist, darauf einstellen, dass viele Schüler(innen) von den Eltern an ihr vorbei auf andere weiterführende Schulen geschickt werden. Die folgende Tabelle und die daraus konstruierten Schaubilder verdeutlichen diese Tendenz.

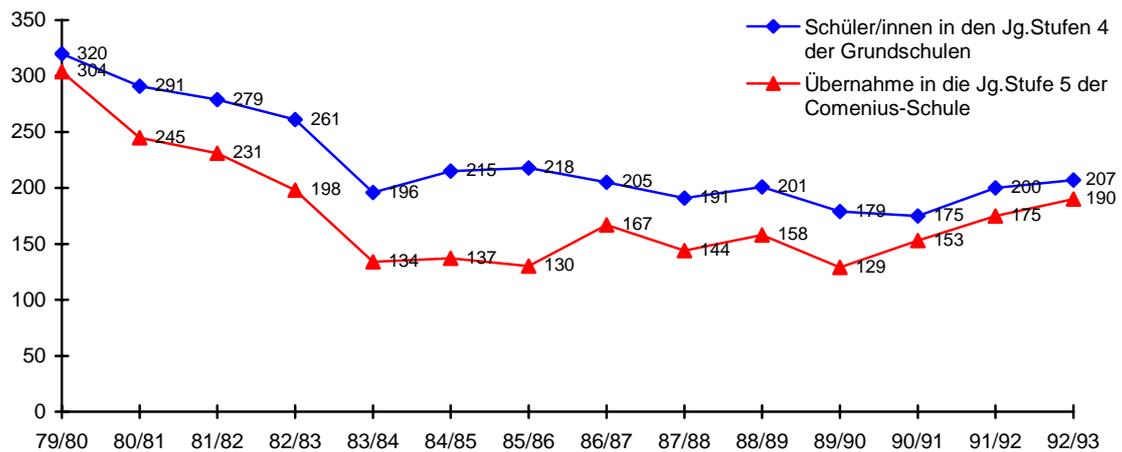


Abbildung 2: Mögliche und tatsächliche Neuzugänge in der Jg.Stufe 5 der Comenius-Schule

Wenn man diese absoluten Werte einmal prozentual ausrechnet und die Zahl der jeweils in den Grundschulen befindlichen Schüler(inne)n des Jahrgangs 4 mit 100 % gleichsetzt, kann man das Verhältnis deutlich machen, das sich dann zwischen den Neuzugängen an die Gesamtschule und den in städtische Schulen abwandernden Schüler(inne)n ergibt.

Tabelle 2: Verluste für die Gesamtschule aus dem gesamten Schüleraufkommen der Grundschulen des Einzugsbereichs im Jahrgang 4 (aktuelle Zugänge eingerechnet).

Schj.	79/80	80/81	81/82	82/83	83/84	84/85	85/86	86/87	87/88	88/89	89/90	90/91	91/92	92/93
100%	320	291	279	261	196	215	218	205	191	201	179	175	200	207
Über-gänger%	304	245	231	198	134	137	130	167	144	158	129	153	175	190
	95%	84,2%	82,8%	75,9%	68,4%	63,7%	59,6%	81,5%	75,4%	78,6%	72,1%	87,4%	87,5%	91,8%
Verluste	16	46	48	63	62	78	88	38	47	43	50	22	25	17
%	5%	15,8%	17,2%	24,1%	31,6%	36,3%	40,4%	18,5%	24,6%	21,4%	27,9%	12,6%	12,5%	8,2%

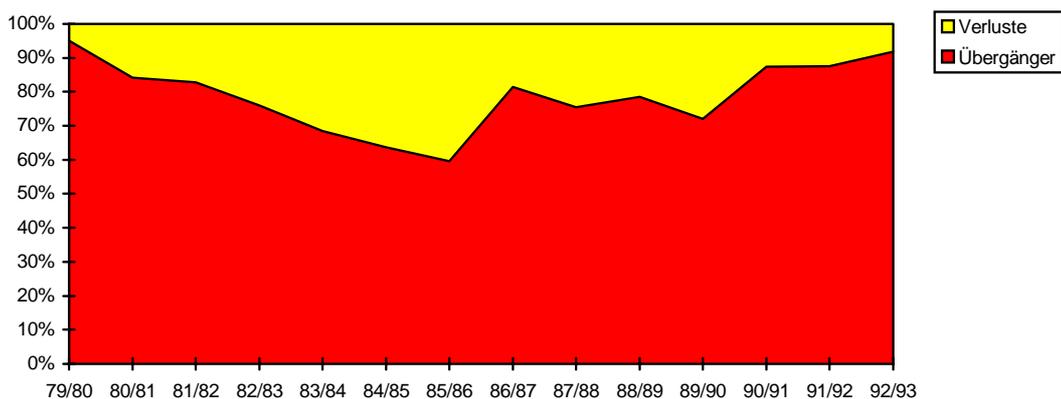


Abbildung 3: Verluste für die Gesamtschule aus dem gesamten Schüleraufkommen der Grundschulen des Einzugsbereichs im Jahrgang 4 (aktuelle Zugänge eingerechnet).

Mit dem Ende des Schuljahres 1985/86, also kurz nach Einführung des Teammodells für die Förderstufe im Schuljahr 1984/85 und nachdem klar ist, dass es in den oberen Jahrgängen weitergeführt werden soll, kommt es offenbar zu einer Umkehr des Trends zur Abwanderung und

zu einer erneuten Hinwendung zur Gesamtschule. Einen erneuten Einbruch bringt der Regierungswechsel 1987, bei dem die seit 1983 bestehende Regierung von SPD/Die Grünen abgelöst wird von einer SPD/FDP-Regierung, die den Gesamtschulen ablehnend gegenübersteht.

Zu Beginn der 90er Jahre hat sich die Lage jedoch wieder weitgehend stabilisiert. Der erneute Regierungswechsel 1991 schafft ein politisches Klima, in dem die Weiterentwicklung von Gesamtschulen nicht behindert wird.

2.1.2 Lehrerversorgung

Die Anzahl der Schüler(innen) ist von Bedeutung bei der "Lehrerbedarfsplanung" und hat unmittelbare Auswirkungen auf die Anzahl der zugewiesenen Planstellen. Nach einem verwaltungsinternen Schlüssel wird die Anzahl der Soll-Planstellen errechnet und der Anzahl der vorhandenen Ist-Planstellen gegenübergestellt. Die Planstellenzahl ist aber nicht identisch mit der Anzahl der Köpfe, sondern ein Rechenwert.

Als Orientierungsgrundlage dient die Lehrer-Schüler-Relation, die noch einmal nach Förderstufe und Sekundarstufe I getrennt wird und verschieden hoch ausfällt. Dem wird die Zahl der Lehrer(innen) gegenübergestellt, die aus Grund- Haupt- und Realschullehrer(inne)n, Gymnasiallehrer(inne)n, Sonderschullehrer(inne)n, Fachlehrer(inne)n und Referendaren bestehen kann. Zu Anfang unseres Untersuchungszeitraumes kommen auch noch befristet angestellte Lehrer(innen) mit nach Stundenzahl differierenden Lehraufträgen oder vollen Angestelltenverträgen nach BAT hinzu, die abgeschlossen worden sind, um die Lücken zu füllen, die sich beim Durchlauf der hohen Schülerzahlen in der zweiten Hälfte der 70er Jahre aufgetan haben. Aus der ohnehin vorhandenen und sich aus dem geschilderten Umstand ergebenden unterschiedlichen Lehrverpflichtungen der Lehrerschaft macht eine Berechnung allein auf der Grundlage der Schüler-Lehrer-Relation allerdings keinen Sinn.

Aus den nach Fächern differenzierten Unterrichtsverpflichtungen auf der Grundlage der auf einen wöchentlichen Zeitraum ausgerichteten Stundentafel und der Anzahl der Lerngruppen wird das "Lehrer-Soll" ermittelt, also der Rechenwert an Planstellen für eine Schule. Zum "Lehrer-Soll" hinzugerechnet werden noch Entlastungsstunden für Funktionstätigkeiten, Deputatsstunden usw. Dieser Wert erfährt aber eine Kürzung von 20 %, die aus den Spielräumen genommen werden, die mit der Breite des Angebots, Wahlmöglichkeiten und wechselnden Gruppengrößen gegeben sind.

Dem "Lehrer-Soll" wird in einem zweiten Erhebungsgang das "Lehrer-Ist" gegenübergestellt, dessen Grundlage die tatsächlich vorhandene Anzahl von Lehrerwochenstunden bildet. Davon abgezogen werden Abordnungen an andere Schulen.

Bei der Gegenüberstellung von "Lehrer-Soll" und "Lehrer-Ist" werden bei letzterem nur die Ausgangswerte zu Grunde gelegt. Die ständigen und kurzfristigen Veränderungen bleiben unberücksichtigt. Dadurch tritt eine kleine Verzerrung ein, die aber in Kauf zu nehmen ist, da es hier lediglich um die Dokumentation von Trends geht.

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung des Verhältnisses von "Lehrer-Soll" und "Lehrer-Ist" im Verlauf des Untersuchungszeitraumes. Berücksichtigt worden sind dabei die zu Beginn

des jeweiligen Schuljahres – also im September bzw. im Oktober – erhobenen Daten. Bis zu Beginn der 80er Jahre war es noch üblich, im Februar eine weitere Bestandsaufnahme zu machen. Bedingt war dies durch Einstellungen auch zum Halbjahr während des "Schülerberg"-Durchzuges.

Tabelle 3: Gegenüberstellung von Lehrer-Soll und Lehrer-Ist

Schj.	79/ 80	80/ 81	81/82	82/ 83	83/ 84	84/ 85	85/ 86	86/ 87	87/ 88	88/ 89	89/ 90	90/ 91	91/ 92	92/ 93 ²
Lehrer-Soll	91,4	88,2	84,4	77,2	68,7	60,3	51,4	52,6	46,3	48,9	48,5	50,4	53,1	
Lehrer-Ist	89,1	87,3	83,3	80,3	74,6	73	67,7	63,7	60	59,1	58,8	56,1	55,1	
Differenz	-2,3	-0,9	-1,1	+3,1	+5,9	+12,7	+16,3	+11,1	+13,7	+10,2	+10,3	+5,7	+2	

Aus den Daten ergibt sich folgendes Schaubild:

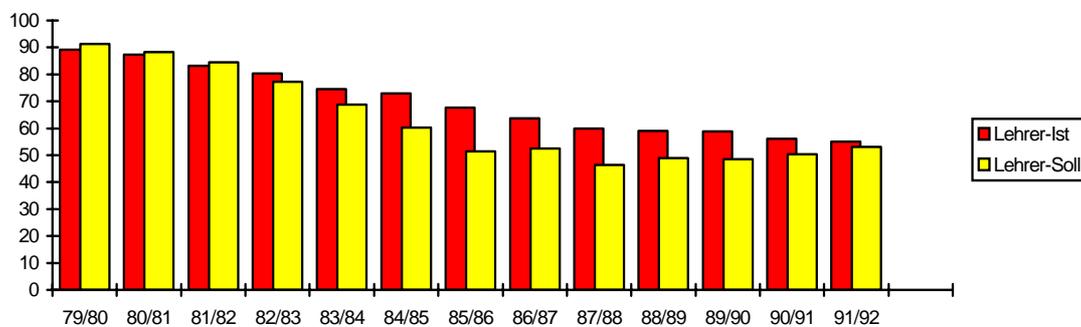


Abbildung 4: Gegenüberstellung von Lehrer-Soll und Lehrer-Ist

Entsprechend der Entwicklung der Schülerzahlen kommt es beim "Lehrer-Soll" zu einer Kurve, die zunächst nach unten weist, ihren tiefsten Punkt mit 46,8 Planstellen im Schuljahr 1987/88 hat, um dann wieder anzusteigen. Die vorhandenen Planstellen lassen sich nicht in gleichem Maße abbauen, so dass ab dem Schuljahr 1982/83 ein Stellenüberhang bzw. eine "Übersorgung" der Schule mit Lehrer(inne)n zu verzeichnen ist, die im Schuljahr 1985/86 ihren Höhepunkt erreicht. Ab der zweiten Hälfte der 80er Jahre reduziert sich der Stellenüberhang dann wieder. Die Differenz zwischen "Lehrer-Soll" und "Lehrer-Ist" – mit den bereits angesprochenen Einschränkungen – wird aus dem folgenden Schaubild sichtbar:

² Für dieses Schuljahr liegen keine Zahlen für das Lehrer-Ist und Lehrer-Soll mehr vor, da sich die Berechnungsgrundlage geändert hat.

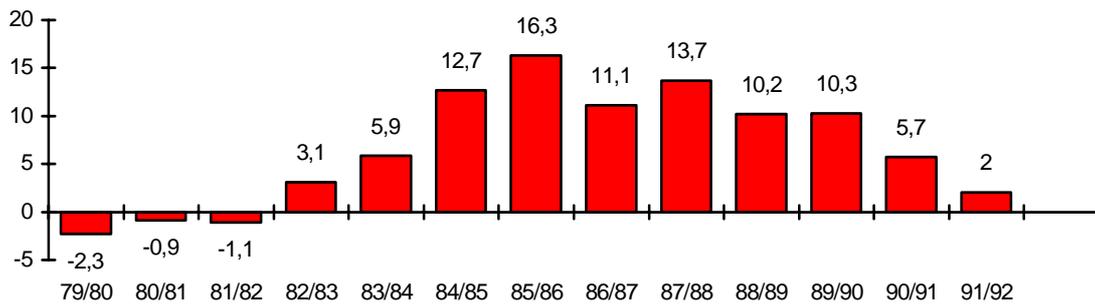


Abbildung 5: Über- bzw. Unterbesetzung mit Planstellen

Erkennbar ist die Mangelsituation bis zum Schuljahr 81/82 und der danach dramatisch ansteigende Stellenüberhang. Bei einem so dramatischen Stellenüberhang besteht die permanente Gefahr, versetzt zu werden und an eine andere Schule zu kommen, wo die Beziehungsstruktur erst neu erkundet werden muss. Da es sich um keine sachlichen Strukturen handelt wie etwa im Dienstleistungsbereich, wo lediglich eine Leistung abgerufen wird, ist eine Versetzung in der Regel von Unannehmlichkeiten begleitet. Die äußerst komplizierten und ständig gefährdeten zwischenmenschlichen Beziehungen einerseits zu den Schüler(inne)n, die sich im Prozess des Heranwachsens befinden, andererseits zu den anderen Lehrer(inne)n, die eine andere Art der Balance gefunden haben als die gewohnte, müssen wieder neu aufgebaut werden. Es gibt eine Menge unausgesprochener Regeln, die, ohne es zu wissen, übertreten werden können, weil die versetzten Lehrer(innen) an der neuen Schule noch ohne Beziehungen sind und nicht gewart werden. Die Versetzten müssen außerdem damit rechnen, als ahnungslose Neuzugänge die problematischsten Lerngruppen zugeteilt zu bekommen, gegen die sich die alteingesessenen Lehrer(innen) sträuben. Die Möglichkeit einer Versetzung hat also – anders als bei einem Arbeitsplatzwechsel in anderen Berufen – bei vielen Lehrer(inne)n einen angstausslösenden Charakter.

2.1.3 Gesamtkonferenzen

Insgesamt haben im Untersuchungszeitraum 93 Gesamtkonferenzen stattgefunden, davon 13 als außerordentliche Gesamtkonferenzen. 5 sind als "Pädagogische Gesamtkonferenzen" ausgewiesen. Das nachfolgende Schaubild gibt einen Überblick über die Verteilung.

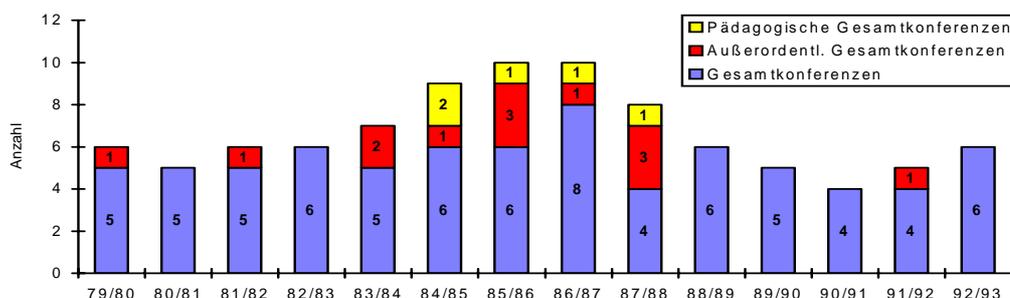


Abbildung 6: Gesamtkonferenzen pro Schuljahr

Das Schaubild zeigt eine Häufung der Gesamtkonferenzen in den Jahren zwischen 1984/85 und 1987/88, also in der Zeit der kontroversen Diskussionen über das "Team-Modell". Nach der Einführung des neuen Schulleiters geht die Konferenztätigkeit zurück. Das erneute Ansteigen am Ende des Untersuchungszeitraumes ist auf die kontroverse Diskussion über die Einführung von Integrationsklassen zurückzuführen.

Die Außerordentlichen Gesamtkonferenzen sind besondere Konferenzen im Rahmen von Auswahlverfahren für Schulleitungspositionen oder deuten auf Konflikte im Kollegium hin. Pädagogische Gesamtkonferenzen mit dem Ziel der Selbstverständigung des Kollegiums im Rahmen der Weiterentwicklung der Schule sind auf den Zeitraum von vier Schuljahren beschränkt, also auf die Zeit der Diskussionen wegen des Team-Modells von 1984/85 bis 1987/88.

Mit dem neuen Schulleiter finden zunächst keine weiteren Pädagogischen Gesamtkonferenzen statt. Im Schuljahr 1990/91 wird dann ein Pädagogischer Ausschuss gebildet, der die Aufgabe hat, weitere organisatorische Veränderungen zu beraten. Seine Tätigkeit wird zu einer Art kontinuierlich arbeitender Planungsgruppe ausgebaut.

2.1.4 Altersstruktur des Kollegiums

Genauere Daten liegen darüber nicht vor, man kann aber von Durchschnittswerten ausgehen. Nennenswerte Verschiebungen haben sich nicht ergeben, weil seit Anfang der 80er Jahre über einen längeren Zeitraum keine Neuzugänge zu verzeichnen waren. Zwar ist die Zusammensetzung des Kollegiums zu Beginn des Untersuchungszeitraumes vermutlich im Schnitt etwas älter als am Ende, da noch einige ältere Lehrer(innen) dazugehören, die dann in der Zwischenzeit pensioniert werden, doch kann man sagen, dass der Altersdurchschnitt im Laufe der Zeit immer mehr dem tatsächlichen Alter der Lehrer(innen) entspricht. Andererseits war das Kollegium in der Anfangsphase um ca. ein Viertel größer, so dass diese Unterschiede möglicherweise nicht so ins Gewicht fallen.

Herr Lammers – der Schulleiter – spricht bei seinem Interview, das 1992 geführt wird, von einem Durchschnittsalter von 44 Jahren. Demnach müsste es 1979 bei ungefähr 31 Jahren gelegen haben – wenn man Linearität voraussetzt, was man bei minimalen Neueinstellungen in ganz Hessen durchaus kann – und würde im Jahre 2013 bei 65 Jahren liegen.

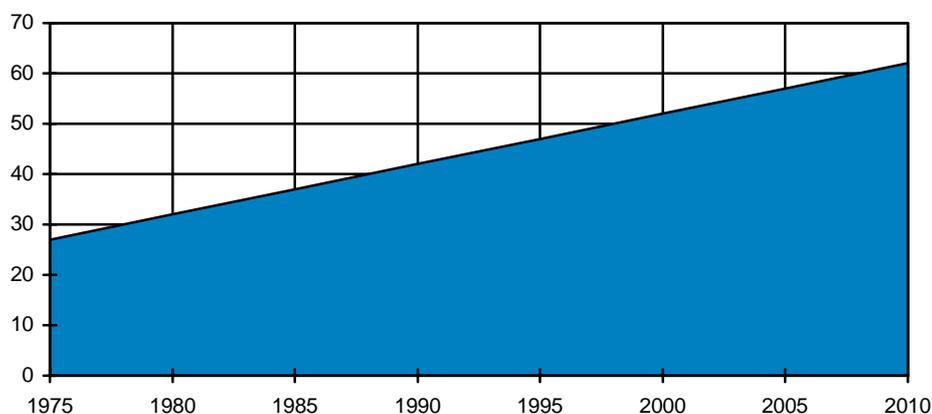


Abbildung 7: Durchschnittsalter des Kollegiums

Es stellt sich die Frage, ob Lehrer(innen) im Laufe ihres Berufslebens immer gleichbleibende Leistungen erbringen können oder ob es nicht soziale und biologisch bedingte Veränderungen gibt, die sich auf die Einzelperson auswirken und in Rechnung zu stellen wären. Bei einem Blick auf das obige Schaubild wird erkennbar, dass die Lehrerschaft der Comenius-Schule in der Reformphase Mitte der 80er Jahre im Schnitt 36 bis 37 Jahre alt war. Am Ende des Untersuchungszeitraumes 1992-93, wo die Interviews geführt worden sind es 44-45 Jahre. Michael Huberman (1991) hat in einer Studie über die Phasen im Berufsleben von Lehrer(inne)n in der Schweiz (Genf/Waadtland) folgende Zyklen im Wandel der Einstellung von Lehrer(inne)n im Hinblick auf ihren Beruf ausgemacht:

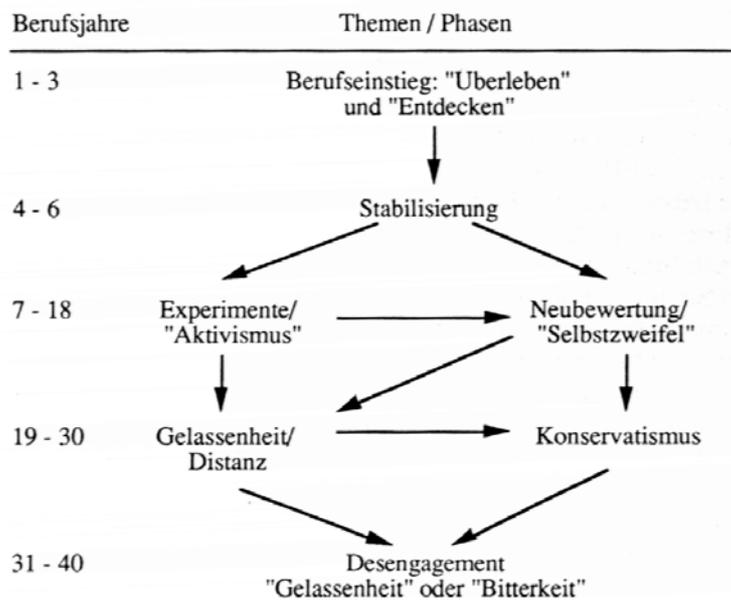


Abbildung 8: Modell der Abfolge in der Berufslaufbahn von Lehrer(inne)n (nach Hubermann 1991)

Das sind nur sehr allgemeine Angaben. Sie zeigen aber, dass das Kollegium der Comenius-Schule in den 90er Jahren in eine distanzierte Phase eintreten müsste, der dann nach dem Jahre 2000 eine Phase des Desengagements folgen würde, wenn sich keine Unterstützung abzeichnet. Zu Grunde gelegt wurde bei dieser Untersuchung ein Schulwesen, das die Turbulenzen der 68er Jahre verkraften musste, was viele Lehrer(innen) vor das Problem einer Infragestellung gewohnter Rollenkonzeptionen gestellt hatte. Die Lehrer(innen) der Comenius-Schule entstammen zum größten Teil selber dieser Generation, müssen es jetzt aber aushalten, dass die ursprünglichen Ideale Finanzierungsvorbehalten geopfert werden und sie mit ihren Ansprüchen allein stehen. Das Schaubild bezieht sich auf eine andere historische Situation, es deutet aber einen möglichen Entwicklungsweg an. Zum Verständnis der Veränderung von Haltungen sind noch weitere Faktoren von Bedeutung, die im Laufe der Untersuchung herausgearbeitet werden.

Allgemein festzustellen ist die Tendenz, Bildungspolitik nicht mehr stattfinden zu lassen und sie als Teil der Wirtschaftspolitik zu betrachten. Ausgaben für Schulen erscheinen nun als teure Subventionen und haben nicht mehr den Charakter von notwendigen Ausgaben, den sie in der Reformphase Ende der 60er bis Anfang der 70er Jahre gehabt haben. Dem entspricht die Verwaltung einer Mangelsituation in den vergangenen zwei Jahrzehnten und den Verzicht auf Neu-

einstellungen, was die Kollegien hat altersmäßig nahezu homogen werden lassen. Dementsprechend gab es auch kaum Impulse. Es deutet sich aber eine Entwicklung an, die auf kurzfristig erforderlich werdende Entscheidungen mit ungewissem Ausgang hinweist. Dazu sind die Veränderungen bei den Lehrerzahlen in ganz Hessen von Bedeutung, die 1994 folgende Zusammensetzung haben (Hessisches Kultusministerium, 1994, S.15):

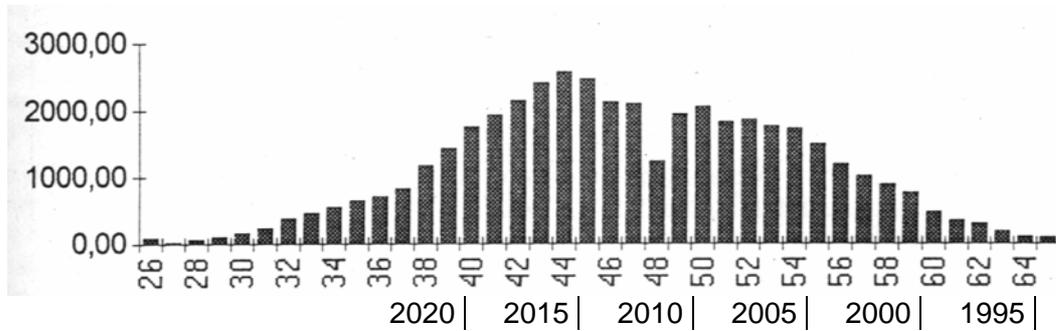


Abbildung 9: Veränderungen der Lehrer(innen)zahlen in Hessen

Auf der vertikalen Achse ist die Gesamtzahl der Lehrer(innen) in Hessen angegeben, auf der horizontalen Achse das jeweilige Alter der Lehrer(innen). Man kann also ablesen, wie zahlreich ein bestimmter Jahrgang vertreten ist. Bezugspunkt für die Tabelle ist das Jahr 1993. Wenn nun an dieser Tabelle das Ausscheiden der Lehrer(innen) ablesen möchte, dann muss man sich vorstellen, dass sie auf der rechten Seite abschmilzt. Im Jahre 2000 werden die in der Tabelle noch 60jährigen die Altersgrenze erreicht haben, im Jahre 2005 die 1993 55jährigen usw. Es lässt sich erkennen, dass im Schuljahr 2005/6, wenn der zweite Schülerberg in Hessen seinen Zenit erreicht, das Ausscheiden der stark vertretenen Lehrer(innen)jahrgänge beginnt. Zu diesem Zeitpunkt wird sich die Mehrheit der hessischen Lehrerschaft im letzten Jahrzehnt ihres Berufslebens befinden. Dann taucht vermutlich ein anderes Problem verstärkt auf, dass sich auf Grund der geringen Zahl von Ausscheidenden Anfang der 90er Jahre noch in einem Größenbereich befindet, der zu vernachlässigen ist, dann aber wahrscheinlich verstärkt zu Buche schlagen wird, da die Anforderungen nicht durch jüngere Lehrer(innen) aufgefangen werden können.

Im Jahre 1992/93 (Hessisches Kultusministerium, 1994, S.61) sieht die Zusammensetzung der aus dem hessischen Schuldienst ausscheidenden Lehrer(innen) wie folgt aus:

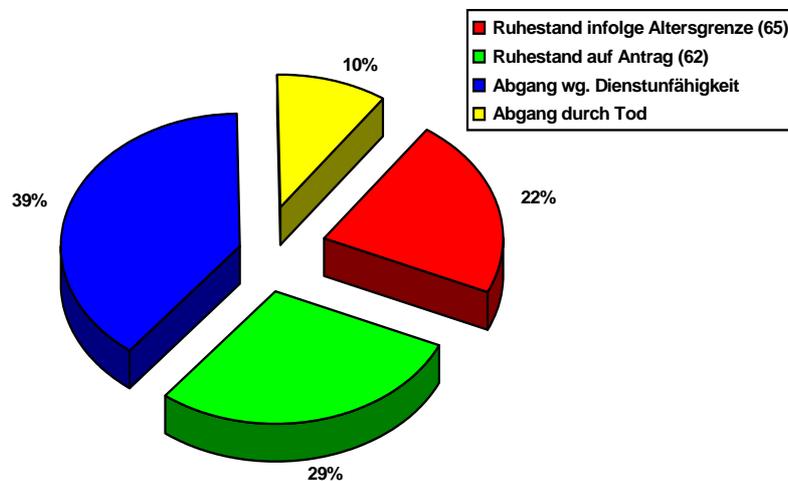


Abbildung 10: Gründe für das Ausscheiden aus dem hessischen Schuldienst im Schuljahr 1992/93

Nahezu die Hälfte der Lehrer(innen), die ausscheiden, befinden sich noch vor der Altersgrenze. D.h. die Zahl derjenigen, die wegen Dienstunfähigkeit, also aus Krankheitsgründen, ausscheiden ist im Verhältnis sehr hoch. Da die Gesamtzahl der ausscheidenden Lehrer(innen) noch sehr niedrig ist, können daraus keine Schlussfolgerungen auf die weitere Entwicklung abgeleitet werden. Wenn man allerdings in Rechnung stellt, dass die Gesamtbelastung steigen wird, da die jüngeren Lehrer(innen) fehlen, dann könnte die Zahl der ausscheidenden Lehrer(innen) noch weitaus höher ausfallen, als aus der Tabelle weiter oben ablesbar ist. Nach Aussagen der Schulverwaltung ist die Zahl der längerfristig erkrankten Lehrer(innen) in den 90er Jahren ständig gestiegen.

Für das Kollegium der Comenius-Schule, das um das Jahr 2010 herum komplett ausgewechselt werden muss, bedeutet die Weiterentwicklung der Gesamtschulkonzeption möglicherweise eine Chance, diesem Trend zu entgehen.

2.2 Rekonstruktion des aus eigenem Antrieb heraus erfolgenden Prozesses der Weiterentwicklung der Schule (1979–1993)

Im folgenden Abschnitt geht es darum, den zeitlichen Verlauf des Prozesses der Weiterführung der Reform zu rekonstruieren. Dabei werden Dokumente wie Protokolle, Berichte und Anweisungen, ausgewertet, um den Hergang der Ereignisse zu erfassen und die jeweiligen Handlungskontexte berücksichtigen zu können.³

Entwicklungsprozesse sind nicht auf den ersten Blick erkennbar. In den vorliegenden Dokumenten sind lediglich die Spuren der mit ihnen verbundenen sozialen Prozesse enthalten. Auf den ersten Blick sind es nur Auseinandersetzungen über bestimmte organisatorische Fragen, die stellvertretend für die wirklichen Interessen – von denen nicht geredet wird – geführt werden. Jedes Protokoll bzw. jedes mit den Ereignissen verbundene Dokument bietet eine so große Anzahl von Informationen, dass diese allein ausreichen würden, die Sozialstruktur des Kollegiums zu einem bestimmten Zeitpunkt zu untersuchen. Was hier aber in erster Linie interessiert, ist nicht der Blick auf einzelne Auseinandersetzungen, sondern die Summe dieser Auseinandersetzungen oder Aushandlungen und das auf sie folgende Ergebnis, das sich in neuen Personenkongstellationen, taktischen Zusammenschlüssen mit wieder neuen Perspektiven niederschlägt. In diesen langfristigen Dimensionen erst ist der Gesamtprozess der Veränderung erkennbar. Um dem Dilemma der übergroßen Dichte von Informationen zu entgehen, müssen übergeordnete Gesichtspunkte gefunden werden, mit deren Hilfe ein Gesamtbild entworfen werden kann. Dabei taucht das Problem auf, dass sich diese übergeordneten Gesichtspunkte zur Rekonstruktion des Prozesses erst während der Interpretation und der dabei notwendigen Anordnung des Datenmaterials ergeben, wie mit den folgenden Bemerkungen zur "Mikropolitik" erläutert werden soll. Mikropolitik und Aushandlungsprozesse werden im Anschluss an die Rekonstruktion auf einer theoretischen Ebene näher erläutert.

Wenn man davon ausgeht, dass die Struktur der Schule eigentlich nur auf dem Papier existiert und die wirkliche Struktur sich in den Beziehungen spiegelt, welche die Menschen, die in ihr tätig sind, zueinander aufgebaut haben, dann sind die vielfältigen Aushandlungsprozesse in der Schule von Bedeutung. In ihnen bilden sich neue Beziehungen und damit neue Strukturen heraus. Dieser Prozess der Herausbildung hat aber bestimmte Eigenschaften, da er innerhalb eines Gerüsts von Regeln erfolgen muss. Die Regeln sind juristische Konstruktionen wie die Definition des Aufgabenbereichs eines Schulleiters, der Definition der Befugnisse der übrigen Schulleitungsmitglieder, der Definition, worauf Lehrer(innen) zu achten haben, wenn sie mit Schüler(inne)n umgehen, worauf zu achten ist, wenn sie sich in bestimmten Teilen des Schulgebäudes aufhalten, wann und aus welchem Anlass welche Konferenzen einberufen werden müssen usw. Dieses Regelgerüst bildet aber nur den äußeren Rahmen, es wird keineswegs strikt eingehalten. Das ist auch nicht möglich, weil juristische Definitionen immer verallgemeinern müssen und deshalb den Einzelfall nie genau treffen können. Trotzdem sind sie zu beachten, weil

³ Im Ergänzungsband sind sie in einer Aufarbeitung verfügbar und können mit der vorliegenden Interpretation verglichen werden.

sie für alle Mitglieder der Schule eine Schiedsfunktion haben und damit einen Orientierungspunkt darstellen. Aushandlungsprozesse sind also nicht einfach Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Meinungsträgern, sondern zugleich auch Übereinkünfte mit einem imaginären Dritten, der mit am Tisch sitzt. Damit sind die Regeln gemeint, auf die sich jeder der Beteiligten berufen kann. Ihre Geltung zwingt zu überlegtem Verhalten und zu einer taktischen Einstellung gegenüber den eigenen Zielen, die nur auf Umwegen zu erreichen sind.

Das in den Daten sichtbare Handeln der Akteure erfolgt an vielen Stellen erkennbar unter strategischen Gesichtspunkten. Den Lehrer(inne)n kann folglich so etwas wie ein "politisches" Verständnis der schulischen Zusammenhänge unterstellt werden. Damit ist gemeint, dass sie eine ziemlich genaue Vorstellung davon haben, wie sie ihre eigenen Interessen wahren können. Zwar wissen sie nicht immer, welche Durchsetzungsmöglichkeiten sie haben, aber sie versuchen jedenfalls allein oder zusammen mit anderen Lehrer(inne)n ihre Interessen durchzusetzen. Das geschieht meistens in Form von Vorschlägen. Es werden dabei immer pädagogische Vorschläge vorgebracht. Es kann aber auch der Fall sein, dass Vorschläge oder Forderungen nur formal in diese Form gekleidet worden sind, während sich hinter ihnen andere, eigennützige oder ideologisch begründete Interessen verbergen. Strategisches Handeln in Organisationen oder Institutionen wie der Schule ist zwar nicht mit programmatischen Konzeptionen wie in der Sphäre der Politik verbunden, hat aber doch Ähnlichkeiten mit der Art und Weise, wie politische Auseinandersetzungen ausgetragen werden.⁴ Von Fall zu Fall werden zu bestimmten Themen Interessenkoalitionen gebildet, die nach Erreichen ihres Zieles wieder auseinanderbrechen. Nur bei großem Druck oder bei ungelösten Fragen bleiben sie für längere Zeit zusammen. Durch das enge Zusammenleben in der Schule entsteht im Laufe der Jahre bei allen Lehrer(inne)n eine Vorstellung davon, welche Einstellung bzw. Meinung jedes einzelne Mitglied des Kollegiums vertritt. Zentraler Ort für den Meinungs austausch und die Meinungsbildung ist das Lehrerzimmer.⁵ Hier wird "Politik" gemacht und hier werden Verabredungen getroffen, die sich auf der offiziellen Ebene von Konferenzen in Entscheidungen ummünzen lassen.

Wenn man nun nach dem ordnenden Element bei der Rekonstruktion des Entwicklungsprozesses der Comenius-Schule sucht, dann ist es die wechselnde Einflussnahme von

⁴ Zu den subjektiven Elementen in der "großen" Politik, die Anregungen bieten können für die Analyse im mikropolitischen Bereich vgl. Murray EDELMAN (1990). Edelmanns interaktionistischer Ansatz legt seinen Schwerpunkt auf den symbolischen Charakter von öffentlichen Handlungen, der es ermöglicht, dem privaten Beobachter eine Verbindung zu seiner persönlichen Sphäre zu suggerieren. In der Schule befinden sich die Lehrer(innen) ständig in der Situation, "öffentliche" Personen zu sein, die genauer Beobachtung durch die Schüler(innen) unterliegen und die im familiären Kreis Stoff für Gespräche bieten. Für die Untersuchung von Schulen nutzbar gemacht haben die mikropolitische Betrachtungsweise BALL (1987) und ALTRICHTER/SALZMANN (1995).

⁵ Das Lehrerzimmer kann in dieser Untersuchung leider nicht berücksichtigt werden, da kein Material gesammelt worden ist, obwohl es von entscheidender Bedeutung ist. Der Autor hat sich aber während seiner Zeit an der Comenius-Schule ständig dort aufgehalten und viele der ausgetauschten Hintergrundinformationen sind auf diesem Wege in den Vorgang der Interpretation eingeflossen. Sie werden besonders kenntlich gemacht. Es gibt in der Literatur meines Wissens kaum Untersuchungen über diesen relevanten Teil der Schule. Lediglich in der jüngeren israelischen Studie von Anat KAINAN (1994), die sich auf Vorarbeiten von WILLOWER (1971) und HAMMERSLEY (1984) stützt, wird das Lehrerzimmer als Sozialraum näher untersucht.

Meinungskonstellationen im Kollegium. Sie werden als "Koalitionen" bezeichnet. Die Einteilung der Rekonstruktion des Prozesses der Weiterentwicklung aus eigenem Antrieb folgt diesem Wechsel. In der Phase I sind es locker zusammengefügte Koalitionen von Lehrer(inne)n zu bestimmten Themenbereichen, in der Phase II ist es das Auseinanderbrechen des Kollegiums in zwei gegensätzliche Koalitionen, die sich an der Frage der Weiterentwicklung der Schule gebildet haben und in Phase III der Verlust der inhaltlichen Themen, die der neue Direktor an sich gezogen hat und die Bildung von "Freizeitkoalitionen". Dieser neue Charakter der Koalitionen wird aber erst in den Interviews in Teil II erkennbar. Es gibt keine Streitpunkte mehr, die das Kollegium selbst zu klären hätte. Die Diskussionen werden durch die Einrichtung von Gremien kanalisiert. Dadurch wird der Koalitionsbildung zu Fragen der Schulentwicklung bis auf weiteres der Boden entzogen. Die entstehenden Freizeitkoalitionen legen ihren Schwerpunkt auf die persönlichen Interessen und wenden sich ab von den schulischen Entwicklungsprozessen.

Über diese Koalitionen hinaus gibt es relativ stabile ideologisch motivierte Gruppierungen wie die GEW-Schulgruppe und später die Frauengruppe, bei denen die Mitarbeit, um eine bestimmte "politische" Linie durchzusetzen, jedoch ständigen Schwankungen unterworfen ist.⁶ Ihre Bedeutung rührt daher, dass sie für ihre Mitglieder oder Interessenten ein Forum für den Meinungsaustausch in einem separaten und ungestörten Bereich darstellen. Hier kann über nicht anwesende Mitglieder des Kollegiums oder der Schulleitung geschimpft werden, ohne dass es Folgen für diejenigen hätte, die sich soweit vorgewagt haben. Es werden Übereinkünfte darüber getroffen, was auf den Gesamtkonferenzen beantragt werden soll und wie man sich zu den Anträgen der Schulleitung verhalten wolle. Für die Abstimmungen in den Konferenzen wird allerdings keine Übereinkunft getroffen. Die Sitzungen der GEW-Schulgruppe im Hinterzimmer einer Gaststätte werden im Lehrerzimmer öffentlich angekündigt, die Teilnahme ist unverbindlich. Zu den Sitzungen der Frauengruppe wird persönlich eingeladen. Sie finden im privaten Rahmen statt.

Die nun folgende Rekonstruktion des Prozesses der Weiterentwicklung ist sehr detailliert, um dem Problem zu entgehen, sich zu vorschnellen Annahmen über Schulentwicklungsprozesse verleiten zu lassen. Dies könnte sehr leicht geschehen, weil in einem sozialen Bereich, dessen Struktur ausschließlich auf zwischenmenschlichen Beziehungen beruht, ohne dass ein Produktionsprozess oder die Erbringung von Dienstleistungen dazwischengeschaltet sind, die Neigung besteht

⁶ Vgl. dazu die Bemerkungen von Herrn Ruschmeyer in seinem Interview in Teil II.

2.2.1 Phase I: Der Einfluss der öffentlichen Diskussionen über Gesamtschulen und Dominanz von Bearbeitungsstrategien für Einzelprobleme (1979–1983)

In diesem ersten Zeitraum werden verschiedene Entwicklungslinien sichtbar, die parallel verlaufen, ohne dass bereits eine Gesamtlösung ins Auge gefasst wird. Es handelt sich um Initiativen, die an verschiedenen Stellen in der Schule ansetzen, um einzelne Probleme, deren Lösung als dringlich angesehen wird, zu bearbeiten. Die einzelnen Initiativen dauern unterschiedlich lange, gehen zum Teil auch in neue Lösungsansätze über oder verbinden sich mit ihnen. So werden die "Projektstage" – in sich ändernder Gestalt – zu einer Dauereinrichtung. Die "Schülercafeteria" ist ursprünglich eine Idee aus dem Kollegium, wird dann aber vor allem durch die Elternschaft immer wieder eingebracht. Über den langen Zeitraum bis zur Verwirklichung entwickelt sie sich von der Idee einer Cafeteria zur Konzeption für die Mittagsbetreuung der auswärtigen Schüler(innen). Sie wird mit dem Nachmittagsunterricht verknüpft und bekommt dadurch eine zentrale Stellung in der Schulkonzeption. Die Initiative zur "Verbesserung der Übergangssituation" für die Schüler(innen), die von den Grundschulen auf die Gesamtschule wechseln wollen, wird von der Schulverwaltung aufgegriffen und zur Konzeption für einen Schulverbund ausgeweitet. Dadurch wird die Zusammenarbeit mit den Grundschulen später zu einem Bestandteil der Teamarbeit. Die Einrichtung der "Schulbibliothek" eröffnet verschiedene Möglichkeiten für den Unterricht. Sie wird am Anfang im Rahmen des Teamkonzepts für die "Freie Arbeit" genutzt, wo die Schüler(innen) ein Thema, das sie bearbeiten wollen, frei wählen können. Später wird sie zu einer wichtigen Ressource für Arbeitsgruppen quer durch alle Fächer. Zum Schluss des Beobachtungszeitraumes wird sie ausgebaut für individuelles Lernen von Schüler(inne)n mit Hilfe von unterstützenden "selbststeuernden" Materialien.

2.2.1.1 Einführung von "Lehrerklassenräumen" (1979/80)

Auf der Gesamtkonferenz vom 3.6.1980 wird auf Antrag der GEW-Schulgruppe beschlossen, Lehrer-Klassenräume einzurichten. Lehrer-Klassenräume sind Klassenräume, in denen ein(e) Lehrer(in) mit allen ihren Unterrichtsstunden eingesetzt wird und für deren Zustand sie verantwortlich ist. Bisher ist es üblich gewesen, dass in jeder Unterrichtsstunde sowohl Lehrer(innen), als auch Schüler(innen) den Raum wechseln. Der Grund für diesen Umstand liegt in der hohen Schüler(innen)zahl und der nicht ausreichenden Zahl der vorhandenen Räume. Die in der Planung für ca. 900 Schüler(innen) ausgelegte Schule muss z.B. im Schuljahr 1979/80 die Zahl von 1728 Schüler(inne)n verkraften. Dadurch ist sie weder für Lehrer(innen), noch für Schüler(innen) überschaubar. Die Absicht, die sich hinter dem Antrag der GEW-Schulgruppe verbirgt, liegt darin, die Schulräume unter die Aufsicht der dort unterrichtenden Lehrer(innen) zu stellen, um auf diese Weise den regelmäßig auftretenden Zerstörungen durch die Schüler(innen) Einhalt gebieten zu können. Das ist der Versuch, den anomischen Verhältnissen, die durch die hohe Zahl der Schüler(innen) inzwischen eingetreten sind, eine Lösung entgegenzusetzen. Den Lehrer(inne)n werden jetzt feste Stammräume zugewiesen, in denen sie ihren Unterricht abhalten können. Aber dadurch, dass die Zahl der Räume zu klein ist, müssen die Schüler(innen) weiterhin in jeder Stunde umziehen, und es ist auch nicht zu umgehen, dass ein Raum von mehreren Lehrer(inne)n belegt werden muss. Auf der Gesamtkonferenz vom 21.8.1980 stellt der damalige stellvertretende Schulleiter, Herr Sandrock, klar, dass sich nicht mehr als vier Leh-

rer(innen) einen Raum teilen sollten. Diese Regelung stellt nicht mehr als eine Notlösung dar, und so wird sie nach Einführung des Team-Modells auf der Gesamtkonferenz vom 17.4.85 wieder abgeschafft, weil sie sich durch die Teambildung und deren Einflüsse auf die übrigen Jahrgänge der Schule, die nun auch ähnliche Bedingungen haben wollen wie der neue Jahrgang 5, überholt hat.

2.2.1.2 Die Durchführung von Projekttagen (ab 1981)

Die Projekttag werden Ende 1981 zusammen mit dem "Weihnachtsbasar" ins Leben gerufen. Die Initiative geht vermutlich von Herrn Deichmann aus, der zusammen mit Herrn Volland, dem damaligen Stufenleiter 9/10, und Schulleiter Wagner zu Beginn des Schuljahres 1981/82, im Vorfeld der Gesamtkonferenz vom 19.8.81 die Idee dazu ausgearbeitet hat. Auf der Gesamtkonferenz stellt Herr Wagner den Antrag, einen Weihnachtsbasar durchzuführen. Der Antrag wird bei 4 Gegenstimmen und 9 Enthaltungen angenommen. Auf einer außerordentlichen Gesamtkonferenz am 4.11.1981 stellt Herr Volland eine Vorbereitungsgruppe vor, die aus ihm, Herrn Deichmann und Frau Köthe bestehe. Es sei auch an die Beteiligung der SV gedacht. Als Vorlauf für den Weihnachtsbasar schlägt diese Gruppe vor, zwei Projekttag durchzuführen. Herr Deichmann macht den Vorschlag, den Erlös des Weihnachtsbasars einem Kindergartenprojekt in Nicaragua zukommen zu lassen. Dieses Ansinnen löst heftige Diskussionen aus und führt zu Gegenvorschlägen wie der Unterstützung eines Altersheims in Sao Paulo oder Hilfe für Mutter Teresa. Die Diskussion endet mit der Abstimmung über eine Empfehlung zur Unterstützung des Kindergartenprojekts, die mit großer Mehrheit angenommen wird. Die Projekttag sollen sich mit dem Thema "Frieden" befassen. Damit wird die damals aktuelle Friedensdiskussion aufgegriffen und abgewandelt. Mit "Frieden" ist sowohl der gestörte Weltfrieden gemeint, wie auch die Problematik des Zusammenlebens im Klassenverband. Der Antrag zur Durchführung der Projekttag wird bei 9 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen angenommen. Zum Schluss der Gesamtkonferenz wird von Frau Grünwald bekannt gegeben, dass sie und Herr Deichmann⁷ seit dem 30.10.81 die Funktion von SV-Lehrer(inne)n übernommen hätten.

Auf der Gesamtkonferenz vom 17.2.82 wird von der SV der Antrag gestellt, im Dezember 1982 wieder einen Weihnachtsbasar mit Projekttag durchzuführen. Diesem Antrag folgt ein Geschäftsordnungsantrag, in dem dazu aufgefordert wird, keine Abstimmung zuzulassen, bevor

⁷ Herr Deichmann tritt auf der Gesamtkonferenz vom 11.4.1984 von seinem Amt zurück, nachdem er mit seinem Antrag zur Bildung eines "Ausschusses für Zusammenarbeit" nicht durchgedrungen war. Der "Ausschuss für Zusammenarbeit" hat die Aufgabe, Beschlüsse der Lehrerkonferenzen wie auch der SV, soweit sie die Interessen der jeweiligen anderen Seite betreffen, vorzubereiten. Die Einrichtung eines solchen Ausschusses sollte die Rechte der SV stärken, wird aber so empfunden, als wolle sich Herr Deichmann dadurch selbst eine starke Stellung im Machtgefüge der Schule verschaffen. Der Antrag wird nicht abgestimmt. Stattdessen kommt ein anderer Antrag von Herrn Niemeyer zur Abstimmung, wonach die Gesamtkonferenz eine/n Lehrer/in bestimmen kann, die/der als von ihr Beauftragte/r an den SV-Sitzungen teilnimmt. Über diesen Antrag wird in geheimer Abstimmung befunden. Er wird mit 35 Stimmen befürwortet, 21 Lehrer(innen) sprechen sich dagegen aus und 6 enthalten sich der Stimme. Danach stellt sich Herr Niemeyer selbst zur Wahl. Gegen ihn tritt Frau Kühnert an, welche die Abstimmung mit 34 Stimmen für sich entscheiden kann, während nur 22 Lehrer(innen) für Herrn Niemeyer votieren. Nach dieser Wahl, die er als einen persönlichen Affront empfindet, gibt Herr Deichmann eine persönliche Erklärung ab und tritt von seinem Amt als SV-Lehrer zurück. (Vgl. dazu Bd.2 (Ergänzungsband), S.42f. und das Interview mit Herrn Deichmann, ebd., S.205ff.)

nicht geklärt worden sei, welchen Inhalt und welche Zielsetzung der Basar haben solle. Dieser Antrag wird ohne Gegenstimmen angenommen.

Auf der Gesamtkonferenz vom 2.6.82 wird die Abstimmung über einen Weihnachtsbasar und damit verbundene Projektstage erneut verschoben, da noch kein Konzept vorliegen würde. Bis zur übernächsten Gesamtkonferenz solle die SV einen Vorschlag erarbeitet haben.

Auf der Gesamtkonferenz vom 3.11.82 wird dann von der SV ein Antrag zur Durchführung von Projekttagen eingebracht⁸. Der Antrag wird vom Schulsprecher begründet, indem er auf die einschränkende Wirkung der Lernbedingungen hinweist, die an der Comenius-Schule zu dieser Zeit herrschen würden. Viele Schüler(innen) würden es begrüßen, wenn sie die Möglichkeit hätten, einmal etwas zu lernen, was nicht im Lehrplan stehe und dem keine Grenzen gesetzt würden durch den gesetzten Zeitrahmen, und das keine Beeinträchtigung erfahren würde durch den ständigen Raumwechsel. Diesmal ist kein zentrales Thema vorgesehen. Es wird die Notwendigkeit einer Planungsgruppe angesprochen, die sich auch mit anderen Gesamtschulen in Verbindung setzen solle, um Berichte über die dort gemachten Erfahrungen einzuholen. Bei der Abstimmung votiert eine Mehrheit von 44 zu 10 Stimmen bei einigen Enthaltungen für die Durchführung. Als Termin wird eine Woche im Juni 1983 ins Auge gefasst. Zur Vorbereitung wird ein Projektausschuss eingesetzt. Die anschließende Beratung über einen Weihnachtsbasar verläuft negativ, weil befürchtet wird, dass die Themen durch den Basarcharakter in den Hintergrund treten würden, was sich im letzten Jahr gezeigt hätte.

Der Projektausschuss beschäftigt sich mit organisatorischen Fragen, wozu auch die Genehmigung durch das Staatliche Schulamt gehört, das darauf besteht, dass die formalen Regelungen genau eingehalten werden. Dazu gehört die Abstimmung in Schulelternbeirat, SV und Gesamtkonferenz über das Konzept, das erst dann dem Staatlichen Schulamt zugeleitet werden darf, was letztendlich darüber entscheidet.

Auf der Gesamtkonferenz vom 9.3.83 wird das Programm der Projektstage zur Diskussion gestellt. Es handelt sich um 37 Themenangebote für die Klassen 7 – 10, von denen 13 im Klassenverband arbeiten wollen. Die unteren Klassen der Förderstufe bleiben zusammen. Am Ende der Projektstage solle ein "Präsentationstag" für die erzielten Ergebnisse stehen. Die Abstimmung über das Programm ergibt eine große Mehrheit bei einer Gegenstimme und 4 Enthaltungen. Am 18.5.83 wird auf der Gesamtkonferenz mitgeteilt, dass die Durchführung der Projektstage vom Staatlichen Schulamt genehmigt worden sei. Die Arbeitsverpflichtung richte sich nach der üblichen Wochenstunden-Arbeitszeit. Am Präsentationstag, einem Samstag, herrsche Anwesenheitspflicht für alle.

Auf der Gesamtkonferenz vom 10.8.83 wird von Frau Grünewald (SV) ein Erfahrungsbericht des Projektausschusses gegeben. Als problematisch habe sich die Zweiteilung in die für den Zeitraum der Projektstage gebildeten Gruppen einerseits und die Klassenverbände andererseits erwiesen, da es dadurch schwer geworden sei, Projekte im Klassenverband durchzuführen. In der anschließenden Diskussion wird die unterschiedliche Frequentierung der Angebote proble-

⁸ Vgl. Bd.2 (Ergänzungsband), S.13ff.

matisiert. Praxisorientierte Projekte, besonders im Sportbereich, seien überlaufen gewesen, während theorielastige Angebote sich schwer getan hätten. Als Erfolg wird die positive Resonanz in der Elternschaft bewertet. Herr Deichmann (SV) stellt den Antrag, im kommenden Schuljahr wieder Projekttag durchzuführen. Der Antrag wird bei 14 Gegenstimmen und 12 Enthaltungen angenommen.

Am 28.9.83 wird eine außerordentliche Gesamtkonferenz⁹ durchgeführt, die auf einen Antrag der SV zurückgeht, die um die Genehmigung dafür bittet, einen Projekttag zum Thema "Frieden" durchführen zu können. Der Projekttag soll im Rahmen einer bundesweiten Aktionswoche zu diesem Thema stattfinden. Aus der Konferenz heraus wird die Vermutung geäußert, dass die Initiative zu diesem Projekttag nicht allein von den Schüler(inne)n ausgehe. Schulleiter Wagner und der stellvertretende Schulleiter Sandrock stellen sich aber vor den Antrag und weisen auf die Schrecken des 2. Weltkrieges hin. Die Abstimmung ergibt 40 Lehrer(innen), die den Projekttag befürworten und 20 Gegenstimmen bei 5 Enthaltungen. Es wird nach einem weiteren Antrag beschlossen, den Projekttag als Wandertag zu deklarieren.

Auf der Gesamtkonferenz vom 26.10.83 stellt Frau Grünwald (SV) für den Projektausschuss drei mögliche Modelle der Organisation für die Projekttag vor. In der Diskussion bilden sich zwei Gruppen heraus, von denen die einen sich an Themen orientieren möchten, die anderen die Zusammenarbeit im Klassenverband wichtiger finden. Die Befürworter der Arbeit im Klassenverband führen an, dass eine Klasse mit ihrem/r Lehrer/in in gemeinsamer Diskussion auch ein Thema für ein Projekt finden könne. Es kämen dabei nicht nur die gern gewählten Themen aus dem Sport- und Freizeitbereich in Betracht, die wenig inhaltliche Vorbereitung erfordern würden. Dem wird von den Befürwortern von Einzelprojekten entgegengehalten, dass kein/e Lehrer/in dazu gezwungen werden könne, mit der eigenen Klasse zu arbeiten. Ein ausgewogenes Angebot von Einzelprojekten komme allen Bedürfnissen entgegen. Es gebe an der Schule einen Fachlehrerüberhang, den man berücksichtigen müsse. Außerdem könne man bei Einzelprojekten kleinere Gruppen bilden. Die das letzte Mal aufgetretenen Probleme im Sport- und Freizeitbereich, der überlaufen war, könne man vermeiden. Bei der alternativen Abstimmung votieren 30 zu 27 für die Durchführung im Klassenverband. Anschließend wird der Zeitpunkt festgelegt und für die Durchführung eine Woche Anfang Juli 1984 bestimmt. Am Ende soll wieder ein Präsentationstag stehen.

Auf der Gesamtkonferenz vom 5.12.84 wird von der SV wieder ein Antrag zur Durchführung einer Projektwoche gestellt.¹⁰ Begründet wird er mit der Möglichkeit für die Schüler(innen), ohne Notendruck zu arbeiten, Eigeninitiative zeigen zu können, das Schüler(innen)-Lehrer(innen)-Verhältnis zu verbessern und auch den Umgang der Schüler(innen) untereinander zu stabilisieren. In diesem Schuljahr hat die Arbeit mit dem Team-Modell begonnen, was zu heftigen Diskussionen in der Schülerschaft und zur Reflektion über die eigene Situation geführt hat. So wird in der gleichen Gesamtkonferenz vom Schulleiter darauf hingewiesen, dass die SV die Umgestaltung der Aula anstrebe. Die Diskussion über die "Projektwoche", wie sie nun heißt,

⁹ Vgl. Bd.2 (Ergänzungsband), S.27

¹⁰ Vgl. Bd.2 (Ergänzungsband), S.68f.

ist weniger spektakulär als das Jahr zuvor. Es gibt keinen Widerspruch, als der Stufenleiter 9/10, Herr Volland, vorschlägt, in der Förderstufe im Klassenverband zu arbeiten, in den folgenden Jahrgängen 7 – 10 aber die Projekte entweder im Klassenverband oder in Themengruppen durchzuführen. Sein Antrag erhält nur 2 Gegenstimmen bei 16 Enthaltungen. Offenbar sind die Erfahrungen mit der Arbeit im Klassenverband in allen Jahrgängen und Klassen nicht nur positiv gewesen. Die Projektwoche soll in der ersten Juliwoche 1985 stattfinden.

Die "Projektwoche" hat sich nun etabliert und ist zu einer festen Einrichtung geworden, die von diesem Zeitpunkt an jedes Jahr in abgewandelter Form stattfindet. Wenn der ursprüngliche Basarcharakter im Vordergrund steht, wird von einem "Schulfest" gesprochen. Dann sind thematische Schwerpunkte möglich wie 1986, als ein mittelalterlicher Markt durchgeführt wird.

2.2.1.3 Die Beantragung einer "Schülercafeteria" für die Comenius-Schule (1982-1992)

Auf der Gesamtkonferenz vom 17.2.82 informiert Herr Deichmann, der seit dem 30.10.81 zusammen mit Frau Grünewald die Betreuung der SV übernommen hat, die Konferenz von seinen Bemühungen zur Einrichtung einer Cafeteria. Es liege bereits ein Raumvorschlag vor, die SV habe zugestimmt, der Elternbeiratsvorsitzende stehe diesem Vorschlag positiv gegenüber, müsse aber noch die nächste Sitzung seines Gremiums abwarten, bevor er sich definitiv äußern könne. Er stellt den Antrag an die Gesamtkonferenz, dass sie "die Einrichtung einer Cafeteria in absehbarer Zeit empfehlen (...) möge". Dieser Antrag findet eine Mehrheit bei 6 Gegenstimmen und 12 Enthaltungen. Auf der Gesamtkonferenz vom 24.3.82 teilt Schulleiter Wagner mit, dass der Schulelternbeirat die Einrichtung einer Cafeteria allein unter der Aufsicht der Elternschaft ablehne.

Eine erneute Initiative findet auf der Gesamtkonferenz vom 26.10.83 in Form eines Antrages der SV statt, die in der ersten Dezemberwoche, d.h. in etwas mehr als einem Monat einen Weihnachtsbasar durchführen möchte. Der Erlös solle der geplanten Cafeteria zukommen. Der Antrag wird – offenbar auf Grund der geringen Vorbereitungszeit – nur von 8 Lehrer(inne)n befürwortet und von der großen Mehrheit des Kollegiums abgelehnt. Daraufhin ruft die SV den Vermittlungsausschuss an, der einen eigenen Vorschlag¹¹ ausarbeitet und diesen auf der Gesamtkonferenz vom 23.11.83 vorstellt. Als Projekttage werden der Rosenmontag und Faschingsdienstag vorgesehen, denen dann am darauffolgenden Samstag ein Basar folgen soll. Über die Verwendung der Einnahmen entscheide jede Klasse selbst. Herr Deichmann (SV) findet diese Entscheidung inakzeptabel, da der Zweck des Basars die finanzielle Unterstützung der Cafeteria sein sollte und der Schülerschaft ihre Faschingsveranstaltung genommen werde. Frau Neubert stellt für den Vermittlungsausschuss fest, dass es seitens des Schulträgers noch keine offizielle Entscheidung für eine Finanzierung der Cafeteria gebe, was von Schulleiter Wagner bestätigt wird. Die Gesamtkonferenz findet vor diesem Hintergrund die Initiative von Herrn Deichmann durchaus verständlich, und so stößt der Vorschlag des Vermittlungsausschusses auf wenig Gegenliebe. Er wird bei 15 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

¹¹ Vgl. Bd.2 (Ergänzungsband), S.30

Am 30.1.84 wird im Rahmen einer Sitzung, zu der ein Vertreter der Gemeinde¹² eingeladen worden ist, über ein "Schülerzentrum" beraten. Es soll von einem Sozialarbeiter betreut werden, dessen Finanzierung allerdings noch nicht geklärt sei. Geplant sei, dass er zur einen Hälfte von der Gemeinde, zur anderen vom Arbeitsamt bezahlt würde. Die Zusage vom Arbeitsamt liege vor, die Gremien der Gemeinde müssten noch entscheiden. In einem von der Schulleitung erstellten Papier zur Begründung der Stelle für Schulsozialarbeit wird die Lage der Schüler(innen) an der Comenius-Schule ohne Beschönigung dargestellt. Es wird auf die Besonderheiten des Gesamtschulkonzepts Bezug genommen, das, durch das Kurssystem bedingt, eine andere, weniger persönliche Beziehung zwischen Lehrerinnen und Schüler(inne)n mit sich bringe, wodurch außerschulische Probleme, die ihre Ursache in den Elternhäusern und in der wirtschaftlichen Lage hätten, nicht mehr aufgefangen werden könnten. "Individualisierung und Differenzierung" des Lernangebots würden zu einer "emotionalen und sozialen" Überforderung vieler Schüler(innen) führen. Die hohe Anzahl der Schüler(innen), Leistungstests und Notendruck würden zu "Disziplinproblemen, Schulmüdigkeit, Schulflucht, Aggressionen und Leistungsverweigerung" führen. Cliquenbildungen wären die Folge und hätten "in zwei Fällen bereits zu Ansätzen kriminellen Verhaltens" geführt. Schulische Deprivilegierung würde in "Null-Bock-Haltung" und in einem Trend zum Alkoholkonsum münden. Eine Auffangmöglichkeit könnte das angestrebte Schülerzentrum bilden, wo Beratung im weitesten Sinne und sozialpädagogische Betreuung angeboten werden müssten. Damit hat sich die Idee einer Cafeteria in der Schule vom Konzept eines Aufenthaltsraumes für Fahrschüler(innen) entfernt und ist zu einer Sozialkomponente geworden, mit der die Auswüchse der um die neukonzipierten Curricula herumgebauten Schule gemildert werden sollen. Schulleiter Wagner berichtet im weiteren Verlauf der Sitzung von einer mündlichen Zusage des 1. Kreisbeigeordneten im September 1983, wo er versichert habe, dass der Kreis Umbaumittel für ein solches Schülerzentrum zur Verfügung stellen werde. Er werde ihn erneut darauf ansprechen, um einen Termin mit dem Bauamt zu vereinbaren. In den vorgesehenen Räumlichkeiten des Schülerzentrums solle eine Essensausgabe mit "Imbisscharakter" möglich sein. Er werde die Elternschaft wieder ansprechen und auch die SV einbeziehen, damit der Sozialarbeiter eine breite Unterstützung für seine Arbeit erhalte.¹³ Es werde von allen Teilnehmern dieser Besprechung für wünschenswert erachtet, wenn die Schule sich mehr zu den Gemeinden hin öffnen würde und Vereinen und sachkundigen Eltern eine Möglichkeit zur "Mitarbeit" eröffne.

Die weitere Planung des Schülerzentrums mit Cafeteria wird nun überlagert durch die Neukonzeption der Förderstufe nach dem Team-Modell, von der weiter unten die Rede sein wird. Die Elternschaft, aber auch die SV, sehen hier zwei konkurrierende Modelle und befürchten die Beeinträchtigung der "Cafeteria" durch die neue Aufteilung der Räumlichkeiten. So berichten Frau Hossbach und Frau Wegener, die beiden Sprecherinnen der Vorbereitungsgruppe für das

¹² Vgl. Bd.2 (Ergänzungsband), S.33ff.

¹³ Die Gemeinde weigert sich aber, das Konzept zu unterstützen, da sie nach Auslaufen der ABM-Finanzierung die vollen Kosten der Finanzierung auf sich zukommen sieht. Nach zwei Jahren hätte für den Sozialarbeiter die Möglichkeit bestanden, durch eine Klage seine Stelle zu behaupten und ein solcher Etatposten hätte nach Auffassung der Verantwortlichen die Gemeindefinanzen über Gebühr belastet. Von Schulsozialarbeit ist daher im Folgenden nicht mehr die Rede.

Team 1, am 29.5.84 von einem Gespräch mit dem Schullehrerbeirat, wo dieser Bedenken gegen die Pläne des ersten Teams äußert, weil er befürchtet, dass dadurch das Schülerzentrum/Cafeteria-Projekt Schaden nehmen könne.¹⁴ Auf der Gesamtkonferenz am 27.6.84 äußert der Elternbeiratsvorsitzende noch einmal Bedenken und bringt zum Ausdruck, dass die Elternschaft nicht hinreichend über die Neukonzeption der Teamarbeit informiert worden sei.

Auf der ersten Pädagogischen Gesamtkonferenz am 6.3.85 berichtet Herr Wagner, dass sich am 30.1.85 ein Ausschuss des Kreistages mit der Frage zusätzlicher Pausenräume für die Schülerschaft befasst habe. Der Schullehrerbeirat werde auf seiner nächsten Sitzung darüber beraten. Er weist auf ein Schreiben des Schullehrerbeirates¹⁵ hin, in dem angemahnt wird, neben den inzwischen erkennbaren Vorteilen der Teamarbeit nicht die übrigen Jahrgänge zu vergessen. Die Vorteile für den Unterricht sollten auch dort wirksam werden. Die zusätzlichen Unterrichtsstunden, die man dafür brauchen würde, könnte man dadurch bekommen, dass man mehr als bisher den Wahlpflicht¹⁶- und Wahlunterricht¹⁷ auf die Nachmittagsstunden verlegen würde. Daraus ergebe sich die Notwendigkeit, für die Mittagspause eine Überbrückungsmöglichkeit zu schaffen, d.h. eine Cafeteria einzurichten. An die Schulleitung ergehe deshalb die Bitte, dem seit Jahren vorgetragenen Wunsch stattzugeben und in geeigneter Weise Anträge an den Schulträger zu stellen. Es solle dabei auf eine schnellstmögliche Realisierung im kommenden Schuljahr gedrängt werden, damit im Haushalt des Jahres 1986 die notwendigen Mittel veranschlagt werden. Die Elternschaft sehe die Chance, jetzt die "tatsächliche Verwirklichung der Gesamtschulidee im Ganzen" anzustreben.

Auf der zweiten Pädagogischen Gesamtkonferenz am 8.5.85 wird in zwei Arbeitsgruppen über Zusatzangebote am Nachmittag gesprochen. Dabei wird klar, dass ihre Realisierbarkeit immer davon abhängig sein würde, ob eine Cafeteria an der Comenius-Schule eingerichtet worden ist. Auf der Gesamtkonferenz vom 26.6.85 stellt Herr Volland, der Stufenleiter 9/10, den Antrag, dem Schulträger einen Anbau für eine Cafeteria vorzuschlagen. Zusatzangebote am Nachmittag würden die Attraktivität der Schule erhöhen. Mit dem neuen Förderstufenabschlussgesetz¹⁸ sei auch wieder mit einer höheren Zahl von Übergängern auf die Gesamtschule zu rechnen. Er legt Wert auf die Feststellung, dass nicht versucht werde, auf diese Weise eine Ganztagschule einzurichten. Sein Antrag wird bei 10 Gegenstimmen und 17 Enthaltungen angenommen.¹⁹

Auf der Gesamtkonferenz vom 12.3.86 referiert die Zweigleiterin einer anderen integrierten Gesamtschule über die dort praktizierte Form der "Mittagsbetreuung". Dort werden am Nach-

¹⁴ Vgl. Bd.2 (Ergänzungsband), S.45

¹⁵ Vgl. Bd.2 (Ergänzungsband), S.74

¹⁶ Wahlpflichtunterricht ist für alle Schüler(innen) obligatorisch. Er umfasst die Fächer, die alternativ belegt werden können wie z.B. eine zweite Fremdsprache oder ein anderes Fach wie Polytechnik.

¹⁷ Wahlunterricht ist der nicht in der Stundentafel, d.h. der Auflistung der obligatorischen Fächer, enthaltene Unterricht. Die Teilnahme erfolgt auf freiwilliger Basis.

¹⁸ Im Förderstufenabschlussgesetz sind Schuleingangsbereiche für die Gesamtschulen vorgesehen, die dadurch vor Abwanderungen geschützt werden sollen.

¹⁹ Vgl. Bd.2 (Ergänzungsband), S.98f.

mittag Förderkurse und Veranstaltungen aus dem Wahlbereich angeboten. Deshalb schwanke die Teilnehmerzahl. Disziplinprobleme habe es noch keine gegeben, problematisch sei die Kontinuität. Zur inhaltlichen Ausgestaltung der Förderkurse gebe es noch kein durchgängiges Konzept, die Eltern seien nicht genügend eingebunden, die Essensversorgung müsse noch optimiert werden und die für die Mittagsbetreuung zur Verfügung stehenden Stunden seien durch das Regierungspräsidium von 26 auf 20 gekürzt worden. In der anschließenden Diskussion werden die Chancen für die Akzeptanz von Nachmittagsangeboten durch die Schüler(innen) der Comenius-Schule sehr unterschiedlich eingeschätzt. Herr Volland berichtet auf Anfrage, dass im Dezember 1985 ein Antrag wegen eines Anbaus an den Schulträger gerichtet worden sei, der aber bis jetzt noch nicht verhandelt worden wäre. Die Chancen für eine Genehmigung seien als günstig anzusehen. Herr Niemeyer und Frau Nolde geben zu bedenken, dass die Genehmigung mit einer Pflicht zum Nachmittagsunterricht verbunden sei. Herr Ruschmeyer weist auf die Möglichkeit hin, die dramatische Überbesetzung der Comenius-Schule dadurch abzubauen. Die Entwicklung einer eigenen Konzeption wird einem Ausschuss zugewiesen, der unter dem Vorsitz des Pädagogischen Leiters ein Konzept für Nachmittagsangebote entwickeln soll. Der entsprechende Antrag von Herrn Kauffeld wird bei 9 Gegenstimmen und 8 Enthaltungen angenommen.

Auf der Gesamtkonferenz vom 23.4.86 teilt Schulleiter Wagner mit, dass während der Osterferien die offizielle Zusage des Schulträgers eingetroffen sei. Er sei allerdings an die Bedingung gekoppelt, dass bis zum 1.2.87 ein Antrag auf einen Schulversuch "mit genauen Betreuungsplan und Nachmittagarbeitsplan" vorliegen müsse.

Ende September, am 24.9.86, liegt der Gesamtkonferenz ein von Schulleiter Wagner unterzeichnetes Antragspapier mit dem Titel "Versuchsantrag Pädagogische Mittagsbetreuung: Fördermaßnahmen und Wahlunterricht" vor. Im Einleitungsteil des Papiers wird auf die Schwierigkeiten der Comenius-Schule hingewiesen, ihren Schüler(inne)n sowohl "fachspezifische" wie auch "fächerübergreifende" Hilfen anzubieten, die über die Erfordernisse des Fachunterrichts hinausgehen. Weiterhin sei es auch nicht möglich, Zusatzangebote zu machen, um interessierten Schüler(inne)n die Gelegenheit zu geben, sich ihren Neigungen und Fähigkeiten entsprechendes Wissen anzueignen. Hindernisse bestünden zum einen darin, dass über 50% der Schüler(innen) mit dem Bus zur Schule kommen würden, zum anderen, dass es nicht möglich sei, den Vormittag durch Vorschalten und Nachschalten von Zusatzangeboten über Gebühr auszudehnen. Damit wäre eine Überforderung der Schüler(innen) verbunden. Eine Ausdehnung des Unterrichts auf den Nachmittag habe bisher durch die vielen Fahrschüler(innen) und mangels einer Versorgung in der Mittagszeit nicht stattfinden können. Deshalb beantrage die Comenius-Schule im Zusammenhang mit einer geplanten baulichen Erweiterung der Schule die Zuweisung von 4 zusätzlichen Planstellen, mit deren Hilfe an zwei Wochentagen eine "Pädagogische Mittagsbetreuung" angeboten werden könne. An diesen zwei Wochentagen würden am Nachmittag dann Förder- und Zusatzangebote eingerichtet werden können. Es folgt eine genaue Beschreibung der 1. Pädagogischen Mittagsbetreuung, der 2. Fördermaßnahmen und der 3. Zusatzangebote. In der Diskussion schwächt Herr Wagner den Antrag ab und räumt ein, dass er nicht

als "endgültige Lösung" anzusehen sei. Die Frage nach der Realisierbarkeit des seit dem 26.6.85 geforderten Anbaus²⁰ muss er mit einer Erklärung verwaltungstechnischer Hemmnisse beantworten, die sich zur Zeit aus einer Forderung der Schulaufsicht ergeben würden. Der zuständige Dezernent verlange eine Auflistung der für den Kursunterricht benötigten Räume und der Stammräume der Klassen. Er werde dann prüfen, ob ihre Zahl ausreiche oder nicht. Von diesem Gutachten hänge die bauliche Erweiterung ab. Herr Wagner lässt sich aber auf keine detaillierte Erklärung zum Stand der Verhandlungen ein. Vom Antragspapier werden nur die allgemeinen Ausführungen des Vorspanns abgestimmt. Die drei konkreten Punkte über Mittagsbetreuung, Fördermaßnahmen und Zusatzangebote bleiben ausgespart. Die Abstimmung wird auf Antrag von Herrn Niemeyer geheim durchgeführt. Von 58 Abstimmungsberechtigten stimmen 33 dem Vorspann des Antragspapiers zu, 23 lehnen ihn ab und 2 enthalten sich der Stimme. Die weitere Diskussion wird vertagt.

Auf der Gesamtkonferenz vom 26.11.86 wird der Bedarf an Lehrerwochenstunden für die "Pädagogische Mittagsbetreuung" konkretisiert und abgestimmt. Dieser Teil des Versuchsantrages wird von 36 Lehrer(inne)n befürwortet, 5 sind dagegen und 7 enthalten sich der Stimme. Die Punkte Fördermaßnahmen und Zusatzangebote tauchen nicht mehr auf. Stattdessen wird über ein "schulisches Förderkonzept" beraten. Der Pädagogische Leiter, Herr Posner – hat dazu eine Tischvorlage erstellt, in der – auf einem Papier von Ursula Dörger aufbauend – von der Funktion eines Förderkonzepts als Grundlage für ein "Schulkonzept" die Rede ist. Förderung sei nichts Eigenständiges, das, losgelöst vom normalen Unterrichtsablauf, aus zusätzlich erteilten Stunden bestehen würde. Die Entwicklung eines Konzepts bestehe darin, alle diejenigen Elemente zu beschreiben, die den "fördernden Charakter des normalen Unterrichts unterstützen" würden. Die Beschreibung und Veränderung dieses Förderkonzepts sei eine Aufgabe des gesamten Kollegiums und bedürfe eines längeren Diskussionsprozesses "unter Beteiligung von Gesamtkonferenz, Fachkonferenzen, Jahrgangsteams, Elternbeirat, SV und Schulleitung". Zur Koordination und Aufrechterhaltung des Gesprächsfadens sei eine Gruppe von Lehrer(inne)n – eine "Förderkommission" – erforderlich, die durchaus die Heterogenität des Kollegiums widerspiegeln solle. Die Abstimmung ergibt eine breite Mehrheit ohne Gegenstimme bei 2 Enthaltungen.

Auf der Gesamtkonferenz vom 11.2.87 teilt Herr Volland für die Schulleitung mit, dass die Comenius-Schule für das Schuljahr 1988/89 an erster Stelle auf der Prioritätenliste des Schulträgers stehe und für den Anbau ca. 1,5 Mio. DM veranschlagt seien.

Die Landtagswahl in Hessen vom 5.4.87 bringt für 4 Jahre eine Entwicklungspause für die Gesamtschule. Die neue Landesregierung aus CDU und FDP steht dem Gesamtschulkonzept ablehnend gegenüber und so ist es auch für die Comenius-Schule schwer, an ihrem Entwick-

²⁰ Der Anbau kollidiert mit alten Plänen für den Ausbau der Schule. Ein zweiter Bauabschnitt für die Verwaltung wurde in den 70er Jahren nicht realisiert. Sie wurde in der Folgezeit in dem Bereich der Schule untergebracht, der eigentlich für Klassenräume vorgesehen war. Bei einem Anbau werden nun auch die alten Provisorien wie die Blockierung von Klassenräumen durch die Verwaltung wieder in die Überlegungen einbezogen und ihre Auslagerung wird als Möglichkeit ins Auge gefasst. Deshalb wird von der Schulleitung zu dieser Zeit die Unterbringung einer Cafeteria und der Verwaltung im geplanten Anbau betrieben.

lungsweg festzuhalten. Erst mit einer erneuten Landesregierung aus SPD und Grünen 1991 wird es wieder möglich, an die Entwicklung der 80er Jahre anzuknüpfen. Vorher hat es Initiativen zur Einbeziehung von CDU-Abgeordneten gegeben, einen Besuch aus dem Ministerium im September 1988, der allerdings zum Ausdruck bringt, dass mit einer offiziellen Stellenzuweisung für die "Mittagsbetreuung" nicht zu rechnen wäre. Beim Schulträger wird unterdessen am Entwurf für einen Anbau gearbeitet. Die Umsetzung ist aber immer an die Genehmigung eines Konzepts zur "Mittagsbetreuung" gebunden. Am 2.10.89 sind wieder Vertreter des Kultusministeriums in der Schule. Sie machen eine Bestandsaufnahme des pädagogischen Konzepts ("Teamarbeit") zur Voraussetzung für die Genehmigung und stellen in Aussicht, dass 1990 mit dem Bau begonnen werden könne. Am 14.3.90 wird auf der Gesamtkonferenz Bilanz gezogen. Parallel verlaufende Gespräche mit dem Schulträger ergeben, dass es dort konkrete Vorstellungen gibt, wobei allerdings der Baubeginn auf Grund der aktuellen Finanzlage in Frage gestellt ist. Auf der Gesamtkonferenz am 16.1.91 ist klar, dass 1991 mit dem Baubeginn gerechnet werden kann. Die Landtagswahl vier Tage später, am 20.1.91, ergibt eine neue politische Ausgangslage. Auf der folgenden Gesamtkonferenz am 20.3.91 werden zwei Ausschüsse gebildet – ein "Pädagogischer Ausschuss" und ein "Bauausschuss" – wobei der erste die Aufgabe hat, einen konkreten Versuchsantrag zur "Mittagsbetreuung" auszuarbeiten. Auf der Gesamtkonferenz vom 22.5.91 wird der Versuchsantrag verabschiedet und in Wiesbaden eingereicht. Gleichzeitig berichtet der Bauausschuss, dass in den Sommerferien mit dem Anbau begonnen wird. Die Bauzeit zieht sich über ein Jahr hin, so dass die neuen Räume – zur Cafeteria ist noch die Schulbibliothek hinzugekommen – im September 1992 bezogen werden können.

2.2.1.4 Verbesserung des Übergangs von den Grundschulen auf die Gesamtschule (1982-84)

Auf der Gesamtkonferenz vom 17.2.1982 wird in dem aus Zeitgründen zurückgezogenen Antrag von Gradnitzer/Ruschmeyer (GEW-Schulgruppe) festgestellt, dass der Kontakt zu den Grundschulen zu verbessern sei. Auf der nächsten Gesamtkonferenz am 23.4.1982 – auf der Schulrat Böhmer vom Staatlichen Schulamt anwesend ist – wird erneut ein Antrag eingebracht, diesmal von Gradnitzer/Burger/Leupold, in dem die Kontaktaufnahme der Klassenlehrer(innen) des künftigen Jahrgangs 5 – also der Eingangsklasse – mit den fünf abgebenden Grundschulen geregelt werden soll.

Zusammenarbeit wird angestrebt, damit die Schüler(innen) aus der Grundschule nicht im Chaos der völlig überbelegten Gesamtschule untergehen. Es geht darum, auf die Zusammensetzung der Klassen Einfluss zu nehmen und verhaltensauffällige Schüler(innen) so zu verteilen, dass es in keiner Klasse zu einer Häufung kommt, was zur Folge hat, dass Unterricht dort nur unter erschwerten Bedingungen möglich ist. Es wird ein Zeitplan vorgeschlagen, in dem Hospitationen an den Grundschulen, Gespräche mit den dortigen Lehrer(inne)n, Einladungen von Lehrer(inne)n und Schüler(inne)n der Grundschulen an die Gesamtschule, Teilnahme an Elternabenden der Grundschulen, Zusammensetzung der neuen Klassen 5 mit einer Probephase, nach der auf einer Konferenz mit Förderstufenleiterin und Grundschullehrer(inne)n endgültig beschlossen werden soll, aufgeführt werden. Im kommenden Schuljahr wären die gemachten Erfahrungen auf einer "Pädagogischen Gesamtkonferenz" auszuwerten. Der Antrag stößt auf den

Widerstand der Förderstufenleiterin, deren Aufgabe es bisher gewesen ist, den Kontakt mit den Grundschulen zu halten und die Klassenzusammensetzungen vorzunehmen.

In der Diskussion wird darauf hingewiesen, dass aus den Grundschulen viele Schüler(innen) nicht mehr an die Gesamtschule wechseln würden und dass der Zusammenarbeit mit den Grundschulen deshalb besondere Bedeutung zukommen würde. Die Auswirkungen der Klassenzusammensetzung seien bis zum Jahrgang 10 spürbar. In den Klassen würden zu viele Lehrer(innen) unterrichten, wodurch es für die Schüler(innen) schwer wäre, sie als Bezugspersonen anzunehmen. Wenn man dieses Problem klären könnte und die Klassen 5 funktionieren würden, dann würde sich das positiv auf die Haltung vieler Eltern auswirken, die zur Zeit noch Bedenken hätten, ihr Kind auf die Gesamtschule zu schicken. In Gegenargumenten wird die Durchführbarkeit von Hospitationen bezweifelt und das Offenhalten der Zusammensetzung der Klassen 5. Es wird Unruhe bei den Schüler(inne)n und auch den Eltern befürchtet. Die Abstimmung erbringt eine eindeutige Mehrheit bei 2 Gegenstimmen und 13 Enthaltungen. Nach der Abstimmung wird problematisiert, ob denn die künftigen Klassenlehrer(innen) nach dieser Beschlusslage noch bereit seien, als Klassenlehrer/in zu arbeiten. Das führt dazu, dass einige Neuanmeldungen erfolgen, was wiederum die Schulleitung dazu veranlasst, zu bekräftigen, dass die Liste der zukünftigen Klassenlehrer(innen) bereits geschlossen sei.

Am 2.6.1982 berichtet die Förderstufenleiterin über Kontakte zu den Grundschulen und über die Bildung des neuen Jahrgangs 5. Es hat sich offenbar nicht viel verändert. Sie gibt bekannt, dass keine ganzen Klassen oder größere Freundschaftsgruppen übernommen werden sollen.

Auf der Gesamtkonferenz vom 3.11.1982 fragt Herr Burger die Schulleitung, ob bezüglich der Zusammenarbeit mit den Grundschulen inzwischen etwas geschehen sei²¹. Der Schulleiter verweist auf einen Bericht der Förderstufenleiterin an das Staatliche Schulamt, der mit Herrn Böhrner am 12.11.82 in der Schule erörtert werde. Darüber werde er zu gegebener Zeit berichten. In dem Papier der Förderstufenleiterin vom 18.10.82 wird darauf hingewiesen, dass die Abgänger der Grundschulen – wie in den Jahren zuvor – die Gesamtschule besichtigt hätten, es aber zu keinen Unterrichtsbesuchen gekommen sei, da dies aus organisatorischen Gründen nicht möglich gewesen sei.²² Eine Konferenz mit den Lehrer(inne)n der Grundschulen wegen der Zusammensetzung der Klassen 5 wäre dann angebracht, wenn ernsthafte pädagogische Probleme auftreten würden.

Am Ende der Gesamtkonferenz vom 9.2.1983 wird ein Bericht über die "erste Verbundkonferenz der Schulleiter der Grundschulen mit der Schulleitung der Gesamtschule am 7.2.1983" angekündigt, der auf der nächsten Gesamtkonferenz erfolgen soll.²³ Am 2.3.83 findet diese Gesamtkonferenz statt.²⁴ Die Anregung aus dem Kollegium heraus, die eine Verbesserung der Beziehungen zum Ziel hatte, damit auch pädagogische Anstöße aus den Grundschulen auf-

²¹ Vgl. Bd.2 (Ergänzungsband), S.15

²² Vgl. Bd.2 (Ergänzungsband), S.15f.

²³ Vgl. Bd.2 (Ergänzungsband), S.20

²⁴ Vgl. Bd.2 (Ergänzungsband), S.20ff.

gegriffen werden könnten und die Schüler(innen) im Getümmel der Gesamtschule nicht so verloren wären, wird dabei konterkariert. Die Anregung ist vor dem Hintergrund zustande gekommen, dass die Gesamtschule in der Bevölkerung zunehmend an Attraktivität verliert und sich öffentlichen Kampagnen schutzlos ausgeliefert sieht. Dem soll nun mit verstärkter Konferenztätigkeit begegnet werden. Auf der Verbundkonferenz am 7.2.83 ist beschlossen worden, in Zukunft mit dem Staatlichen Schulamt und den Schulleitern einmal im Jahr Zusammenkünfte durchzuführen. Bei der engeren Kooperation gehe es darum, die fächerspezifischen Probleme, die sich inzwischen beim Übergang auf die Gesamtschule ergeben hätten, zu diskutieren. Dazu gebe es in Zukunft zwei weitere Arten von Konferenzen. Das wäre zunächst einmal die "Übergangskonferenz", die von der Förderstufenleiterin einberufen und geleitet würde. An ihr sollten die Fachbereichsleiter Deutsch, Mathematik, Gesellschaftslehre und Naturwissenschaften aus der Gesamtschule und die Klassenlehrer(innen) der Jahrgangsstufe 4 aus den Grundschulen teilnehmen, welche die Fächer Deutsch, Mathematik und Sachunterricht erteilen würden. Diese Konferenz sollte mindestens einmal im Jahr stattfinden und fachliche Probleme behandeln. Daneben gebe es noch die "Fachkonferenzen" bestimmter Unterrichtsfächer, die nur von der Förderstufenleiterin einzuberufen wären. Von diesen Konferenzen könnten Empfehlungen ausgehen, die dann von den Gesamtkonferenzen der beteiligten Schulen erst in Beschlüsse umgewandelt werden müssten, bevor sie Verbindlichkeit erlangen würden. Damit ist die Frage der pädagogischen Aspekte des Übergangs ausgeklammert bzw. als unwesentlich eingestuft worden.

Auf der gleichen Gesamtkonferenz wird nach einem Austausch von Eindrücken über die bisherige Zusammenarbeit mit den Grundschulen ein erneuter Antrag von Burger/Gradnitzer/Leupold vorgelegt, in dem in der Begründung von ausreichender Qualifikation der Schüler(innen), von einer anzustrebenden sinnvollen pädagogischen Tätigkeit des Kollegiums und von der durch zunehmenden sozialen Druck in den Familien anfallenden zusätzlichen Arbeitsbelastung der Lehrer(innen) der Comenius-Schule die Rede ist. Durch zu geringe Kenntnis über die Eigenheiten der an die Comenius-Schule überwechselnden Schüler(innen)gruppen komme es immer wieder zu Problemen. Außerdem sei der Übergang für die Schüler(innen) mit Belastungen verbunden, da die aufnehmenden Lehrer(innen) nicht über die Bedingungen informiert wären, unter denen sie bisher unterrichtet worden seien. Es folgt noch einmal ein Zeitplan, in dem besonderer Wert auf die ausgewogene Zusammensetzung der Klassen gelegt wird. Der Antrag lehnt sich an die vom Staatlichen Schulamt vorgegebene Konferenzstruktur an und an die dort getroffenen formalen Festlegungen. Bei der Abstimmung gibt es keine Gegenstimmen und lediglich 4 Enthaltungen.

Am 18.5.83, der letzten Gesamtkonferenz des Schuljahres 1982/83, wird von der Schulleitung berichtet, dass am 20.4.83 zusammen mit den Grundschulen eine "Übergangskonferenz" stattgefunden habe.²⁵ Bezüglich der Hospitationen gebe es jedoch keine Freistellung während der Dienstzeit, da hierfür keine Rechtsgrundlage bestehe. Damit wäre auch kein Unfallschutz gegeben. Schulrat Böhmer werde versuchen, in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Institut für

²⁵ Vgl. Bd.2 (Ergänzungsband), S.23

Lehrerfortbildung (HILF) zu Beginn des nächsten Schuljahres ein Seminar durchzuführen. Am 22.4.83 habe dann eine außerordentliche Konferenz der Leiter der Grundschulen und der Gesamtschule stattgefunden, wo noch einmal über das Thema der Hospitationen gesprochen worden sei.

Auf der Gesamtkonferenz vom 23.11.83 wird von der Schulleitung mitgeteilt, dass am 8.11.83 eine vorbereitende Sitzung für das Seminar stattgefunden habe.²⁶ Es wird der für solche Verbundkonferenzen vorgesehene Funktionsträgerkreis aufgezählt. Hinzugekommen sind noch der Pädagogische Leiter und eine Beauftragte des HILF. Als Termin für die als "Kompaktseminar" bezeichnete Veranstaltung wird der 15.3.84 vorgesehen. Am Vormittag dieses Tages sollen in den Grundschulen Hospitationen durchgeführt werden. Der Teilnehmerkreis an der Gesamtschule erstreckt sich auf die Klassenlehrer(innen) der aktuellen und der künftigen Klassen 5, Fachvertreter sowie Mitglieder der Schulleitung. Am Nachmittag solle man sich mit den besuchten Grundschullehrer(inne)n über allgemeine pädagogische Fragen unterhalten und Überlegungen anstellen, wie man die Veranstaltung im kommenden Jahr weiterführen könne. Dabei sollen auch die Grundschullehrer(innen) an der Gesamtschule hospitieren können. Im nächsten Monat werde mit Billigung des Staatlichen Schulamtes für die Grundschullehrer(innen) eine Informationsveranstaltung an der Gesamtschule durchgeführt.

Die Durchführung des Kompaktseminars am 15.3.84 fällt in die Vorbereitungsphase des TEAM 1, das auf seiner 3. Sitzung am 22.2.84 die Unterrichtsbeobachtung bespricht.²⁷ Es kommt zu keinem detaillierten Beobachtungsfahrplan, da man der Meinung ist, dass in so kurzer Zeit keine wesentlichen Beobachtungen möglich seien. Wichtig sei die Kontaktaufnahme zu den Grundschullehrer(inne)n und die Intensivierung der Zusammenarbeit. Für den neuen Jahrgang 5 soll es im Schuljahr 1984/85 eine mehrtägige "Einführungsphase" geben.

2.2.1.5 Der "Pädagogische Kreis" und die Einrichtung einer Schulbibliothek (1982/83)

Der "pädagogische Kreis" ist hervorgegangen aus einer Jahrgangskonferenz des Jahrgangs 8, auf der sich einige Teilnehmer daran erinnern, dass sie eine ähnliche Konferenz im Schuljahr zuvor schon einmal abgehalten haben. Der Anlass ist der gleiche gewesen: Disziplinlosigkeit von Schüler(inne)n, auffälliges Verhalten und Beeinträchtigung des Unterrichts. Es wird bemerkt, dass der abstrakt-formale Umgang mit dem Problem zu keiner Lösung geführt hat und so wird die Forderung erhoben, sich in einer besonderen Runde noch einmal zusammzusetzen und zu überlegen, ob es nicht noch andere Möglichkeiten gebe, mit den Schüler(inne)n umzugehen. Die Verursacher der vielen blindwütigen Zerstörungen in der Schule sind in der Menge der Schüler(innen) kaum auszumachen und die vielen kräfteaubenden Disziplinierungsaktionen laufen immer wieder ins Leere. Anstatt die Distanz zu den Schüler(inne)n durch Strafen noch weiter auszubauen, käme es darauf an, die Ursachen für Aggressionen und Fehlverhalten zu beseitigen. Es wird zunächst im Kollegium herumgefragt, wer außerdem noch Interesse an ei-

²⁶ Vgl. Bd.2 (Ergänzungsband), S.29f.

²⁷ Vgl. Bd.2 (Ergänzungsband), S.36f.

nem "pädagogischen Kreis" haben würde und dann mit den Interessenten ein gemeinsamer Termin vereinbart.

Die erste Sitzung findet am 15.12.82 statt. Es handelt sich um eine Sitzung, in der es an erster Stelle darum geht, dem eigenen Unbehagen Luft zu verschaffen und danach zu suchen, was denn die Ursache für den Ärger sein könnte. Der Grund für viele Aggressionen der Schüler(innen) wird schnell in der räumlichen Enge des Schulgebäudes gefunden, das darüber hinaus noch wenig attraktiv sei. Es fehlten Angebote für die Heranwachsenden, die keine Möglichkeit hätten, ihren Bewegungsdrang auszuleben. Die Schulhöfe wären einfallslos und die Sportstätten wären abgeschlossen. Auch für andere Interessen wie Brettspiele oder Lesen gäbe es keinen Raum. Das Protokoll dieser Sitzung wird im Lehrerzimmer ausgehängt mit einer Einladung an die anderen Lehrer(innen), sich an künftigen Sitzungen zu beteiligen.

Auf der Sitzung am 12.1.83 wird von Herrn Ruschmeyer ein Videofilm über die IGS Köln-Hohlweide gezeigt. Das dort praktizierte Team-Kleingruppen-Modell (TKM) wird positiv aufgenommen, ohne dass es in der Gruppe der Anwesenden auf soviel Anklang stoßen würde, dass es zu einem Projekt werden könnte. Das Thema wechselt schnell zu den Problemen mit den Schüler(inne)n. Als Auslöser für deren Ausbruchsversuche aus den Bahnen des Schulbetriebes werden zwei soziale Bereiche genannt, in denen sie sich bewegen. Zum einen wäre das die häusliche Situation, zum anderen die Situation in der Schule selbst. Als konkrete kurzfristige und längerfristige Lösungsmöglichkeiten werden drei Aktivitätsfelder ins Auge gefasst, die auf der nächsten Gesamtkonferenz durch Anträge abgesichert werden sollen. Das sollen erstens Pausenangebote für die Schüler(innen) sein, zweitens die Schulhofgestaltung während der nächsten Projekttag, was Herr Gärtner übernehmen will und drittens die Einrichtung einer Schulbibliothek, die Herr Gradnitzer betreiben möchte.

Auf der letzten Sitzung des pädagogischen Kreises am 2.2.83 werden die Anträge erarbeitet. Auf der Gesamtkonferenz vom 9.2.83 wird vor allem der Antrag zur Schulbibliothek längere Zeit diskutiert.²⁸ Die notwendige Raumplanänderung erweist sich als wenig brisant, während den übrigen Lehrer(inne)n noch nicht ganz klar ist, was mit einer solchen Bibliothek geschehen soll. Deswegen werden Aufsichtsfragen und die Organisation diskutiert. Das Kollegium ist jedoch der Meinung, dass man einen Versuch durchaus wagen könne und beschließt mit großer Mehrheit bei 4 Gegenstimmen und 12 Enthaltungen die Einrichtung der Schulbibliothek. Der Antrag auf Öffnung der Sportstätten wird ebenfalls mit großer Mehrheit bei einer Gegenstimme und 13 Enthaltungen angenommen. Mit diesen Beschlüssen der Gesamtkonferenz ist die Arbeit des pädagogischen Kreises beendet, da es nicht mehr möglich ist, gemeinsame Themen zu finden.

Herr Gradnitzer macht zusammen mit Herrn Burger und Herrn Seifert weiter und richtet zunächst aus Mitteln der Elternspende die vorgesehenen Räume her, die dann allmählich mit alten und neuen Büchern bestückt werden. Die Elternspende ist noch lange Zeit die Finanzquelle, um einen Fundus an Sachbüchern für Kinder und Jugendliche anzuschaffen, die als Ergänzung der

²⁸ Vgl. Bd.2 (Ergänzungsband), S.19f.

unterrichtlichen Engführung durch die Schulbücher gedacht sind. Ab 1985 wird Herr Gradnitzer unterstützt von einer Elterngruppe, die den Aufbau der Bibliothek in die Hand nimmt.

2.2.2 Phase II: Die Auseinandersetzung über die Umgestaltung der Schule (1984–87)

Dieser Zeitraum ist geprägt von Auseinandersetzungen im Kollegium, bei denen es im Gegensatz zur ersten Phase um eine grundsätzliche Lösung der Probleme geht, durch welche die Arbeit der Lehrer(innen) behindert wird. Die Lösung wird zunächst in einer Umgestaltung der Förderstufe gesehen, die auf die gleiche Weise wie anderenorts (Köln-Hohlweide; Göttingen-Geismar) im Rahmen einer Team-Konzeption organisiert werden soll. Die ins Auge gefasste Umorganisation der Schule ruft Ängste wach, weil dadurch ausgehandelte Machtpositionen im Lehrer(innen)kollegium und in der Schulleitung in Frage gestellt werden. Die Schulleitung ist sich nicht einig, der Schulleiter schwankt und so werden bereits akzeptierte Lösungen durch unvorhergesehene Wendungen wie Anordnungen des Staatlichen Schulamts oder Vorbehalten der Elternvertreter wieder in Frage gestellt. Diejenigen Lehrer(innen), welche die Neuorganisation tragen sollen, verhalten sich dem übrigen Kollegium gegenüber ungeschickt, da sie es versäumen, die anderen Lehrer(innen) ausreichend und der Lage angemessen zu informieren. Somit werden die Neuerungen von diesen stets vor dem Hintergrund einer unkalkulierbaren zusätzlichen Arbeitsbelastung gesehen und Vorbehalte entstehen dadurch, dass die komplizierte Organisationsstruktur der integrierten Gesamtschule die Protagonisten der neuen Team-Konzeption in Atem hält, wodurch sie stärker werdende Aversionen nicht mehr im Auge haben.

Hauptkonfliktpunkt bei den Auseinandersetzungen ist die äußere Differenzierung in Fachleistungskurse, die von den Trägern der Neukonzeption der integrierten Gesamtschule als Hauptursache für das Abgleiten in anomische Verhältnisse ausgemacht worden ist. Sie befürworten eine Fachleistungsdifferenzierung auf zwei Niveaus, um den Ausgrenzungseffekt durch Einstufung in das unterste Kursniveau (C) zu vermeiden und setzen darauf, dass die soziale Auffangfunktion, die durch enge Zusammenarbeit der Lehrer(innen) erreicht werden soll, Leistungsschwankungen kompensieren könnte.

Pädagogische Gesamtkonferenzen machen deutlich, dass es im Kollegium massive Vorbehalte gegen diese Neukonzeption gibt, sie zeigen allerdings auch, dass bei vielen Lehrer(inne)n ein Wille vorhanden ist, aufeinander zuzugehen. Den Höhepunkt erfahren die Auseinandersetzungen in der Zeit nach dem Ausscheiden des bisherigen Schulleiters Wagner, der in den Ruhestand getreten ist. Diejenigen, die bisher Vorbehalte gegen die Team-Konzeption gehegt haben, sehen sich nun in einer Defensivposition, da sie befürchten, bei der Umgestaltung der Schule in die Abhängigkeit derjenigen Lehrer(innen) zu geraten, denen es bisher nicht gelungen ist, sie von den propagierten Vorteilen der Team-Konzeption zu überzeugen.

2.2.2.1 Die Vorbereitungsphase für die Zusammenarbeit auf Jahrgangsebene im künftigen Jahrgang 5 (1983/84)

Auf der Gesamtkonferenz vom 10.8.83 – der ersten des Schuljahres 1983/84 – berichtet Schulleiter Wagner von der Entwicklung der Schülerzahlen und kommt zu der Feststellung, dass erhebliche Teile der Grundschüler(innen) nicht mehr auf die Gesamtschule wechseln würden wie noch in den Jahren zuvor. Es seien nur noch ca. 60% der Schüler(innen), mit denen man rech-

nen könne.²⁹ Verluste seien vor allem im mittleren Leistungsbereich zu verzeichnen, also bei den sog. Realschüler(inne)n. Das Image der Schule müsse verbessert werden, dann ließe sich auch Anzahl der Lehrer(innen) halten, von denen bei sinkenden Schüler(innen)zahlen viele von Versetzung bedroht seien. In der sich anschließenden Diskussion wird aus den Reihen der GEW-Schulgruppe (Deichmann) eine Pädagogische Gesamtkonferenz beantragt, auf der ein neues Förderstufenkonzept der Schule erarbeitet werden soll. Dadurch wird an die Bemühungen angeschlossen, mit den Grundschulen ins Gespräch zu kommen. Im Verlauf der Debatte wird der Gedanke einer organisatorischen Veränderung der gesamten Schule aufgeworfen, was aber sofort mit Gegenvorschlägen wie einer Elternbefragung zu den sinkenden Schülerzahlen beantwortet wird. Dieses Ansinnen ist angesichts der Dringlichkeit des Problems jedoch nicht aufrechtzuerhalten, und so kommt es zu einer Abstimmung, die allerdings keine eindeutige Mehrheit für eine Veränderung erbringt. Dafür sind 21 Lehrer(innen), dagegen 18 bei 21 Enthaltungen. Der Vorschlag, den Pädagogischen Kreis mit der Vorbereitung der Pädagogischen Gesamtkonferenz zu beauftragen, wird von dessen Mitgliedern als nicht sinnvoll erachtet, da er momentan damit beschäftigt sei, die Schulbibliothek einzurichten. Aus der Konferenz heraus wird der Vorschlag gemacht, den Pädagogischen Leiter, Herrn Posner, mit dieser Aufgabe zu betrauen. Er solle sich eine Kommission zusammensuchen, mit der zusammen er die Vorbereitung übernehmen könne. Dieser Vorschlag wird mit großer Mehrheit bei zwei Gegenstimmen und 16 Enthaltungen angenommen.

Auf der übernächsten Gesamtkonferenz am 26.10.1983 gibt Herr Posner einen Zwischenbericht der von ihm gebildeten Kommission und benennt vier Problemkreise, über die zur Zeit diskutiert werde. Die Kommission hat sich zu diesem Zeitpunkt bereits zweimal getroffen (26.9. und 24.10.). Sie besteht aus neun Mitgliedern, von denen sich aber nur vier in der späteren Vorbereitungsgruppe wiederfinden. Es handelt sich um den Pädagogischen Leiter (Posner), den Stufenleiter 7/8 (Seifert), die Förderstufenleiterin (Wappner), den Koordinator (Burkhardt), den SV-Lehrer (Deichmann) und die Lehrer(innen) Hartwig, Leupold, Faber und Stuthmann. Das ursprüngliche Ziel der Vorbereitung einer Pädagogischen Gesamtkonferenz ist offenbar fallengelassen worden, und in der Kommission selbst werden nun die Themen diskutiert, die auf der Konferenz vom gesamten Kollegium behandelt werden sollten.

Als erstes habe man sich die Frage gestellt, inwiefern die in den oberen Jahrgängen (Jg.7-10) auftretenden Probleme sich mit den Erfahrungen der Schüler(innen) in der Förderstufe (Jg.5/6) erklären ließen. Dann habe man sich gefragt, ob sich aktuelle Förderstufenjahrgängen von früheren unterscheiden würden und welchen Grund die momentan erkennbare Beruhigung hätte. Weiterhin sei das Problem aufgeworfen worden, welchen Einfluss die Einführung des Team-

²⁹ Vgl. dazu die Tabelle in Abschnitt 2.1.1. In diesem Schuljahr ist das gesamte Schüleraufkommen in den Gemeinden rückläufig. Es gab nur noch 196 Schüler(innen) in der Jahrgangsstufe 4, von denen 134 auf die Gesamtschule wechselten. Das sind 68,4%. Das ist mehr als eine Halbierung der Zugänge des Schuljahres 1979/80 vom Beginn des Untersuchungszeitraumes. Die absoluten Schülerzahlen hatten sich darüber hinaus in den letzten beiden Schuljahren jeweils um ca. 200 Schüler(innen) verringert, so dass von einer dramatischen Veränderung der Situation gesprochen werden kann. Die Schüler(innen)zahl ist von 1728 im Schuljahr 79/80 auf 1262 im Schuljahr 83/84 gesunken. Dadurch entstehen plötzlich enorme Lehrer(innen)überhänge, die den Lehrer(inne)n und der Verwaltung Gestaltungsspielräume eröffnen.

Kleingruppen-Modells (TKM) auf den Lehrer(innen)einsatz hätte und zum Schluss habe man darüber diskutiert, ob die Einführung der Fachleistungsdifferenzierung bereits in der zweiten Hälfte des Jahrgangs 5 notwendig sei. Die Kommission treffe sich wieder am 9.11.83. Dann werde man das Problem der sozialen Beziehungen innerhalb des Team-Kleingruppen-Modells beraten.

Auf der Gesamtkonferenz vom 23.11.1983, auf der auch der von der Konferenz der Schulleiter und dem Staatlichen Schulamt festgelegte Termin für das Kompaktseminar und die Hospitation an den Grundschulen bekanntgegeben wird, folgt ein neuer Bericht. Die sich nun "Förderstufenkommission" nennende Gruppe legt der Gesamtkonferenz ein Papier vor, das mündlich erläutert wird. Man habe sich schwerpunktmäßig mit der Aufhebung der Anonymität und der Herstellung von Identifikation befasst. Anregungen habe man sich von Berichten über Schulen geholt, wo das Team-Kleingruppen-Modell praktiziert werde. In diese Richtung könne man gehen, wenn man nun eine Veränderung der Schule bewirken wolle. Es komme aber darauf an, im Rahmen der bestehenden Regelungen zu bleiben und keine umwälzenden Neuerungen ins Auge zu fassen. Beschlüsse der Gesamtkonferenz seien nicht notwendig.

Es seien nur einige Dinge zu beachten, die in einer Art Minimalkatalog für die Lehrer(innen), die im künftigen Jahrgang 5 arbeiten wollen, zusammengefasst werden. Es handelt sich um sieben Punkte, in denen die Bereitschaft eingefordert wird, sich mehr als bisher auf pädagogische Fragen einzulassen und einen Modus zu finden, gemeinsam ein Konzept für die Förderstufe zu entwickeln. So seien 1. eine hohe Wochenstundenzahl einzubringen, 2. sich als Mitglied eines Teams zu verstehen, 3. keine Probleme damit zu haben, fachfremden Unterricht zu erteilen, 4. an Konferenzen teilzunehmen, in denen mehr als bisher üblich über Schüler(innen) gesprochen werde, 5. auch die Klassenlehrerarbeit als Bestandteil der Teamarbeit zu verstehen, 6. auf die sozialen Beziehungen der Schüler(innen) mehr als bisher zu achten und geeignete Maßnahmen wie entsprechende Sitzordnungen in Erwägung zu ziehen und 7. darauf hinzuwirken, dass der Jahrgang zusammenbleibe und in einem Gebäudeteil geschlossen untergebracht wird.

Im Lehrerzimmer werde eine Liste ausgehängt, in die sich Interessenten für eine Mitarbeit im neuen Jahrgang 5 der Förderstufe eintragen könnten. Es kommt noch zu einer Sitzung am 21.12.83, deren Inhalt nicht bekannt wird, bei der es aber vermutlich darum gegangen ist, die Zahl der Interessenten einzuschränken, bevor dann die konstituierende Sitzung der Vorbereitungsgruppe für das Team 1 am 24.1.84 stattfindet.³⁰

In dieser ersten Sitzung ist keine Aufbruchstimmung spürbar, es wird vielmehr darum gerungen, ob das von Herrn Hartwig angebotene Modell für eine Unterrichtsverteilung im künftigen Jahrgang 5 angenommen werden soll. Herr Hartwig hat vorher in der Förderstufenkommission mitgearbeitet und kann auf einen Informationsvorsprung verweisen. Den Anwesenden scheint sein Lösungsvorschlag zu sehr an den bestehenden Strukturen orientiert zu sein, womit eine Aufsplitterung der Kräfte provoziert werde. Manche sehen darin eine Möglichkeit der Verwässerung, da viele Lehrer(innen) im kommenden Schuljahr gar nicht mit der erforderlichen hohen

³⁰ Diese und die folgenden Sitzungen sind in Bd.2 (Ergänzungsband) abgedruckt. (S.32ff) Dort finden sich auch detaillierte Angaben.

Stundenzahl frei werden und es eine relativ große Gruppe von Interessierten gebe, denen nur einfach daran gelegen ist, wieder in der Jahrgangsstufe 5 eingesetzt zu werden. Es wird deshalb darüber diskutiert, den Jahrgang in zwei "Bänder"³¹ aufzuteilen, die es erlauben würden, mit wenigen Lehrer(inne)n, die versetzt in unterschiedlichen Kursniveaus zu unterrichten hätten, auszukommen. Herr Ruschmeyer erklärt sich bereit, auf der Grundlage dieses Bändermodells eine neue Aufteilung vorzunehmen.

Auf der nächsten Sitzung am 8.2.1984 wird erneut über die Organisationsform der künftigen Jahrgangsstufe 5 gesprochen. Dazu kommt noch die Frage der Unterbringung. Bisher wurden die Eingangsklassen wegen der Überfüllung der Schule in einem etwas entfernteren separaten Gebäude untergebracht. Im Kollegium war immer wieder der Wunsch geäußert worden, sie ins Hauptgebäude zu verlegen, da der Unterricht in Polytechnik, Musik und Biologie sowieso in den Fachräumen dort stattfinden musste. Das hieß bisher aber immer, dass sie sich auf einen Weg zu machen hatten, der nicht ganz ungefährlich war. Es war eine Straße mit viel Verkehr zu überqueren. Außerdem ging durch den langen Weg sehr viel Zeit verloren.

Herr Ruschmeyer stellt zunächst seinen angekündigten Entwurf vor. In ihm ist auch fachfremder Unterricht vorgesehen, d.h. der Einsatz mit möglichst vielen Lehrer(innen)stunden in einer Klasse. Die Zahl der Lehrer(innen) im Jahrgang soll sehr klein gehalten werden. Dagegen wird in der Diskussion eingewendet, dass dies nicht notwendig sei, da auf Grund des aktuellen Überhangs genügend Lehrer(innen) vorhanden seien. Die Entscheidung zu Gunsten einer Alternative zu bestehenden Strukturen mit häufigem Lehrer(innen)wechsel ist also einerseits durch den Rückgang der Schüler(innen)zahlen möglich geworden, andererseits wird sie in Frage gestellt durch die Interessen der Lehrer(innen) selbst, die nicht überflüssig werden wollen. Es kommt zu einer Abstimmung, die sich jedoch mit großer Mehrheit (11) und 4 Enthaltungen für Herrn Ruschmeyers Konzept entscheidet.

Die Frage der Unterbringung des neuen Jahrgangs 5 wird durch den anwesenden Stellvertretenden Schulleiter, Herrn Sandrock, sehr skeptisch beurteilt. Er sieht kaum Möglichkeiten und rechnet vor, dass bei einer solchen Lösung Räume fehlen würden, die für andere Zwecke – wie die Einrichtung einer Schüler(innen)cafeteria – eingeplant seien. Durch das vorhandene Lehrer-Klassenraum-Prinzip müssten in einem Klassenraum noch mehr Lehrer(innen) untergebracht werden, was die ursprünglich beabsichtigte Zielsetzung der Überwachung des jeweiligen Raumes in Frage stellen würde. In der Diskussion wird die Aufgabe dieses Prinzips vorgeschlagen. Die Abstimmung ergibt eine Mehrheit für den Umzug (11) und zwei Stimmen dagegen. Zwei Lehrer(innen) enthalten sich. Die Vorbereitungsgruppe entscheidet sich somit mehrheitlich für den Standort im Hauptgebäude.

Die Sitzung der Vorbereitungsgruppe am 22.2.84 steht unter dem Zeichen der Vorbereitung der Hospitation an den Grundschulen und des anschließenden Kompaktseminars mit den dortigen

³¹ Eine Unterrichtsverteilung in "Bändern" bedeutet, dass der Unterricht für eine überschaubare Schüler(innen)gruppe – also in diesem Falle drei Klassen – nur in diesem gegebenen Rahmen stattfindet. Ein Band ist also eine Einschränkung der Kombinationsmöglichkeiten auf eine festgelegte Anzahl von Lehrer(inne)n, Schüler(inne)n und Unterrichtsstunden.

Lehrer(inne)n und Schulrat Böhmer vom Staatlichen Schulamt. Es gibt nun eine Zusammenarbeit von Gesamtschule und Grundschulen, aber sie findet unter den Augen des zuständigen Schulrats statt. Die Förderstufenleiterin, Frau Wappner, an deren Arbeit sich die Kritik entzündet hatte, nimmt in der Rangfolge den ihr zukommenden Platz ein, und die Grundschulen sind mit ihren Leiter(inne)n vertreten. Dazu kommen noch die Grundschullehrer(innen), bei denen hospitiert worden ist. Damit ist der vorläufige Endpunkt der Auseinandersetzung um die Zusammenarbeit mit den Grundschulen erreicht. Die Diskussion dreht sich um die Art und Weise, mit der man den dortigen Unterricht erfassen soll, um dann überprüfen zu können, welche Elemente in die Förderstufe übertragbar wären. Es wird befürchtet, dass auf Grund der offiziellen Struktur, die Hospitationen bekommen haben, lediglich "Schaustunden" gehalten würden und man nicht viel davon hätte. Man einigt sich darauf, die persönliche Kontaktaufnahme mit den Grundschullehrer(inne)n in den Vordergrund zu stellen, um eine Basis zu haben für die weitere Zusammenarbeit. Es wird der Besuch der Schüler(innen) in der Gesamtschule besprochen und angeregt, im nächsten Schuljahr an den Beginn eine "Einführungsphase" zu stellen, bei der die Fächer vorgestellt und die Schüler(innen)gruppen in den Klassen – also die "Kleingruppen" – zusammengestellt werden könnten. Was die Unterbringung betrifft, so gibt es von Seiten der Schulleitung noch kein grünes Licht für den Umzug ins Hauptgebäude. Die Abstimmung auf der letzten Sitzung ist offenbar ohne Eindruck geblieben. Deshalb soll für die nächste Gesamtkonferenz ein Antrag zu diesem Problem formuliert werden.

Die Hospitationen und das Kompaktseminar am 15.3.84 bleiben ohne weitere Auswirkungen für die weitere Arbeit der Vorbereitungsgruppe. Die nächste Sitzung am 28.3.84 beginnt mit einem Konflikt zwischen Herrn Ruschmeyer und der Förderstufenleiterin. Herr Ruschmeyer hatte den übrigen Mitgliedern ein Papier mit Terminvorschlägen ins Fach gelegt, was Frau Wappner als einen massiven Eingriff in ihre Befugnisse als Förderstufenleiterin verstanden hat. Sie betont vor den Versammelten, dass es nur ihr zustehe, solche Einladungen auszusprechen und Terminabsprachen zu treffen. Damit gibt sie zu erkennen, dass sie ihre Arbeit in der Vorbereitungsgruppe als Teil ihrer Leitungstätigkeit versteht, die sie sich nicht aus der Hand nehmen lassen möchte. Sie weist darauf hin, dass das Staatliche Schulamt mitgeteilt habe, dass die zu erwartende Schüler(innen)zahl lediglich die Bildung von fünf, höchstens sechs Klassen in der Jahrgangsstufe 5 zulassen würde und das Schulrat Böhmer sie gebeten habe, in der künftigen 5. Klasse zu unterrichten. Diese Ankündigung erweckt bei den Mitgliedern der Vorbereitungsgruppe den Eindruck, dass die Schulleitung auf die Gestaltung des künftigen Jahrgangs 5 massiv Einfluss nehmen möchte, denn die Förderstufenleiterin steht – das geht aus ihren Äußerungen und aus ihrer Handlungsweise hervor – einer Veränderung skeptisch gegenüber. Diese Haltung wird durch die Diskussion in der Vorbereitungsgruppe bestärkt, die für sie erkennbar werden lässt, dass sie dann zu befürchten hätte, nicht mehr die gleiche Rolle zu spielen wie vorher.

Herr Ruschmeyer regt an, wegen der durchaus festzustellenden Verzögerung, die der Anlass seines Papiers gewesen sei, ein Informationsbrett für die Vorbereitungsgruppe einzurichten. Dann werden zur Vertretung nach außen zwei vorläufige "Teamsprecherinnen" gewählt. Es handelt sich um Frau Hossbach und Frau Wegener. Danach spricht man über den Charakter der eigenen Arbeit. Bisher sei die Diskussion sehr locker und wenig zielgerichtet gewesen, auch dadurch, dass die Teilnehmer häufig gewechselt hätten. Die Protokolle, die im Lehrerzimmer

ausgehängt würden, dienten auch dazu, dass man sich vorher über den Stand der Diskussion kundig machen könne.

An diese Episode schließt sich ein kurzer Bericht über den Besuch einer anderen Gesamtschule an, die ein Jahr früher mit dem Team-Kleingruppen-Modell begonnen hatte. In der Gesamtschule Ochsfurt arbeite man im Team, aber ohne Bänder. Dafür habe man auf die Aufteilung der Fachleistungskurse in drei Niveaus verzichtet und begnüge sich mit zwei Niveaus, was dann die Bildung von Gespannen von jeweils zwei Partnerklassen ermöglichen würde. Man beginne den Tag in der Schule mit einem "offenen Anfang" und habe als neues Fach "Freies Lernen" eingeführt. In diesem Fach gehe es darum, dass die Schüler(innen) versuchen könnten, frei gewählte Themen zu bearbeiten. In der anschließenden Diskussion wird auf die neu eingerichtete Schulbibliothek verwiesen, die bei einem solchen Fach wertvolle Dienste leisten könnte. Während der Diskussion beginnt der formale Rahmen für die künftige Jahrgangsstufe 5 allmählich Gestalt anzunehmen. Herr Ruschmeyer nimmt die in der letzten Sitzung deutlich gewordene zögernde Haltung der Schulleitung zum Anlass, einen Antrag auf Übernahme des künftigen Jahrgangs 5 in das Hauptgebäude der Gesamtschule zu formulieren. Darin wird gefordert, einen Flur freizumachen und Raum zu schaffen für die Einrichtung einer "Sozial- und Arbeitsfläche".

In der Sitzung vom 4.4.1984 teilt die Förderstufenleiterin mit, dass doch sechs Klassen in der neuen Jahrgangsstufe 5 gebildet werden könnten. Dafür müssen aber für das künftige Team vorgesehene Lehrer(innen) abgezogen werden, da unvorhergesehenerweise im Fach Englisch in der Jahrgangsstufe 10 Lücken entstanden sind. Die Entscheidung, wer dafür in Frage kommt, ist schnell getroffen. Es handelt sich um die Lehrer, die mit der geringsten Stundenzahl im künftigen Jahrgang 5 eingesetzt werden sollen. Der Stufenleiter 7/8, Herr Seifert, und der Koordinator, Herr Burkhardt, scheiden damit aus. Von der Schulleitung befindet sich damit nur noch die Förderstufenleiterin in der Vorbereitungsgruppe.

Nach dieser Entscheidung werden die Klassenlehrerschaften festgelegt. Es werden in zwei Bändern je drei Klassen vorhanden sein, was jeweils drei Doppelklassenlehrerschaften bedeutet. Je zwei Klassenlehrer(innen) teilen sich die Verantwortung für eine Klasse. Frau Wappner möchte in einer Klasse den Kunstunterricht übernehmen und ist bereit zu einigen Frühaufsichten. Dieses Ansinnen stößt in der Vorbereitungsgruppe auf wenig Gegenliebe, zumal die Mitglieder befürchten, dass die aus der Sicht der Reformkonzeption andersartige pädagogische Auffassung der Förderstufenleiterin zu Konflikten mit den Schüler(inne)n führen könnte. Es wird angenommen, dass die Schüler(innen) in ein Dilemma geraten könnten, wenn sie mit konträren Unterrichtsstilen konfrontiert wären. Diese Befürchtung wird aber auf der Sitzung selbst nicht ausdrücklich thematisiert, sondern entspricht den Vorbehalten, die seitens der Vorbereitungsgruppe gegenüber Frau Wappner bestehen.³² Anschließend wird die in Ochsfurt praktizierte Form des "offenen Anfangs" diskutiert. Zur "Sozial- und Arbeitsfläche" sollen Herr Gradnitzer und Herr Ruschmeyer einen Antrag für die Gesamtkonferenz formulieren.

³² Vgl. zu den Befürchtungen das Interview mit Herrn Ruschmeyer in diesem Band.

Auf der Gesamtkonferenz vom 11.4.84 wird die Unterbringung der künftigen Jahrgangsstufe 5 im Hauptgebäude beantragt und mit großer Mehrheit gebilligt. Das gleiche gilt für die Sozialfläche. Es folgt ein Antrag von Burger/Gradnitzer/Leupold, die bereits vorher die Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Grundschulen betrieben hatten, zur Einrichtung einer Planungsgruppe, der ebenfalls mit großer Mehrheit gebilligt wird. Die Planungsgruppe soll Vorschläge erarbeiten für die weitere Entwicklung der Schule. Sie soll aus Schulleiter, Vertretern der Schulleitung, einem Personalratsmitglied, Mitgliedern des Team 1 und interessierten Lehrer(inne)n bestehen. Die vagen Formulierungen zur Zusammensetzung erweisen sich als Problem. So wird sie zwar von der Schulleitung eingerichtet, steht aber unter keinem guten Stern, da sie sich in der von ihr realisierten Form mit ca. 30 Mitgliedern als wenig arbeitsfähig erweist.³³ Die Schulleitung hat möglicherweise nur wenig Interesse an einem solchen Gremium, da es in einem Bereich tätig werden soll, in dem sie eigentlich ihr Hauptbetätigungsfeld sehen muss. Es gibt möglicherweise keine konkrete Vorstellung von der Nutzung der kreativen Potentiale des Kollegiums und der Koordination von Aktivitäten. Aktivitäten von Lehrer(inne)n scheint aus der Sicht der Schulleitung wenig Vertrauen entgegenzubringen sein. Deren Vorschläge scheinen eher als Quelle von Unordnung interpretiert zu werden, die es zu verhindern gelte. Wenn etwas Neues geschehe, dann müsse es unter Beteiligung aller geschehen. Dies mag demokratisch gemeint sein, führt dann in der Realität aber zur gegenseitigen Blockade.

Die Sitzungsfolge wird nun dichter, da die Zeit drängt. Von nun an finden die Sitzungen der Vorbereitungsgruppe im wöchentlichen Rhythmus statt.

In der Sitzung vom 16.5.84 wird von Frau Hossbach, die vorher an der dezidiert reformorientierten IGS Göttingen-Geismar tätig war, angemahnt, allmählich mit der inhaltlichen Diskussion über reformpädagogische Fragen zu beginnen. Es kann aber noch nicht dazu kommen, da noch die Besetzung des offenen Anfangs und die Betreuung der Klassen 4, die in der zweiten Maihälfte die Gesamtschule besuchen werden, geklärt werden muss. Dann wird darüber gesprochen, den Elternbeiratsvorsitzenden sowie Gemeindevertreter zu einer Sitzung der Vorbereitungsgruppe einzuladen bzw. umgekehrt zu den dortigen Sitzungen hinzugehen, da es wohl inzwischen einigen Unmut über die konzeptionellen Überlegungen der Vorbereitungsgruppe gibt. Es scheint bei der Elternschaft der Eindruck entstanden zu sein, dass es sich um einen Reformversuch auf Kosten der anderen Schüler(innen) handele.

Eine Woche später, am 23.5.84, wird über inhaltliche Fragen diskutiert. Herr Hartwig hält ein Referat über "innere Differenzierung". Es gehe darum, den Unterricht so anzulegen, dass nicht mehr "Basiswissen" im Vordergrund stünde, sondern dass man darauf zu achten hätte, den Bedürfnissen der Schüler(innen) entgegenzukommen und ihnen so die Möglichkeit zu bieten, sich mit ihrem individuellen Lernverhalten unterschiedliche Unterrichtsinhalte in unterschiedlicher Form anzueignen. Wichtig wäre es, die Schüler(innen) ernst zu nehmen und ihnen das Gefühl

³³ Die Planungsgruppe wird später dann als "Planungsausschuss" und als "Pädagogischer Ausschuss" bezeichnet. Im März 1985 ist auf einer Teamsitzung von ihm die Rede. Vgl. dazu Bd.2 (Ergänzungsband), S.78. Im Mai 1985 wird deutlich, dass er sich hauptsächlich mit Fragen der Raumplanung befasst, d.h. der Unterbringung von Jahrgängen in der Schule. Damit ist seine intendierte Aufgabe in Vergessenheit geraten.

zu vermitteln, dass man sich auf verschiedene Menschen mit entsprechend unterschiedlichem Vermögen einlässt und nicht einen einheitlichen Stoff in den Vordergrund stellt, an dem sich alle unterschiedslos abzuarbeiten hätten. Die Schüler(innen) könnten sich gegenseitig helfen, was schon deshalb Vorteile bringe, weil sich die Schüler(innen) in ihren Lernprozessen näher seien als Erwachsene, die sich erst hineindenken müssten. Innere Differenzierung bedeute nicht automatisch, dass Formen der äußeren Differenzierung aufzugeben seien. Sie könnten sich gegenseitig ergänzen. Leistungskontrollen hätten bei einem solchen Verständnis von Unterricht nicht mehr die gleiche Bedeutung, die ihnen üblicherweise zugemessen werde.

In der Diskussion wird die bestehende "Erlasslage" angeführt, die einige Hindernisse bereithalte. Dann gebe es Probleme bei der Frage der Unterrichtsmaterialien, die nicht in ausreichender Zahl und mit den entsprechenden Differenzierungsmöglichkeiten vorhanden seien. Basiswissen müsse durchaus eine Rolle spielen. Herr Burkhardt, der Koordinator, der, wie er sagt, "aus Interesse" weiter an den Sitzungen der Vorbereitungsgruppe teilnimmt, weist auf die Notwendigkeit der äußeren Differenzierung für die Stabilisierung von Lernprozessen hin. Auch sei in Rechnung zu stellen, dass den "Abituranforderungen" genügt werden müsse. Die anderen Beiträge wenden sich gegen die Beibehaltung konventioneller Praxis und stellen fest, dass sie keinen Maßstab darstellen dürfe. Es komme vielmehr darauf an, das Lernklima zu verändern und auf die Motivation der Schüler(innen) zu achten. Es wird nun darüber abgestimmt, wie mit der Differenzierung im zukünftigen Jahrgang 5 verfahren werden solle. Bisher wird bereits nach dem ersten Halbjahr differenziert. Die Abstimmung ergibt eine eindeutige Mehrheit dafür, im kommenden Schuljahr ohne Differenzierung zu arbeiten.

Zum Schluss teilen die Teamsprecherinnen – Frau Hossbach und Frau Wegener – mit, dass sie am nächsten Tag zur Sitzung des Elternbeirates gehen wollen, um dort die Argumente vorzutragen, die für eine Unterbringung des künftigen Jahrgangs 5 im Hauptgebäude der Gesamtschule sprechen.

Auf der Sitzung der Vorbereitungsgruppe am 29.5.84 berichten die beiden von ihren Erfahrungen. Es scheint bei den Eltern keine ernsthaften Unstimmigkeiten zu geben, doch bestehen Befürchtungen, dass eine Verlegung des Jahrgangs 5 in das Hauptgebäude zu einer Beeinträchtigung des wieder aufgenommenen Cafeteria-Projekts führen könnte. Das scheint auch die Sorge der SV zu sein, die sich ebenfalls um mehr Informationen über die Einrichtung eines Jahrgangsflores für die künftigen Klassen 5 bemüht. Es wird beschlossen, mit der SV Kontakt aufzunehmen. In der Schulleitung ist die Einrichtung einer Sozialfläche noch ein strittiger Punkt. Obwohl die Gesamtkonferenz dies beschlossen hat, bestehen weiterhin Bedenken wegen des Raumes, der dafür zur Verfügung gestellt werden müsste. In der anschließenden Diskussion werden Einzelheiten der Einführungsphase besprochen.

Am 6.6.84 berichten die Teamsprecherinnen von ihren Gesprächen mit der SV. Es konnte keine Klärung herbeigeführt werden. Problematisch erscheinen den Schülervertreter(inne)n die befürchteten Raumprobleme und die besondere Rolle, welche die neuen Schüler(innen) spielen würden. Von der Schulleitung berichten sie, dass dort ebenfalls massive Probleme gesehen würden, was die Einrichtung einer Sozialfläche immer unwahrscheinlicher erscheinen lasse. Herr Gradnitzer und Frau Roßkamp werden beauftragt, eine Aufgabenskizze für die Sozial- und

Arbeitsfläche anzufertigen. Dann gibt es Probleme innerhalb der Vorbereitungsgruppe. Frau Grabowski soll gefragt werden, ob sie überhaupt an einer Mitarbeit im Team 1 interessiert sei. Sie hat im Gegensatz zu allen anderen kaum an den Sitzungen teilgenommen und zeigt an den inhaltlichen Diskussionen wenig Interesse.³⁴ Den Hauptteil der Sitzung bestreitet Frau Hossbach mit einem detaillierten Plan der Einführungsphase.

In der nächsten Sitzung am 13.6.84 wird noch einmal Frau Grabowskis Verhalten problematisiert. Sie nimmt nur sporadisch an den Sitzungen der Vorbereitungsgruppe teil, hat einen Versetzungsantrag gestellt und möchte die Entscheidung darüber abwarten, bevor sie wieder in der Vorbereitungsgruppe mitarbeite. Es wird, da die Vorbereitungsgruppe angesichts des herannahenden neuen Schuljahres keinen zeitlichen Spielraum mehr sieht, darauf gedrängt, Frau Grabowski aufzufordern, möglichst bald zu einer Entscheidung zu kommen. Was die geplante Einführungsphase betrifft, so liegt eine Anordnung des Staatlichen Schulamtes vor, wo bestimmt wird, mit dem Unterricht in der Jahrgangsstufe 5 erst am zweiten Tag zu beginnen. Diese Entscheidung ruft zunächst einige Verwirrung hervor, gibt es doch in der Schule selbst keine Rückendeckung, da die Schulleitung alles, was nach einem Schulversuch bzw. nach Sonderregelungen aussehen könnte, zu vermeiden trachtet. Die Mitglieder der Vorbereitungsgruppe einigen sich darauf, bei der Schulleitung vorstellig zu werden und für den ersten Tag eine Teamsitzung anberaumen zu lassen, wo die Vorbereitungsphase und die folgenden Wochen noch einmal durchgesprochen werden sollen. Als nächstes legt Herr Ruschmeyer ein Informationspapier vor, das an die Elternvertretung, die SV und das Kollegium verteilt werden soll. Es befasst sich mit den Vorbehalten, die bisher gegenüber einer Neugestaltung der Jahrgangsstufe 5 vorgebracht worden sind und versucht, das neue pädagogische Konzept als Alternative zu den bestehenden Schwierigkeiten darzustellen. Anschließend wird von Frau Roßkamp die in der letzten Sitzung in Auftrag gegebene Aufgabenskizze für die Sozial- und Arbeitsfläche vorgestellt. Die Mitglieder der Vorbereitungsgruppe billigen beide Papiere nach einigen Veränderungen.³⁵ In der anschließenden Diskussion geht es um die Zusammensetzung der neuen Klassen 5. Die Förderstufenleiterin, Frau Wappner, gibt bekannt, dass die Zusammenstellung kurzfristig dadurch behindert wäre, dass von den Grundschulen noch keine Mitteilungen über Freundschaftsgruppen vorlägen. Man einigt sich darauf, diese Mitteilungen mit großer Vorsicht zu betrachten, da Schüler(innen) von jedem/r Lehrer/in anders wahrgenommen würden.

In der Sitzung am 20.6.84 stehen neue pädagogische Ansätze im Mittelpunkt. Die Förderstufenleiterin stellt zu Beginn einleitend fest, dass Teamarbeit nicht mit einem "Modell" gleichzusetzen wäre. Es handele sich nicht um einen Schulversuch, d.h. es bleibe letztendlich alles beim alten. Damit stellt sie die Mitglieder der Vorbereitungsgruppe auf eine harte Probe und isoliert sich selbst, da die Anwesenden bis auf Herrn Burkhardt, den Koordinator, und Frau Grabowski anderer Meinung sind. Es wird ihr aber nicht widersprochen. Dann liegt ein Brief des Elternbeirats vor, in dem der Verdacht geäußert wird, dass die Neukonzeption des Jahrgangs 5 auf Kos-

³⁴ Drei Jahre später stellt sich heraus, dass sie nur auf Drängen des Schulleiters im Team mitgearbeitet hat. Herr Wagner ist zu diesem Zeitpunkt bereits ausgeschieden.

³⁵ Die Papiere sind abgedruckt in Bd.2 (Ergänzungsband), S.47ff.

ten anderer Jahrgänge erfolgen würde. Dazu soll ein klärendes Gespräch auf der nächsten Elternbeiratssitzung erfolgen.

Danach folgt ein Referat von Herrn Gradnitzer zu den Zielsetzungen und Methoden der Reformpädagogik, die auf ihre Realisierungsmöglichkeiten im gegenwärtigen Schulsystem hin befragt werden. Er greift auf die Konzeptionen von Petersen zurück und skizziert seine Vorstellungen von der Unterrichtsorganisation im Zeitraum einer Woche. Von Freinet her wird die Bedeutung des Klassenraumes und seiner Einrichtung für offene Unterrichtskonzepte wie dem Freien Lernen betrachtet. Das jahrgangsstufenübergreifende Konzept von Montessori wird in Erwägung gezogen, indem gefragt wird, wieweit Schüler(innen) voneinander lernen können. Als problematisch wird in der anschließenden Diskussion die Tendenz zur Selbstdarstellung bei vielen Schüler(inne)n betrachtet, wodurch die Stilleren in ihrer Entfaltung beeinträchtigt würden. Als Möglichkeit, diese Tendenz zu beeinflussen, wird die Gewährung von Gelegenheiten zur Selbsterprobung gesehen. Die Arbeit mit der Freinet-Druckerei sei auch eine Chance zur Selbstdarstellung und zwingt gleichzeitig zur Konzentration.

Frau Klose schließt sich mit einem Referat über das Freie Lernen an. Sie präsentiert ihre Konzeption einer "Ideenkiste", aus der sich Schüler(innen) bedienen könnten, um selbständig Themen zu bearbeiten. Ohne Differenzierungsschranken soll es ihnen möglich sein, Partner für die selbstgestellten Aufgaben zu finden und voneinander zu lernen. Sie sollen die Lernfortschritte selbst bestimmen können und ein Verständnis für die eigenen Fähigkeiten entwickeln. Herr Burkhardt – der Koordinator – sieht eine Möglichkeit, mit der Ideenkiste dem darniederliegenden Förderunterricht für abstiegsgefährdete Schüler(innen) in den Fachleistungskursen und dem Vertretungsunterricht neue Impulse zu verschaffen, was aber auf wenig Resonanz stößt, da Förder- und Vertretungsunterricht bisher eher Aufbewahrungscharakter hatten und man das Problem mit Hilfe der Teamkonzeption generell anzugehen gedenkt.

Im letzten Referat trägt Frau Roßkamp Ideen zur Ausgestaltung des Klassenraumes vor. Es geht um die Herstellung einer Lernatmosphäre durch Bücher, Karteikästen für Lernkarteien, Nachschlagewerke, Spiele, die alle in Regalen aufbewahrt werden sollen und zusätzlichen Pinnwänden für die Schüler(innen)arbeiten. Als Abschluss werden die einzelnen Räume des für den Jahrgang vorgesehenen Flurs unter den künftigen Klassenlehrer(inne)n verlost. Eine Woche später, am 25.6.84, werden die Schüler(innen) auf die Klassen verteilt.

Auf der Gesamtkonferenz vom 27.6.84 müssen zunächst die Bedenken der SV zerstreut werden, welche die Interessen der übrigen Schülerschaft gefährdet sieht, bevor zur Abstimmung über das "neue organisatorische und pädagogische Konzept des Jahrgangs 5" geschritten werden kann. Dazu liegt ein Vorschlag des Vermittlungsausschusses vor, in dem mit relativierenden Formulierungen die Ausgabe von Speisen und Getränken "in Erwägung gezogen" werden soll, "nach Möglichkeit" jede Klasse einen eigenen Raum bekommen und die Schulbibliothek allen zugänglich sein "soll". Jeder Klasse sollte es freigestellt sein, ihren Klassenraum nach eigenen Vorstellungen zu gestalten. Für den neuen Jahrgang 5 sollen auf dem Schulgelände Klettergerüste aufgestellt werden. Dieser Vorschlag zur Güte wird von der übergroßen Mehrheit bei einer Gegenstimme und 6 Enthaltungen gutgeheißen.

Danach wird das Konzept für den Jahrgang 5 von der Förderstufenleiterin zur Abstimmung gestellt. Sie betont in ihrer Begründung, dass es sich um keinen Schulversuch handele, dass die Unterrichtsinhalte unverändert blieben und der Stundentafel entsprechend unterrichtet würde. Das Konzept basiere auf den Rahmenrichtlinien für die Förderstufe. Es gehe um den "verstärkten Einsatz des Klassenlehrers", der für die Schüler(innen) immer erreichbar sein sollte. Das erfordere die Verlegung des Jahrgangs 5 ins Hauptgebäude. Dann sollten immer drei Klassen miteinander "personell verzahnt" sein, ein "offener Schulbeginn" und eine "Sozialfläche" eingerichtet werden. Die Sozialfläche diene der "Erprobung und Verwirklichung von Formen innerer Differenzierung". Die Abstimmung erbringt eine überwältigende Mehrheit bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung. Nach dieser Abstimmung erläutert der Elternbeiratsvorsitzende die Bedenken der Elternschaft hinsichtlich der Auswirkungen für die Umsetzung der Stundentafel in den Jahrgängen 6 – 10. Seine Bedenken können nicht ganz ausgeräumt werden. Er weist auf die schlechte Informationspolitik an der Schule hin, so dass sich der Pädagogische Leiter – Herr Posner – genötigt sieht, die Unterrichtsverteilung detailliert darzulegen.

Am 29.6.84 findet noch ein abschließendes Treffen mit den Klassenlehrer(inne)n der Grundschulen statt, auf dem noch einmal über die getroffenen Entscheidungen bei der Klassenzusammensetzung gesprochen wird.

2.2.2.2 Veränderungsbemühungen des ersten Teams im Schuljahr 1984/85

Die 1. Sitzung des Team 1 findet am letzten Tag der Einführungsphase, am 28.8.84 statt. Übereinstimmend wird festgestellt, dass die Einführungsphase ein Erfolg gewesen sei und institutionalisiert werden solle. Dann wird der erste Elternabend und eine Kennenlern-Klassenfahrt besprochen. Die Elternabende sollen alle an einem Termin stattfinden.

Die erste Gesamtkonferenz – eine Kurzkonferenz – folgt einen Tag später, am 29.8.84. Das Kollegium wird u.a. auf die neue Situation hingewiesen, nämlich dass sich nun eine Eingangsklasse in der Schule befinde, die sich erst zurechtfinden müsse und für die eigene Bereiche geschaffen worden seien. Es wird per Antrag beschlossen, dass alle Klassenlehrer(innen) der Schule mit ihren Schüler(inne)n darüber reden und dies im Klassenbuch vermerken sollten. Der Vertretungsunterricht im Jahrgang 5 werde, so dass Team, mit eigenen Mitteln aufgefangen.

Auf der 2. Sitzung des Teams am 5.9.84 stehen wieder die Elternabende im Mittelpunkt. Die Förderstufenleiterin und der Schulelternbeiratsvorsitzende werden ebenfalls anwesend sein und für Fragen zur Verfügung stehen. Frau Wappner hat keinen Unterricht in der neuen Jahrgangsstufe 5, ist aber von der Schulleitung aus beauftragt und verantwortlich für das Team 1. Auf den Elternabenden soll über die Sitzordnung in Gruppentischen geredet werden, über die "Stundentafel", d.h. den zu erteilenden Unterricht, über die Betreuung vor Unterrichtsbeginn, d.h. den "Offenen Anfang", über die Klassenraum- und Flurgestaltung sowie darüber, wie die Pausen genutzt werden können. Bezüglich der Pausen gibt es die ersten Klagen über Schüler(innen), welche die womöglich neu gewonnenen Freiheiten nutzen und durch Klassenräume und Flure toben bzw. sich zu halsbrecherische Kletterpartien in den Fensterkreuzen aufmachen. Es soll in den Klassen über Regeln geredet und darauf hingewiesen werden, dass die Klassenräume "Ruhezonen" zu sein hätten. Die Ursache für dieses Verhalten wird in der für drei Wochen geplan-

ten "Rotationsphase" gesehen, bei der die Schüler(innen) sich ihre Banknachbarn in der Tischgruppe aussuchen können. Diese Phase dient der Erstellung eines Soziogramms, mit dessen Hilfe dann die endgültige Zusammenstellung der Tischgruppen erfolgen soll. Für die weitere Planung wird problematisiert, inwieweit die Fachleistungsdifferenzierung in der Jahrgangsstufe 5 bereits ab dem zweiten Halbjahr erforderlich sei. Ziele und Termin der Klassenfahrten sind noch unklar.

Die 3. Sitzung am 12.9.84 steht ganz unter dem Zeichen des am folgenden Tag stattfindenden ersten Elternabends. Es wird noch einmal die Tagesordnung besprochen. Dabei wird geklärt, wie die einzelnen Tagesordnungspunkte gefüllt werden können. Es soll eine Namensliste herumgereicht werden können, damit es den Eltern möglich ist, untereinander Kontakt zu halten. Die Förderstufenleiterin macht auf eine Begrenzung der zur Verfügung stehenden Zeit aufmerksam, da im Anschluss an den Elternabend eine gemeinsame Sitzung von Schulleitung und Schulelternbeirat anberaumt worden sei. Die Vorstellung, dass Unterrichtsstunden doppelt besetzt werden könnten, um auf diese Weise Zeit zur Verfügung zu haben und den Lehrer(inne)n Gelegenheit zur gegenseitigen Hospitation zu geben, wird von ihr skeptisch beurteilt, da dies eine zusätzliche Belastung darstellen würde. Der zu erteilende Unterricht müsse trotzdem gehalten werden. Danach wird die Ausgestaltung des Offenen Anfangs an jedem Wochentag besprochen und ein Verbot des Mitbringens von Radios und Kassettenrekordern.

In der 4. Sitzung am 19.9.84 wird eine positive Bilanz der Elternabende gezogen. Auch der Offene Anfang habe sich gut eingespielt. Danach wird mit dem anwesenden Pädagogischen Leiter – Herrn Posner – die Vertretungsregelung für den Jahrgang 5 besprochen. Bisher war der Vertretungseinsatz immer Sache der Schulleitung gewesen, die es als eine ihrer wesentlichen Aufgaben betrachtet hatte, auf diese Weise die Unterrichtsversorgung sicherzustellen. Die Vorstellung einer Selbstregelung durch das Team ruft Befürchtungen hervor, dass dieses einer solchen Aufgabe nicht gewachsen sein könnte. Die Argumentation der Team-Lehrer(innen) geht dahin, dass nur sie die Schüler(innen) kennen würden und von einem Einsatz von Lehrer(inne)n, die keine Kenntnisse von der Neukonzeption des Unterrichts und des Umgangs mit den Schüler(inne)n hätten, negative Auswirkungen auf die eigene Arbeit zu befürchten wären. Ein Problem sieht Herr Posner in der Kurzfristigkeit, mit der Krankmeldungen in der Regel erfolgen würden. Darin sieht das Team aber kein Problem bei einer engen Zusammenarbeit. Frau Wappner schlägt einen Mittelweg vor, der darin bestehen soll, dass keine fremden Lehrer(innen) im Jahrgang Vertretungsunterricht leisten sollten, dafür aber die Team-Lehrer(innen) notfalls auch in anderen Jahrgangsstufen eingesetzt werden könnten. Herr Posner erklärt sich damit einverstanden, möchte aber keine verbindliche Zusage für eine solche Lösung geben, sondern hält diese Sonderregelung im Jahrgang 5 für vorläufig. Wer sich krankmelde, habe sowohl das Team, als auch die Schulleitung zu informieren. Herr Ruschmeyer stellt im Anschluss an diese Diskussion den Entwurf für einen Antrag an die nächste Gesamtkonferenz vor, der konkrete Vorstellungen zur Neugestaltung der Förderstufe beinhaltet. Er enthält drei Schwerpunkte: die Festschreibung des bisher Erreichten, die Forderung nach mehr Lehrer(innen)stunden für das Team und die Aufhebung der Differenzierung im Jahrgang 5 bzw. eine Differenzierung im Jahrgang 6 auf lediglich zwei, statt bisher drei Niveaus. Der Antragsentwurf wird überarbeitet und soll als Antrag des Team 1 eingebracht werden.

Auf der 5. Sitzung des Teams am 26.9.84 wird diese Änderung der Differenzierung eingehend beraten. Der eingeladene Pädagogische Leiter rät zur Vorsicht bei der Information der Eltern, da nicht sichergestellt wäre, ob der zeitliche Rahmen für Veränderungen überhaupt ausreichen würde. Für eine Aufhebung der Differenzierung in der zweiten Hälfte des Jahrgangs 5, also zum 1.2.85, stünden nur noch ca. vier Monate zur Verfügung, was eine äußerst kurze Distanz wäre. Herr Hartwig gibt zu bedenken, dass die Aufhebung der Differenzierung einem Schulversuch gleichkäme und beim Regierungspräsidenten zu beantragen wäre. Stattdessen könne man eine Differenzierung auf nur zwei Niveaus anstreben, was schulintern geregelt werden könne. Der Pädagogische Leiter weist darauf hin, dass die Änderung der Differenzierung auch ein Eingriff in die curriculare Kompetenz der Lehrer(innen) des jeweiligen Fachs beinhalten würde und nicht nur pädagogisch gesehen werden dürfe. Es würden sich nämlich Auswirkungen ergeben für den Unterricht in den nachfolgenden Jahrgängen. Er empfiehlt deshalb, die Fachkonferenzen Englisch und Mathematik zu informieren und sich dort ein Votum für eine Änderung zu holen. In der Diskussion wird problematisiert, dass dann in Englisch und Mathematik ab der Jahrgangsstufe 7 mit einer Differenzierung auf 3 Niveaus fortgefahren werden müsse. Unklar bleibt auch, wie mit dem Fach Deutsch in der Förderstufe verfahren werden solle, das erst ab der 7. Klasse differenziert wird. Man einigt sich darauf, den Schulleiter – Herrn Wagner – um einen Aufschub zu bitten und die Gesamtkonferenz um eine Woche zu verschieben, damit noch Gespräche in den Fachkonferenzen geführt werden können. Es wird dann ein Meinungsbild über die beiden Möglichkeiten der Gestaltung der Differenzierung in der Förderstufe hergestellt. Für die weitergehende Lösung von Aufhebung der Differenzierung in der Jahrgangsstufe 5 und Beginn der Differenzierung in der Jahrgangsstufe 6 auf 2 Niveaus sprechen sich sieben Mitglieder aus. Die Alternative von drei Niveaus in der Jahrgangsstufe 6 wird von drei Mitgliedern befürwortet. Da die mehrheitlich favorisierte Lösung möglicherweise technisch nicht durchführbar ist, wird erwogen, dann ab dem 2. Halbjahr in der Jahrgangsstufe 5 und daraufhin auch weiter in der Jahrgangsstufe 6 in den Fachleistungskursen lediglich auf zwei Niveaus zu unterrichten. Dafür sprechen sich bei einer Enthaltung 11 Mitglieder des Teams aus. Es soll auf der nächsten Gesamtkonferenz ein Antrag dazu eingebracht werden.

Auf der folgenden 6. Sitzung des Team 1 am 3.10.84 wird über aufgetretene Probleme diskutiert. Es wird dabei besonders Klage geführt über die Verhaltensweise der Schüler(innen) auf dem Flur und in den Klassenräumen. Die Förderstufenleiterin sieht die Ursache für die Unruhe und Disziplinlosigkeit in der mangelnden Pünktlichkeit der Lehrer(innen). Dem wird entgegengehalten, dass die Ursache auch in der sehr unterschiedlichen Zusammensetzung der Tischgruppen liegen könne. Bei der Diskussion wird deutlich, dass es sehr unterschiedliche Auffassungen über den Umgang mit Schüler(inne)n gibt und manche Lehrer(innen) formale Regelungen brauchen, um sich im Unterricht durchsetzen zu können. Das Verhalten der Schüler(innen) wird noch als eine Sache betrachtet, die man mechanisch mit dem richtigen Rezept bewältigen könne. Es besteht aber eine Ahnung davon, dass die Ursache in dem komplexen Beziehungsgefüge der neu zusammengesetzten Klassen und des neu zusammengefügt Jahrgangs liegen könne. Was den geplanten Antrag an die Gesamtkonferenz betrifft, so habe Herr Faber – der Fachbereichsleiter – im Vorfeld der Fachkonferenz Mathematik vorgeschlagen, den Antrag zu teilen und über die Aufhebung der Differenzierung in der Jahrgangsstufe 5 und die Art und Weise der

Differenzierung in der Jahrgangsstufe 6 getrennt abzustimmen. Weiterhin wird beschlossen, dass an jedem Wochentag ein festgelegtes Team-Mitglied für die Vertretungsregelung zuständig ist.

Auf der um eine Woche verschobenen Gesamtkonferenz am 31.10.84, vor der am 24.10.84 Fachkonferenzen in Englisch und Mathematik stattgefunden haben, steht der Antrag des Team 1 im Mittelpunkt der Verhandlungen. Als Vertreter des Staatlichen Schulamtes wohnt Schulrat Böhmer der Sitzung bei. Herr Hartwig übernimmt die Begründung des Antrages und weist darauf hin, dass es inzwischen gelungen sei, die Grundlagen zu legen für eine Arbeit im Team-Kleingruppen-Modell, wonach inzwischen stabile Sitzgruppen existieren würden, die neben der intensiveren Betreuung der Schüler(innen) eine Basis bilden würden für eine geplante enge Zusammenarbeit mit den Eltern. Im Antrag wird in der Begründung für die beabsichtigte Arbeit nach dem Team-Kleingruppen-Modell ausgeführt, dass eine "zentral verwaltete große Schule" dazu neigen würde, die Bedürfnisse der "in ihr lebenden Menschen" nicht mehr in ausreichendem Maße wahrzunehmen. Gerade jüngere Schüler(innen) hätten "den starken Wunsch nach persönlicher Aufmerksamkeit und verlässlichen und festen Beziehungen zu Personen und nach der Überschaubarkeit ihrer räumlichen Umgebung". Man wolle versuchen, das Team-Kleingruppen-Modell in die Arbeit einer "normalen" Gesamtschule einzufügen. Dann wird eine Erhöhung des Stundendeputats für Aufgaben im Team und für Betreuungsmaßnahmen gefordert, womit keine neuen Stellen gemeint sind, sondern eine neue Bedarfsrechnung im Schuldeputat mit dem Nebenziel der Abschmelzung des Lehrerüberhangs und der Abwendung drohender Versetzungen. Daneben werden noch finanzielle Forderungen in bescheidenem Maßstab erhoben, um die Grundausstattung eines jeweils neu beginnenden Jahrgangs zu gewährleisten. Zum Schluss wird die weitestgehende Forderung des Teams nach Aufhebung der Differenzierung im Jahrgang 5 und Fachleistungsdifferenzierung auf zwei Niveaus im Jahrgang 6 erhoben. Begründet wird diese Forderung mit der Lernatmosphäre, die inzwischen im Jahrgang herrsche und die durch ein Auseinanderreißen der Klassen zwecks einer Aufteilung nach Leistungskriterien wieder abgebaut würde. Das Team sei dabei, neue differenzierte Arbeitsformen auf der Grundlage von Kleingruppen zu entwickeln, die durch die Aufteilung in Fachleistungskurse gefährdet würden, da die Schüler(innen) dann einen Großteil der Zeit in anderer Umgebung verbringen würden. Dadurch würden auch die Bemühungen, das soziale Lernen zu stabilisieren, in Frage gestellt. Die Differenzierung auf zwei Niveaus würde den Vorteil bringen, dass Partnerklassen gebildet werden könnten, wodurch ebenfalls eine starke Durchmischung der Schülerschaft vermieden würde und die Zahl der Bezugspersonen überschaubar bleibe. Dann würde mit einer solchen Form der Differenzierung die vorzeitige Festlegung auf den künftigen Schulabschluss vermieden, was der ursprünglichen Absicht einer "Förderstufe" entsprechen würde.

In der Diskussion rufen die anfänglich positiven Stellungnahmen umgehend gegenteilige Meinungen und Vorschläge zur Umformulierung hervor. So wird die angestrebte Weiterentwicklung der Schule als zu weitgehend empfunden und darauf hingewiesen, dass es sich lediglich um die Förderstufe handle. Der Pädagogische Leiter fürchtet offenbar, dass der Neubeginn zur Gänze abgelehnt werden könnte und fragt nach der Notwendigkeit einer Abstimmung. Die Anfrage, ob sich der Antrag im rechtlichen Rahmen befinde, kann positiv beantwortet werden. Der Schulleiter selbst stellt fest, dass es für die Förderstufe keine so eng gefassten Richtlinien wie

für die Jahrgänge 7 bis 10 gebe. Der Stufenleiter 9/10 – Herr Volland – unterstützt die Haltung des Teams, befürchtet aber eine Polarisierung und streicht heraus, dass die Elternschaft den Bemühungen wohlwollend gegenüberstehen würde. Er macht auf den Planstellen erhaltenden Aspekt des Antrages aufmerksam. Der Koordinator – Herr Burkhardt -, der bisher in der Vorbereitungsgruppe mitgearbeitet hatte und die Haltung der Mitglieder des Teams genau kennt, vertritt eine skeptische Haltung und gibt zu bedenken, dass man bei einer Differenzierung auf zwei Niveaus nicht genau wisse, wo die Trennlinie zu ziehen sei. Die inhaltlichen Forderungen des Teams bezüglich einer pädagogischen Neuorientierung seien auch bei drei Niveaus zu realisieren. Wichtig sei es, dass in der Jahrgangsstufe 10 Leistung gefordert werden müsse und bis dahin der vorgeschriebene Unterrichtsstoff zu bewältigen sei. Bei zwei Niveaus sei dies nicht sicherzustellen und Leistungseinbußen seien zu befürchten. Herr Ruschmeyer antwortet für das Team und stellt heraus, dass es nicht darum gehe, das Abitur der Schüler(innen) zu gefährden. Er wendet sich gegen einen lediglich abstrakten Leistungsbegriff. Es gehe darum, pädagogisches Neuland zu betreten. Die Schriften des Kultusministeriums würden zeigen, dass es einen Trend zu weniger Differenzierung gebe. Das Team sei lange Zeit allein zu organisatorischen Diskussionen gezwungen gewesen, habe es aber trotzdem geschafft, die inhaltlich-pädagogischen Fragen anzugehen. Die Beibehaltung der Fachleistungsdifferenzierung auf drei Niveaus beeinträchtige die pädagogische Arbeit. Der Pädagogische Leiter sieht das nicht so und weist darauf hin, dass es auf den Fachkonferenzen keine Einigung gegeben habe. Er fürchtet offenbar, dass die Basis für eine Veränderung der Differenzierung zu schmal sei. Darauf werden die Fachbereichsleiter gefragt und schildern die Situation auf den Fachkonferenzen Mathematik und Englisch. Herr Faber vom Fachbereich Mathematik beginnt und stellt fest, dass in dem Antrag des Teams keine fachspezifische Argumentation zu erkennen gewesen sei. Daraus habe man geschlossen, dass es kein Konzept für eine Aufhebung der Differenzierung im Fach Mathematik gebe und sich folglich gegen den Antrag des Teams ausgesprochen. Herr Leupold, der Fachbereichsleiter Englisch, berichtet dagegen, dass sich die Fachkonferenz mehrheitlich für eine Aufhebung entschieden habe. Er wendet sich gegen den Vorwurf gegenüber dem Team, zu spät informiert zu haben. Jeder habe jederzeit die Möglichkeit gehabt, sich über den Stand der Arbeit zu informieren. Herr Gradnitzer wendet sich als Mitglied des Teams gegen Vorwürfe dieser Art. Er richtet seinerseits einen Vorwurf an die Kritiker und hält ihnen vor, sich nicht mit pädagogischer Literatur und pädagogischen Fragen auseinandersetzen zu wollen. Er erinnert an den Anlass des Neubeginns. Dies seien die ständigen Störungen der Schüler(innen) aus dem untersten der drei Fachleistungskurse gewesen, die einerseits überfordert, andererseits vernachlässigt worden seien. Mit dem Neubeginn wolle man dieses Problem lösen. Das habe nichts mit der Vernachlässigung von Leistungen zu tun. Es gehe vielmehr darum, das Leistungsniveau wieder zu stabilisieren. Der Schulleiter macht anschließend auf einen formalen Aspekt aufmerksam. Er weist darauf hin, dass man die Fachkonferenzbeschlüsse erst aufheben müsse, bevor man anders entscheiden könne. Herr Hartwig wendet sich ebenfalls als Mitglied des Teams gegen die Vorwürfe, die Leistung zu vernachlässigen. Er macht darauf aufmerksam, dass die Entwicklung eines Konzepts nicht mit Unterrichtsplanung verwechselt werden dürfe. Dann bringt er die zweite, vom Team ins Auge gefasste Lösung vor und möchte den dritten Teil des Antrages zur Differenzierung verändern, indem nicht mehr die Aufhebung der Differenzierung

angestrebt werde, sondern eine Differenzierung in den Jahrgangsstufen 5 und 6, dafür aber auf zwei Niveaus.

Herr Böhmer – der Schulrat – der bisher schweigend zugehört hatte, meldet sich zu Wort und weist darauf hin, dass noch die Zustimmung der Eltern dabei notwendig wäre. Dem Antrag auf Aufhebung habe er ohnehin kaum Chancen eingeräumt, da der zeitliche Rahmen vermutlich nicht ausgereicht hätte.

Nach dieser Einlassung des Schulrates erläutert Frau Hossbach, die auch dem Team angehört, die näheren Umstände der Abstimmung im Fachbereich Mathematik. Es habe eine sehr knappe Entscheidung zu Ablehnung des Antrages gegeben. Es hätten sich sieben Konferenzteilnehmer gegen den Antrag und sechs für ihn ausgesprochen. Die Neugestaltung des Unterrichts wäre kein größeres Problem. Sie bekommt Unterstützung von einem anderen Mitglied der Schulleitung, dem Stufenleiter 7/8. Herr Ruschmeyer sieht sich veranlasst, vor der Abstimmung über den Antrag noch auf den politischen Rahmen hinzuweisen, nämlich dass in nächster Zeit ein neues Förderstufengesetz verabschiedet würde, in dem zwischen zwei oder drei Kursniveaus gewählt werden könne. Bei der Stellenversorgung von Schulen, die eine Reform anstreben, seien Verbesserungen zu erwarten im Gegensatz zu dem, was Schulrat Böhmer an anderer Stelle gesagt habe. Nachdem die Fachkonferenzbeschlüsse zur Beibehaltung der Fachleistungsdifferenzierung auf drei Niveaus aufgehoben worden sind, kommt es zur Abstimmung. Für den Antrag des Teams in seiner ursprünglichen Fassung sprechen sich 41 Lehrer(innen) aus, dagegen 28, bei einer Enthaltung. Damit ist der Antrag verabschiedet.

Zur gleichen Zeit finden auf der Seite der Eltern des neuen Jahrgangs 5 Aktivitäten statt, in denen ebenfalls die Verhinderung einer frühzeitigen Einstufung angestrebt wird. In einem Rundbrief wird die Initiative ergriffen zu einer Abstimmung in der Elternschaft des Jahrgangs über die Aufhebung der Differenzierung.

Der Schulleiter antwortet seinerseits am 7.11.84 mit einem Rundschreiben, in dem er auf die Spontaneität der Initiative aufmerksam macht und seine Besorgnis darüber äußert, dass die Elternschaft beunruhigt werden könnte. Dann wird die Beschlusslage erläutert und auf die Sitzung des Schulelternbeirates am 15.11.84 hingewiesen, auf der er sich mit der Entscheidung der Gesamtkonferenz auseinandersetzen wolle. Am 14.11.84 folgt ein Rundbrief mit dem Inhalt des Antrages von Team 1.

Die Klassen der Jahrgangsstufe 5 sind vom 6. bis 9.11.84 auf ihrer Kennenlern-Klassenfahrt, die zu Anfang beschlossen worden war. Die Besprechung des Verlaufs findet auf der 7. Teamsitzung am 14.11.84 statt. Am 28.11. kommt es mittags zu einer Kurzkonferenz der Teamsprecherinnen mit dem Schulleiter, wo die Art und Weise der Information der Elternschaft des Jahrgangs bezüglich der Ersteinstufung in zwei Niveaus besprochen wird. Am Nachmittag findet die 8. Sitzung des Teams statt, wo zunächst der Termin für die Ersteinstufung festgelegt wird. Sie soll am 15.1.85, einen Tag nach den Weihnachtsferien durchgeführt werden. Aktuelles Problem in der Schülerschaft sind Spiele mit Münzen, die sich zu einer Sucht ausgewachsen haben und die auch in den kleinen Pausen zwischendurch die Schüler(innen) voll beanspruchen. Es wird vereinbart, sie aus den Klassenräumen zu verbannen. Die Mathematikfachkonferenz habe in-

zwischen Kriterien für die Ersteinstufung beschlossen, die Fachkonferenz Englisch möchte dies den Team-Lehrer(inne)n überlassen. Auf dem nächsten Elternabend am 13.12.84 soll eine geheime Abstimmung darüber durchgeführt werden, in welcher Weise in Zukunft in der Jahrgangsstufe differenziert werden solle. Die Eltern sollten sich zwischen einer Fachleistungsdifferenzierung auf 2 oder auf 3 Niveaus entscheiden können. Dann wird darüber gesprochen, einen bestimmten Schüler in eine andere Klasse zu nehmen, weil er sich in eine Außenseiterrolle manövriert habe. Das Gespräch mit der Mutter habe gezeigt, dass eine solche Lösung positive Folgen haben könne. In der ins Auge gefassten Klasse befänden sich zwei Freunde des Schülers. Allerdings würde sich der Schulleiter – Herr Wagner – das letzte Wort vorbehalten. Er beabsichtige, noch ein Gespräch mit dem Schüler zu führen.

Eine Woche darauf, am 5.12.84, werden die Teamsprecher wieder zu einer Kurzkonferenz mit dem Schulleiter gebeten. Es ist der Tag, an dem nachmittags die nächste Gesamtkonferenz stattfinden soll. Ihnen wird eine "fernmündliche Verfügung" des Staatlichen Schulamtes bekannt gegeben. Schulrat Böhmer habe per Telefon verfügt, dass die Beschlüsse der letzten Gesamtkonferenz aufgehoben seien. Das Staatliche Schulamt als nächsthöhere Verwaltungsinstanz ist befugt, die Beschlüsse der unteren Ebene wieder aufzuheben, wenn es auf Grund der rechtlichen Lage erforderlich zu sein scheint. Durch den Zeitpunkt der Bekanntgabe dieser Entscheidung kurz vor der nächsten Gesamtkonferenz bei einem zurückliegenden Zeitraum von einem Monat seit dem Beschluss der voraufgegangenen Gesamtkonferenz bleibt für die Mitglieder des Team 1 keine Zeit mehr, um zusammenzukommen und sich zu beraten.

Auf der Gesamtkonferenz am Nachmittag hat Herr Wagner den Text der Verfügung und liest ihn vor. Für das Team spricht Herr Ruschmeyer. Er stellt fest, dass sich durch die Ablehnung des Gesamtkonferenzbeschlusses seitens des Staatlichen Schulamtes für die weitere Arbeit an einem pädagogischen Konzept für die Förderstufe erhebliche Schwierigkeiten auftun würden. Auch stelle sich die Frage, ob die Mehrarbeit, die für ein solches Projekt zunächst aufzubringen sei, ohne Entlastung weitergeführt werden könne. Deshalb sei zu überlegen, ob im nächsten Jahr mit dem Team-Modell weitergemacht werden könne. Der Schulleiter erklärt sich daraufhin bereit, das Staatliche Schulamt schriftlich zu fragen, ob nicht der erste und zweite Teil des Antrages genehmigt werden können, also die Teile, die sich nicht auf die Differenzierung beziehen. Herr Ruschmeyer stellt daraufhin den Antrag, im Februar 1985 eine "Pädagogische Gesamtkonferenz" durchzuführen, auf der erstens die Entwicklung der Förderstufe und zweitens die Weiterentwicklung der Gesamtschule diskutiert werden sollen. Der Pädagogische Leiter möchte erst den Bericht eines dafür gegründeten Ausschusses abwarten. Dem wird heftig widersprochen und darauf hingewiesen, dass die Bereitschaft, sich in einem künftigen Jahrgang 5 zu engagieren, davon abhängig wäre, ob die pädagogische Diskussion weitergeführt werde. Der Schulleiter bemerkt dazu, dass er diejenigen, die sich auf der im Lehrerzimmer aushängenden Liste für den Jahrgang 5 des kommenden Schuljahres eingetragen hätten, beizeiten zu einer Besprechung einladen werde. Die anschließende Abstimmung über den Antrag von Herrn Ruschmeyer ergibt eine große Mehrheit bei neun Gegenstimmen und einigen Enthaltungen.

Am 12.12.84 wird die Gesamtschule Ochsfurt besucht, die sich auf einem ähnlichen Weg befindet. Am darauffolgenden Donnerstag, den 13.12.84, finden abends Elternabende in einigen

Klassen des Jahrgangs 5 statt. Die Elternabende werden nicht mehr, wie der erste, parallel durchgeführt, sondern mit den jeweiligen Elternbeiräten abgesprochen. Ein Brief von Herrn Ruschmeyer an die Eltern seiner Klasse gibt ein Bild der Situation in der Elternschaft. In der Elternschaft herrscht keine einhellige Meinung über die künftige Differenzierung. Der Schulleiterbeirat hält sich angesichts der unklaren Situation zurück und möchte erst dann ein Votum abgeben, wenn sich die Elternschaft des gesamten Jahrganges eindeutig entschieden hat.

Auf der 9. Sitzung des Team 1 am 19.12.84 wird über die Erseinstufungskonferenz am 15.1.85 gesprochen. Es werden die formalen Kriterien besprochen, und man ist sich darüber einig, dass die Gesamtpersönlichkeit der Schüler(innen) berücksichtigt werden müsse und man sich nicht auf eine starre Festlegung nach Noten verlassen könne. Es soll vermieden werden, sog. Überhangkurse zu bilden, da dann weitere Lehrer(innen) mit wenigen Stunden und deshalb auch sehr verhaltenem Interesse an der pädagogischen Arbeit in den Jahrgang kommen würden. Überhangkurse werden dann gebildet, wenn auf einem Kursniveau zu viele Schüler(innen) vorhanden sind, d.h. der entsprechende Kurs zu groß wäre. In der Regel ist dies bei B-Kursen, also auf dem mittleren Niveau, der Fall. Man einigt sich darauf, die A-Kurse etwas größer werden zu lassen. Anschließend wird das soziale Verhalten und die Arbeitsmotivation eines Schülers besprochen, dessen Eltern sich in finanziellen Schwierigkeiten befänden, woraus sich wiederum familiäre Konflikte ergeben hätten, die den Schüler beeinträchtigen würden.

Die 10. Sitzung des ersten Teams am 30.1.85 beginnt mit der Fortsetzung der Einstufungskonferenz, indem nun nach der Einstufung der einzelnen Schüler(innen) die Kurseinteilung folgt. Danach wird wieder über die Umsetzung eines Schülers in eine andere Klasse gesprochen, worüber bereits am 28.11.84 verhandelt worden war. Es haben sich weitere Probleme ergeben, so dass er im Sommer, also zum kommenden Schuljahr, endgültig in eine andere Klasse des Jahrgangs wechseln soll. Inzwischen liegt ein Schreiben des Staatlichen Schulamtes zur Differenzierung in der Förderstufe vor, in dem die aktuelle Rechtslage erläutert wird. Das Schreiben löst eine Diskussion über Sinn und Zweck der eigenen Bemühungen aus. Herr Ruschmeyer spricht sich dafür aus, den Teil des kassierten Antrages vom 31.10.84, der sich mit zusätzlichen Stundenzuweisungen befasst, an die nächsthöhere Stelle, also an das Regierungspräsidium zu richten. Es gehe darum, die vorhandenen Stunden aus dem Lehrer(innen)überhang in die Förderstufe umzuleiten. Es sollen keine neuen Stellen bewilligt werden. Da durch die Festschreibung der Differenzierung die geplante Form der Arbeit in zwei Partnerklassen nicht realisiert werden dürfe, sei die Zusammenarbeit im Team wieder in den Mittelpunkt gerückt. Herr Hartwig ist sich nicht darüber im Klaren, ob man mit der konzeptionellen Weiterentwicklung fortfahren oder ob man sich auf eine Sicherung des Erreichten konzentrieren solle. Es ist wenig Begeisterung vorhanden, und so gibt es bei vielen die Meinung, einen neuen Anlauf in der Frage der Differenzierung dem neuen Team und der Planungsgruppe zu überlassen.

Die nächste, die 11. Sitzung des Teams 1 findet erst 14 Tage später statt, am 13.2.85. Es wird über die Änderung der Unterrichtsverteilung im kommenden Schuljahr beraten. Dann wird eine gemeinsame Sitzung mit dem neuen Team 2, das sich gerade gebildet habe, ins Auge gefasst. Anschließend wird die Pädagogische Gesamtkonferenz, die von der letzten Gesamtkonferenz beschlossen worden ist, beraten. Herr Ruschmeyer hat ein Papier vorbereitet, aus dem sich im

Laufe der Diskussion ein Themenkatalog für mögliche Arbeitsgruppen herauschält. Es sind 4 Schwerpunkte mit Unterpunkten, die diskutiert werden können: 1. Arbeit als Jahrgangsteam, 2. Gegenüberstellung von sozialen bzw. formalen Qualifikationen und Fachinhalten, 3. Förderung der Schüler(innen), 4. Veränderung der räumlichen Struktur der Schule. Die Teamsprecherinnen werden beauftragt, dem Schulleiter diese Themenvorschläge zu unterbreiten.

Auf der 12. Sitzung des Teams 1 am 27.2.85 wird die Tagesordnung der Gesamtkonferenz, die am 6.3.85 stattfinden wird, besprochen. Die Konferenz firmiert als Pädagogische Gesamtkonferenz und wird in erster Linie das Referat des Stellvertretenden Direktors der Gesamtschule Ochsfurt mit anschließender Diskussion beinhalten. Ochsfurt befindet sich schon das zweite Jahr auf dem gleichen Weg wie die Comenius-Schule, hat aber einen wesentlich längeren Vorlauf gehabt und die uneingeschränkte Unterstützung der Schulleitung. Das Team einigt sich darauf, den Vorschlag zu machen, nach dem Referat und den Nachfragen für eine Stunde in Gruppen weiterzutagen. Danach werden Verhaltensprobleme der Schüler(innen) des Jahrgangs besprochen. So sei zu beobachten, dass sich die Schüler(innen) beim Kursunterricht in fremden Klassenräumen anders benehmen würden als in den eigenen. Sie würden keine Rücksicht mehr nehmen auf die Einrichtung bzw. auf die fremden Arbeitsutensilien. Es müsse darauf geachtet werden, dass Flure und besonders Klassenräume in den Pausen Ruhezone wären. Schüler(innen), die sich nicht an diese Regelung halten würden und wiederholt angesprochen worden wären, sollten in Zukunft für eine Woche aus dem Jahrgangsbereich verwiesen werden. Dann sollte in der Gesamtkonferenz der Antrag gestellt werden, die übrigen Flure in den Pausen zu öffnen, damit sich die Schüler(innen) darin aufhalten könnten.

Parallel zur Teamsitzung findet die konstituierende Sitzung des neuen Teams für das Schuljahr 1985/86 statt. Die Zusammensetzung ist offenbar schon vorher festgelegt worden, denn die zwei neuen Bewerber, Herr Deichmann und Herr Bernstorff, die beide der GEW-Schulgruppe angehören und bekanntermaßen eine Veränderung der Förderstufe befürworten, werden abgewiesen. Frau Wappner – die Förderstufenleiterin – findet es merkwürdig, dass auf einmal so viele in die "heile Welt" der Förderstufe drängen würden und Herr Faber, der Fachbereichsleiter Mathematik stellt fest, dass es unmöglich wäre, Herrn Bernstorff, der Mathematik unterrichtet, einzusetzen, da er in den oberen Klassen gebraucht würde. Herr Deichmanns Angebot, fachfremd Mathematik zu unterrichten wird ebenfalls zurückgewiesen. Die Förderstufenleiterin ist – laut Protokoll – die Ansicht, dass es manchen Lehrer(innen) möglich sei, zusammenzuarbeiten, anderen wiederum nicht. Die Erfahrungen im ersten Team hätten dies gezeigt. Jetzt sei Herr Burkhardt – der Koordinator – an der Reihe. Er sei von der Schulleitung mit sechs Unterrichtsstunden eingeplant worden. Während der Sitzung wird deutlich, dass noch nicht alle Fächer besetzt werden können, dass man sich um den Einsatz mit einer möglichst hohen Stundenzahl bemühen wolle.

Die erste Pädagogische Gesamtkonferenz eine Woche später am 6.3.85 beginnt zunächst mit dem Problem der Umgestaltung der gesamten Schule, das den Elternbeirat zunehmend beschäftigt. Es handelt sich dabei aber nicht um eine bewusst in einen pädagogischen Kontext gestellte Initiative, sondern um die Weiterführung von Bearbeitungsstrategien, wie sie bisher an der Comenius-Schule üblich waren. So geht es um die Durchführung von Projekttagen, die Einrichtung einer Cafeteria für die Schüler(innen) und um die Umgestaltung der Aula, die schüler-

freundlicher werden soll. Der Schulleiter berichtet am Anfang der Konferenz in den Mitteilungen der Schulleitung über diese Aktivitäten des Schulleiternbeirates.

Das Referat von Herrn Kern, dem stellvertretenden Schulleiter in Ochsfurt, ist eine Skizze der Faktoren, die dort bei der Planung und Umgestaltung der Schule eine Rolle gespielt haben. Er hat sie unter zwei Gesichtspunkte aufgegliedert: 1. Die Schule muss überschaubar sein und 2. die Schule muss sich in das gesellschaftliche Umfeld hinein öffnen. Zur Überschaubarkeit würden drei Aspekte gehören. Dies sei die räumliche Einheit des Jahrgangs, der um eine Sozialfläche herum angeordnet sei. Dann müsse es eine persönliche Einheit der mit ihm befassten Lehrer(innen) geben, also eine Team-Konzeption. Und schließlich sei die einzelne Klasse als pädagogische Einheit zu betrachten. Das habe Auswirkungen auf die Differenzierungskonzeption, die nicht mehr nach drei Fachleistungskursen erfolge, sondern auf zwei beschränkt bleibe. Zwei Klassen würden miteinander verbunden sein. Dadurch werden weniger Lehrer(innen) gebraucht, der Stundenplan wäre einfacher zu gestalten und es wäre viel Kernunterricht in der Klasse möglich. Zur Öffnung der Schule in das gesellschaftliche Umfeld nennt er eine Ganztagsbetreuung durch fließende Übergänge von Anfang und Ende des Unterrichts, Lernen an Projekten und das Hereinholen von Eltern in die Schule, z.B. als Übungsleiter oder um künstlerische Projekte zu betreuen.

Was die Zusammensetzung von Teams betreffe, so sei es keinesfalls sinnvoll, homogene Gruppen zu bilden. Jeder müsse mit jedem zusammenarbeiten können. In Ochsfurt könnten sich bereits nach den Herbstferien interessierte Lehrer(innen) für das neue Team melden, worauf dann von der Schulleitung bis zu den Herbstferien über die Zusammensetzung entschieden werde. Die Binnendifferenzierung innerhalb der Klassen orientiere sich an individualisiertem Lernen und stütze sich dabei auf Elemente der Freinet-Pädagogik und auf Petersens Wochenplanarbeit. Daneben gebe es Lernkarteien und selbststeuernde Unterrichtsmaterialien. In den für Freies Lernen vorgesehenen Stunden werde zum Beispiel damit gearbeitet. Für Soziales Lernen gebe es Raum in den Klassenratsstunden, die durch eine Wandzeitung in der Klasse vorbereitet würden. Am Ende der Woche würde sich dann die Klasse noch einmal zusammensetzen und alles das besprechen, was auf der Wandzeitung eingetragen worden wäre. Diese Art von intensiver pädagogischer Arbeit könne man auch als Lehrerfortbildung in eigener Regie verstehen, als Weiterqualifikation des Kollegiums. Es sei wichtig, dass die Lehrer(innen) bei der Planung ihrer pädagogischen Vorgehensweise in organisatorischer Unabhängigkeit handeln würden. Das heiße auch, dass sie möglichst nur in einem Jahrgang tätig sein sollten.

In der anschließenden Aussprache werden Fragen gestellt zum Einsatz nur in einem Jahrgang, zur Differenzierung, zu den Unterrichtsmaterialien bzw. zur Bibliothek, zur Benotung, zur Heranführung an die Wochenplanarbeit, zu den Eltern, zur Klassenzusammensetzung, zur Schulleitung und zur Mitarbeit der SV. Die Fragen werden zum Teil aus Interesse gestellt, zum Teil aber offenbar auch, um den Referenten in Widersprüche zu verwickeln. Es handelt sich eigentlich nur um einen anderen Rahmen für eine Diskussion innerhalb des Kollegiums, an der ein Experte von außerhalb beteiligt ist. Zum Schluss kommt es noch zu einer Kontroverse zwischen dem Schulleiter und Herrn Ruschmeyer, der sich darüber beklagt, dass der suspendierte Beschluss der Gesamtkonferenz vom 31.10.84 zumindest in dem Teil B, wo zusätzliche Deputats-

stunden beantragt werden, vom Staatlichen Schulamt nicht an das Regierungspräsidium weitergeleitet worden sei. Deshalb müsse ein neuer Antrag gestellt werden. Herr Wagner entgegnet, dass er einen solchen Antrag mit der Bezeichnung "Versuch" nicht ohne Beschluss des Schulleiternbeirates weiterleiten werde. Bei einem Schulversuch sei die Zustimmung des Schulleiternbeirates erforderlich. Die bisherige Arbeit im Jahrgang 5 sei aber kein Schulversuch. Herr Ruschmeyer solle den gestellten Antrag zurückziehen. Herr Deichmann versucht, Herrn Ruschmeyers Unmut zu dämpfen und gibt zu bedenken, dass es sinnvoller wäre, einen solchen Antrag aus einer weiteren Pädagogischen Gesamtkonferenz heraus zu stellen. Herr Ruschmeyer ist offenbar verärgert über das Verhalten der Schulleitung, dass er als Hinhaltenaktik bezeichnet. Dem Schulleiternbeirat sei der alte Antrag bekannt und die Zustimmung zu dieser Neuauflage sei sehr schnell einzuholen. Der Schulleiter weist auf die bereits morgen stattfindende Sitzung des Schulleiternbeirates hin und meint, dass dieser keine überfallartigen Anträge wünsche. Diese Terminierung bewegt Herrn Ruschmeyer zum Einlenken. Er zieht seinen Antrag zurück und bittet den Schulleiter, für die übernächste Sitzung die Beratung von mehr Deputatsstunden für die Teamarbeit zu empfehlen.

Dann wird als nächster Tagesordnungspunkt die Einberufung einer ganztägigen Pädagogischen Gesamtkonferenz aufgerufen. Herr Ruschmeyer bringt dazu die Vorschläge der Teamsitzung vom 13.2.85 über die Bildung von Arbeitsgruppen und thematischen Schwerpunktsetzungen als Antrag ein. Diese Pädagogische Gesamtkonferenz soll im Mai 1985 stattfinden. Der Antrag wird bei drei Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen angenommen. Es wird ein 7köpfiger Vorbereitungsausschuss gebildet.

Auf der 13. Sitzung des Teams 1 am 13.3.85 berichten die Teamsprecherinnen von der Sitzung der Planungsgruppe, bei der sie kurz zuvor gewesen sind. Das ist deshalb von Belang, weil es sich um die gleiche Planungsgruppe handelt, die ungefähr ein Jahr zuvor, am 11.4.84, in der Gesamtkonferenz beschlossen worden war, ihre Arbeit aber wohl bald darauf wieder eingestellt hatte. Sie besteht auch jetzt wieder aus sehr vielen Mitgliedern, wodurch zwar alle möglichen Interessengruppen abgedeckt sind, was aber dazu führt, dass keine Ergebnisse zu erwarten sind. Die Gruppe hat eine ähnliche Zusammensetzung wie die Gesamtkonferenz, ohne ganz selbstverständlich über das gleiche Instrumentarium zu verfügen, sich aus blockierten Situationen wieder zu befreien. Abstimmungen, die in der Gesamtkonferenz zur Klärung beitragen, wirken in einer Planungsgruppe wie das Eingeständnis der Inkompetenz, sind aber bei einer solchen Größe von ca. 30 Personen kaum zu vermeiden. So kann allenfalls die Verdichtung von Informationen von ihr erwartet werden, weshalb sich die Teamsprecherinnen dafür ausgesprochen haben, ihre Arbeit zu unterstützen.

Die Sitzungen des Teams 1 werden in Zukunft alle 14 Tage stattfinden, da wegen der durchgeführten Differenzierung Fachkonferenzen notwendig geworden sind. Weiterhin wird ein von Herrn Gradnitzer, Frau Stuthmann und Frau Wegener verfasster Erfahrungsbericht über die bisherige Teamarbeit vorgestellt, der weitergeschrieben werden soll.³⁶

³⁶ Vgl. Bd.2 (Ergänzungsband), S.79f.

Es werden die bekannten Positionen zum Team, zur Klassenführung und zur fachlichen Koordination ausgebreitet, dann zur Differenzierung auf drei Niveaus Stellung genommen, wobei die konkreten Schwierigkeiten aufgelistet werden. Es wird festgestellt, dass die Kurse in ihrer Größe sehr stark schwanken würden, was es erforderlich mache, entweder das Klassenmobiliar ständig herumzuräumen oder aber die Klassen mit Möbeln vollzustopfen. Das Unterrichtsklima würde beeinträchtigt und die bekannten Leistungsverweigerungen würden auftreten. Die Lehrer(innen) wären mit einzelnen Schüler(inne)n so stark beschäftigt, dass sie den restlichen Teil der Lerngruppe vernachlässigen müssten. Es gebe allerdings auch Konzepte, um dem entgegenzutreten. Mit innerer Differenzierung werde versucht, in gruppenbezogenen Arbeitsformen die entstehenden Probleme aufzufangen. Indem die unterschiedlichen Lerngeschwindigkeiten in Rechnung gestellt würden, sei es möglich, auf die schwächeren Schüler(innen) Rücksicht zu nehmen und die leistungsstarken mit Zusatzaufgaben zu betrauen. Das setze voraus, dass man ein größeres Gewicht als bisher auf den schülerzentrierten Unterricht zu legen hätte und Unterrichtsformen entwickeln müsse, die selbständiges Arbeiten zur Grundlage hätten.³⁷ Es gebe Bemühungen, die von Freinet vorgeschlagenen Rahmenbedingungen des Lernens wie eine Sozialfläche und eine Druckerei einzurichten, doch gebe es dabei noch erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden. Freie Arbeit, die als Unterricht in Projekten verstanden wird, solle an die Erfahrungen des spielerischen Lernens anknüpfen. Die Schüler(innen) sollten lernen, ihre Erfahrungen zu systematisieren und Interessen für den Fachunterricht entwickeln. Bei der Zusammenarbeit mit den Eltern seien noch keine hinreichenden Erfahrungen gemacht worden. Die äußeren Veränderungen in den Klassenräumen und in Flur C, wo der Jahrgang untergebracht sei, beschränkten sich auf die sinnvolle Anordnung von Mobiliar und auf eine Ausstattung mit Materialien für die Archivierung von Lernergebnissen und für eigenständiges Arbeiten in der Gruppe. Zur Kommunikation und zur Lockerung der Fabrikatmosphäre des Schulbaus gebe es eine Sitzecke. Die angestrebte Sozialfläche solle das Kommunikationszentrum des Jahrgangs werden.

Dieser Teamsitzung folgt dann eine Woche später, am 20.3.85, ein erster Termin mit Fachkonferenzen (Gesellschaftslehre und Mathematik), wo es schwerpunktmäßig um fachliche Inhalte geht.

Am 17.4.85 findet dann eine weitere Gesamtkonferenz statt, auf der zu Anfang auf den Entwurf für das neue Förderstufengesetz hingewiesen wird. In diesem neuen Förderstufengesetz ist das vorgesehen, was im ersten Halbjahr so umstritten gewesen ist, nämlich eine Aufhebung der Fachleistungsdifferenzierung im Jahrgang 5 und die weitere Differenzierung auf 3 Niveaus im Jahrgang 6, wenn nicht aus pädagogischen Gründen eine Differenzierung auf 2 Niveaus ratsam erscheint. Es entsteht aber keine Diskussion über den Hinweis, er wird lediglich als Mitteilung zur Kenntnis genommen.

³⁷ Damit wird die Richtung für die angestrebte konzeptionelle Weiterarbeit angedeutet. Da es innerhalb der Lehrerschaft und der Schulleitung zu keiner Einigung kommt, besteht die einzige noch verbliebene Möglichkeit in einem Ausbau der Bibliothekskonzeption, d.h. der Einbeziehung von Eltern und der Erarbeitung eines Integrationsmodells für den Unterricht. Die Bibliothek muss aber erst aufgebaut werden, eine Elterngruppe verfügbar sein und erste Ansätze für "selbststeuernde Materialien" in einer Lehrer(innen)-Arbeitsgruppe entwickelt werden. Das kann erst im Schuljahr 1992/93 geschehen. Vgl. dazu Bd.2 (Ergänzungsband) S.324ff.

Der Schulleiter gibt weiterhin bekannt, dass das Staatliche Schulamt unter Hinweis auf die Allgemeine Dienstordnung (ADO) und auf die Konferenzordnung verfügt habe, dass eine Pädagogische Gesamtkonferenz über den ganzen Tag hinweg nicht durchgeführt werden könne. Konferenzen hätten außerhalb der Dienstzeit stattzufinden. Der Unterricht müsse auf jeden Fall gehalten werden. Deshalb könne die Pädagogische Gesamtkonferenz erst nach der 4. Stunde und nach einer Mittagspause von 45 Minuten beginnen. Diese Genehmigung müsse aber eine einmalige Angelegenheit bleiben. Damit ist deutlich gemacht, dass das Staatliche Schulamt sich dem Ansinnen der Comenius-Schule zwar nicht verschließt, dass es aber auch auf die Einhaltung der Vorschriften zu achten bestrebt ist.

Das seit 1980 in der Schule wegen der hohen Schüler(innen)zahlen geltende Lehrer-Raum-Prinzip, wonach die Räumlichkeiten bestimmten Lehrer(inne)n zugeteilt werden, die dafür verantwortlich sind, soll wieder aufgehoben und durch ein Klassenraum-Prinzip ersetzt werden. Damit soll erreicht werden, dass die gesamte Schule in Zukunft so organisiert werden kann wie der Jahrgang 5. Es gibt noch einige Unklarheiten, so dass es zu keiner Beschlussfassung kommt.

Die 15. Sitzung des Teams 1 am 24.4.85 dient der Vorbereitung der Pädagogischen Gesamtkonferenz am 8.5.85, die von einem Ausschuss des Kollegiums vorbereitet wird und die z.T. in Arbeitsgruppen tagen soll. Jeweils ein Mitglied des Teams 1 soll zusammen mit einem Mitglied der Schulleitung und einem Mitglied des Vorbereitungsausschusses eine Arbeitsgruppe leiten. Damit hat das Team 1 zugleich die Funktion der eingeschlafenen Planungsgruppe übernommen, die auf Grund ihrer Überdimensionierung nicht recht arbeitsfähig ist.

An der Pädagogischen Gesamtkonferenz am 8.5.85 nehmen vom Staatlichen Schulamt die Schulräte Böhmer und Venske teil. Schulleiter Wagner ist nicht anwesend. Nach einer kurzen Eingangsphase wird die Konferenz in 6 Arbeitsgruppen aufgeteilt.³⁸ Die ersten beiden AGs sollen sich mit Fragen der Förderstufe beschäftigen, die restlichen vier mit Problemen der Jahrgangsstufen 7 bis 10. Von der Vorbereitungsgruppe sind dazu in einem Papier einige Vorschläge unterbreitet worden. Die Teilnahme an den Arbeitsgruppen ist durch Losverfahren entschieden worden, um eine gleichmäßige Verteilung des Kollegiums zu gewährleisten.

In der AG 1 wird zunächst über die Rückkehr zum "Klassenraumprinzip" gesprochen, wobei die künftige räumliche Aufteilung der Schule ins Auge gefasst wird. Bei der Diskussion der Aufteilung des Jahrgangs 5, so wie er vom Team 1 vorgenommen worden ist, kommt zur Sprache, dass in der Grundschule von Sagenstein bei vielen Eltern der Klasse 4 der Wunsch bestehe, die Schüler(innen) geschlossen in eine Klasse 5 der Gesamtschule zu überführen. Es wird festgestellt, dass so etwas nicht wünschenswert sei, weil dadurch eine geschlossene Gruppe von leistungsstarken Schüler(inne)n in Form einer Klasse entstehen würde, was den Grundsätzen einer integrierten Gesamtschule widerspräche. "Freie Arbeit" wird unter der Fragestellung diskutiert, woher die Stunden dafür kommen sollten. Es wird einer Beratung zwischen Team 1 und der Vorbereitungsgruppe für Team 2 überlassen, sich für dieses Problem auf eine Lösung zu einigen. In diesem Zusammenhang kommt es zu einer Kontroverse über fachfremden Unterricht,

³⁸ Die Protokolle der Arbeitsgruppen sind in Bd.2 (Ergänzungsband) (S.83-91) wiedergegeben.

wobei sich die Befürworter der fachlichen und die der pädagogischen Gesichtspunkte gegenüberstehen. Am Schluss wird festgestellt, dass es insgesamt wünschenswert sei, mit möglichst vielen Stunden in einer Klasse eingesetzt zu werden. Darauf werden Zusatzangebote am Nachmittag diskutiert. Bei ihnen handele es sich um ein vorsichtiges Zugehen auf eine Ganztagschule. Sie sollten nur an zwei Nachmittagen in der Woche stattfinden und wären mit einer Mittagsbetreuung zu koppeln. Dadurch könnten die 7. Stunden wegfallen, die eine nicht unerhebliche Belastung für Lehrer(innen) und Schüler(innen) darstellen würden. Wenn allerdings Pflichtunterricht am Nachmittag stattfinden sollte, dann ginge das nur bei Einrichtung einer Cafeteria. Damit wird der seit 1982 bestehende Gedanke einer Schüler(innen)-Cafeteria aufgegriffen, der besonders von den Schüler(inne)n der SV favorisiert wird, da sie als die Älteren von der Neugestaltung der Schule keine Vorteile mehr haben. Dieser Haltung zur Öffnung der Schule im Nachmittagsbereich wird von einigen Lehrer(inne)n mit Skepsis begegnet. Sie fürchten die Verknüpfung von Schule und Freizeitbereich und die Vernachlässigung der Aufgaben, welche die Familie zu übernehmen habe. Dem wird entgegengesetzt, dass die Familie schon längst ihre Funktion verloren habe und nicht mehr so funktioniere, wie oftmals angenommen werde. Die Schule sei nicht mehr auf die Vermittlung von Unterrichtsinhalten zu beschränken, sondern müsse neue Aufgaben übernehmen. Dabei müsse der Unterricht den Bedürfnissen der Schülerschaft entsprechen. Alles in allem wird jedoch eine positive Grundhaltung zum Nachmittagsunterricht festgestellt.

In der AG 2 steht die Frage der Übernahme einer vollständigen Grundschulklasse am Anfang der Diskussion. Schulrat Böhmer und der Pädagogische Leiter, Herr Posner, nehmen an dieser AG teil, stoßen aber erst nach dem Diskussionspunkt "Übernahme" dazu. In dieser AG sind mehrere Mitglieder der Vorbereitungsgruppe zum Team 2 vertreten, die unmittelbar von diesem Wunsch betroffen sind. Sie schildern aus ihrer Sicht den Sachverhalt. So habe die Schulleitung gegenüber den Eltern bereits eine Zusage gemacht, ohne aber die Grundschullehrer befragt zu haben, die diesem Ansinnen skeptisch gegenüberstehen würden. Die Vorbereitungsgruppe für das Team 2 habe sich auf ihrer letzten Sitzung gegen eine solche Übernahme ausgesprochen, da solchen leistungsstarken Klassen dann im Jahrgang Klassen mit einer besonders hohen Anzahl von schwierigen Schüler(inne)n gegenüberstehen würden. Die schwierigen Schüler(innen) würden durch die somit entstandene Situation in ihrer Rolle festgehalten. Wenn eine leistungsstarke Klasse, die sich kennen würde, auf den restlichen noch vorhandenen Plätzen mit Schüler(inne)n aus anderen Orten aufgefüllt würde, bestünde die Gefahr der Entstehung von neuen Außenseitern. Außerdem begünstige dies die Entfaltung von Gruppen- und Ortsrivalitäten. Von Herrn Burger wird ein Antrag an die Gesamtkonferenz gegen die geschlossene Übernahme formuliert und abgestimmt. Der Antrag wird bei einer Enthaltung angenommen. Als nächstes wird das Ergebnispapier des Team 1 diskutiert. Dabei gerät die Bildung der Vorbereitungsgruppe zum Team 2 ins Kreuzfeuer der Kritik. Das Team 1 habe eine lange Vorlaufzeit gehabt, während das Team 2 sich nun mit bereits festen Setzungen abzufinden habe. Für das Team 3 wird der Vorschlag gemacht, mit weniger festen Setzungen zu beginnen. Die Begrenzung der Lehrer(innen) führe zu einer Häufung von fachfremdem Unterricht, was als hinderlich empfunden wird. Das Problem solle auf den Fachkonferenzen und in einer Gesamtkonferenz zur Sprache gebracht werden. Die Doppelklassenlehrerschaft wird von den anwesenden zwei Mitgliedern des Team 1

erläutert. Sie argumentieren damit, dass die Schüler(innen) nunmehr zwei Bezugspersonen hätten und die Abhängigkeit nicht mehr so groß sei. Dann könne man sich wechselseitig entlasten durch Teilung der Verantwortung bei der Bewältigung von erzieherischen Problemen in der Lerngruppe, gegenseitiges Unterstützen bei Elterngesprächen und gemeinsames Reflektieren über das eigene Lehrer(innen)verhalten. Es sei aber klar, dass dies alles ein "Lernprozess" sei und Zeit brauche. Als letzter Punkt wird das "Klassenraumprinzip" und die Zuteilung der Flure an einzelne Jahrgänge besprochen, wobei festgestellt wird, dass dies im Sinne der Schüler(innen) sei und befürwortet werden müsse.

Die AG 3 befasst sich mit Problemen der Jahrgänge 7 bis 10. Das Protokoll führt Herr Hartwig, der die Wiedergabe der Diskussion mit eigenen Gedanken verbindet. Im Mittelpunkt der Diskussion stehe das Problem der Unzufriedenheit. Man müsse die Quelle dafür im eigenen Verhalten suchen, das wiederum bei den Schüler(inne)n Reaktionen provoziere, die man ihnen nicht zum Vorwurf machen könne. Man habe sein Verhalten verinnerlicht, und es unterliege keiner Kontrolle. Wenn also die Schüler(innen) stören würden, dann habe man dies meistens selbst verursacht. Den Schüler(inne)n eine Schuld zuzuweisen hieße dann, das Problem auf sie zu projizieren. Mangelnde Offenheit im Schulalltag führe dazu, dass man mit seinem Problem allein bleibe und unzufrieden werde mit sich selbst. Solchen Tendenzen stelle sich die Teambildung entgegen, die es erlaube, in informellen Zusammenhängen über solche Fragen zu reden. Das Team ermögliche es auch, den durch Lehrer- bzw. Raumwechsel bedingten Phasen der Desorientierung mit einer stabilen Lernumgebung zu begegnen. Es wird berichtet, dass es in den oberen Jahrgängen der Gesamtschule bereits Ansätze gebe, die Bestrebungen des Team 1 zu kopieren. Wichtig sei es, dass eine Identifikation mit dem Lernort stattfinde. Wenn es eine Identifikation mit der eigenen Arbeit sei, würde dies möglicherweise schon ausreichen. Die angestrebte Ablösung des "Lehrer-Raum-Prinzips" durch das "Schüler-Raum-Prinzip", wie es im Jahrgangflur 5 praktiziert werde, könnte einer Identifizierung der Schüler(innen) mit ihrer Lernumgebung förderlich sein.

In der AG 4 wird zuerst der Nachmittagsunterricht behandelt. Die Leistungsfähigkeit der Schüler(innen) am Nachmittag wird angezweifelt. Dagegen wird eingewandt, dass die Anforderungen am Vormittag so dicht gestaffelt seien, dass eine Erholungsphase kaum möglich sei. Man solle die Schüler(innen)meinung dazu durch eine Befragung in Erfahrung bringen. Bei einer Befragung, so wird dem entgegengehalten, würde man nur den aktuellen Unmut der Schüler(innen) der oberen Klassen mobilisieren. Die Fächer Sport und Polytechnik würden sich für den Nachmittagsunterricht gut eignen, man müsse allerdings eine Verköstigung der Schüler(innen) in der Mittagszeit ins Auge fassen und eine Betreuung in dieser Zeit gewährleisten. Außerdem müsse sichergestellt werden, dass sich dadurch für das Kollegium keine stundenplan-technischen Verschlechterungen ergeben würden. Als zweites steht die Umwandlung der "Lehrerklassenräume" in "Schülerklassenräume" zur Debatte. Die Umwandlung wird allgemein befürwortet, da positive Auswirkungen auf die Befindlichkeit der Schüler(innen), auf ihr Sozialverhalten und auf die Sauberhaltung der Räume zu erwarten wären. Zu erwarten wäre auch, dass die Schüler(innen) der oberen Klassen, sobald sich die Raumsituation entspannt hätte, dem Vorbild der jüngeren auf ihre Weise folgen würden. Anzustreben seien "Stützpunkte" für die einzelnen Fächer in Reichweite des Lehrerzimmers. Offene Flur und Klassenräume, wie sie

jetzt im Jahrgang 5 bestehen würden, wären für manche Schüler(innen) eine Überforderung, da sie die gewährte Freiheit als absolute Regellosigkeit missverstehen würden. Deshalb müssten klare Regeln aufgestellt werden, auf deren Einhaltung zu achten wäre, damit die Absicht, Ruhezeiten für die Schüler(innen) zu schaffen, auch realisiert werden könne. Es wird die Einführung einer "Raucherecke" vorgeschlagen, da dadurch eine Reihe von Problemen aus der Welt geschafft werden könnten. Anschließend besichtigt die AG unter der Führung von Herrn Gradnitzer die Schulbibliothek, um den erreichten Stand zu begutachten und eine Integration in bestehende Unterrichtskonzepte in Erwägung zu ziehen. Danach wird die Frage von "stellvertretenden Klassenlehrern in allen Klassen" diskutiert. Vorbild ist hierbei die Konzeption des Team 1, die von einer Doppelklassenlehrerschaft ausgeht. Im Falle einer solchen Regelung müssten allerdings alle Lehrer(innen) des Kollegiums eine Klassenlehrer- oder Stellvertreterfunktion wahrnehmen. Man sollte aber darauf achten, dass immer zwei Personen mit ähnlichen Unterrichts- und Erziehungsstilen zusammen eingesetzt würden. Zum Schluss werden allgemeine "Verbesserungsvorschläge für das Schulleben" gemacht. Darunter fällt als erstes der Vertretungsunterricht, von dem angenommen wird, dass er bisher recht unvorbereitet stattfindet. In diesem Zusammenhang wird auch davon gesprochen, dass das Erlernen von Gruppenarbeit, das Arbeiten mit Themenschwerpunkten oder an Projekten dem Vertretungsunterricht zugute kommen würden. In der Aula sollten Sitzecken eingerichtet werden, wo sich die Schüler(innen) aufhalten könnten. Unter Mitarbeit der gesamten Schulgemeinde sollte eine Schulordnung erstellt werden und durch Transparenz der Schule für die Öffentlichkeit sollte sie an Ansehen gewinnen.

Die AG 5 beginnt mit der Frage "Lehrerklassenraum" oder "Schülerklassenraum" und stellt das Problem der Umstrukturierung der Schule an den Anfang. Es wird dabei festgestellt, dass die positiven Erfahrungen, die das Team 1 mit dem "Offenen Anfang" gemacht hätte, dazu führen könnten, dieses Konzept auch auf andere Jahrgänge zu übertragen. Man müsse aber zwischen "Offenem Anfang" und den übrigen Pausen unterscheiden. Dadurch, dass in den Jahrgängen 9 und 10 durch die Aufteilung in Fachleistungskurse nur noch ca. sechs Stunden im Klassenverband unterrichtet würden, sei es wenig sinnvoll, die Klassenräume den ganzen Vormittag offen und damit unbeaufsichtigt zu lassen. Durch die große Anzahl von Fahrschüler(inne)n wäre morgens eine Aufenthaltsmöglichkeit vor Unterrichtsbeginn sinnvoll. Allerdings müsse morgens ein Schwerpunkt auf der Hausaufgabenbetreuung liegen. Viele Schüler(innen) hätten zu Hause in ihren Familien keine Möglichkeit, Hausaufgaben zu machen. Es wird ein Antrag an die Gesamtkonferenz formuliert, in dem der "Offene Anfang" als Versuch für alle Jahrgänge eingeführt werden soll. Er solle dabei gegebenenfalls modifiziert oder, wenn er sich als undurchführbar erweist, abgebrochen werden. Nach diesem Punkt wird über "Verbesserungsvorschläge für das Schulleben" diskutiert. Es wird dazu festgestellt, dass viele Probleme des Schulalltages von mangelnder Kommunikation bzw. fehlenden zwischenmenschlichen Beziehungen herrühren würden. Das würde sich besonders in den Lerngruppen auswirken, in denen man nur mit wenigen Wochenstunden eingesetzt sei oder im Vertretungsunterricht, wo man sich kurzfristig in eine neue Situation mit einer unbekanntem Schüler(innen)gruppe hineinfinden müsse. Im Kollegium gebe es sehr verschiedene Auffassungen über Unterricht und pädagogische Zielsetzungen. Zusammen mit mangelnder Kommunikation würde dies dazu führen, dass die Schüler(innen)

versuchen würden, die Lehrer(innen) gegeneinander auszuspielen. Diese hätten sehr verschiedene Unterrichtsstile und würden entsprechend unterschiedlich auf Verhaltensauffälligkeiten reagieren, was wiederum kein Gefühl von Übereinstimmung mit den Erwachsenen aufkommen lasse. Durch die intensive Zusammenarbeit, wie sie jetzt schon im Team 1 praktiziert werde, ließe sich eine Koordination der Stile und eine gemeinsame Wahrnehmbarkeit erzielen. Es könne nicht darauf gewartet werden, bis sich das Team-Konzept in allen Jahrgängen durchgesetzt habe, es komme vielmehr darauf an, zum jetzigen Zeitpunkt Zwischenlösungen zu finden. Für den Punkt "Zusatzangebote am Nachmittag" wird festgestellt, dass sie von der Bereitschaft des gesamten Kollegiums abhängig seien. Diese sei zwar prinzipiell vorhanden, doch fehle noch ein Konzept. Ein erweitertes Angebot in den Nachmittagsstunden wäre aber noch nicht mit einem Schritt hin zu einer Ganztagschule gleichzusetzen. Es solle sich lediglich auf Arbeitsgruppen und Förderunterricht beschränken. Der Förderunterricht sei nur in der Förderstufe an den Pflichtunterricht angebunden. In den übrigen Jahrgängen erfülle er mehr oder weniger die Funktion von "Füllstunden-Unterricht". Er solle wieder in den Kursunterricht integriert werden. Arbeitsgruppen könnten im sportlichen, musischen oder handwerklichen Bereich angeboten werden. Voraussetzung für unterrichtliche Veranstaltungen am Nachmittag sei allerdings eine Cafeteria.

Von der Sitzung der AG 6 gibt es ein knappes, von Herrn Burkhardt – dem Koordinator – verfasstes Ergebnisprotokoll, das sich im Wesentlichen auf die Auflistung der besprochenen Punkte beschränkt. So werde die Abkehr vom "Lehrer-Raum-Prinzip" begrüßt, eine Diskussion über die Arbeit im Jahrgang 5 geführt, offene Klassen und Flure nur dann für sinnvoll gehalten, wenn eine Aufsicht gestellt würde und der Nachmittagsunterricht davon abhängig gemacht, ob die Ganztagschule mehrheitlich gewollt werde oder nicht. Es müssten die Kosten und der Personaleinsatz berücksichtigt werden. Bei einer Mittagsbetreuung müsse eine angemessene Entlastung gewährleistet sein.

Nach der Arbeitsgruppenphase tritt die Gesamtkonferenz erneut zusammen, um die gestellten Anträge zu verabschieden. Zunächst wird Herrn Burgers Antrag aus der AG 2 gegen eine geschlossene Übernahme von Grundschulklassen abgestimmt und bei zwei Gegenstimmen und sieben Enthaltungen angenommen. Danach wird ein Antrag der Planungsgruppe, die sich nun "Pädagogischer Ausschuss" nennt, zur Raumaufteilung in der Schule gestellt. Es geht um die Unterbringung eines Jahrgangs in einem Flur bzw. einem geschlossenen Bereich der Schule. Der in der Gesamtkonferenz vom 17.4.85 wieder zurückgezogene Antrag zur Ablösung des "Lehrer-Klassenraum-Prinzips" durch das "Schüler-Klassenraum-Prinzip" ist in diesen weitergehenden Antrag integriert. Die Abstimmung ergibt eine Befürwortung bei zwei Gegenstimmen und mehreren Enthaltungen. Danach wird der Antrag aus der AG 5 zur probeweisen Ausdehnung des "Offenen Anfangs" auf die Jahrgangsstufen 7 bis 10 gestellt. Nach kurzer Beratung kommt es zu Abstimmung mit Stimmgleichheit. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Der Beschluss der Pädagogischen Gesamtkonferenz zur Ablehnung der geschlossenen Übernahme einer Grundschulklasse ruft den Widerspruch des Schulleiters hervor, der auf der Konferenz nicht anwesend sein konnte. Unter Hinweis auf § 12 und § 23 der Allgemeinen Konferenzordnung bestreitet er die Zuständigkeit der Gesamtkonferenz in Fragen der Neubildung von

Klassen. In einem am 14.5.85 in die Fächer verteilten Schreiben beruft er für den 22.5.85 erneut eine Gesamtkonferenz ein.

Diesem Widerspruch des Schulleiters folgt ein Schreiben von Herrn Ruschmeyer, der angibt, in seinen Rechten verletzt worden zu sein. Er bestreitet die Möglichkeit des Schulleiters, Beschlüssen der Gesamtkonferenz zu widersprechen, wenn in ihnen nicht gegen Rechts- und Verwaltungsvorschriften verstoßen worden sei. Die Beschlussfassung der Gesamtkonferenz sei durch die Allgemeine Konferenzordnung gedeckt gewesen, die es sogar ausdrücklich in ihren Zuständigkeitsbereich lege, die Erziehungs- und Bildungsarbeit der Schule sowie Organisationsänderungen zu regeln. Durch den durch die Zusage entstandenen "begünstigenden Verwaltungsakt" des Schulleiters bestehe allerdings inzwischen ein Rechtsanspruch der Elternschaft auf eine geschlossene Übernahme der Klasse.

Die Gesamtkonferenz vom 22.5.85 beginnt mit einem Antrag von Herrn Deichmann, der das Vorgehen von einigen Mitgliedern der Schulleitung kritisiert, die definitive Zusagen gemacht hätten, und eine Aufhebung des Konferenzbeschlusses vom 8.5.85 fordert. Für das Team 3 wird eine rechtzeitige Beteiligung an der Zusammensetzung der Klassen des Jahrgangs 5 verlangt. Dabei sollten pädagogische Gesichtspunkte im Vordergrund stehen. In der anschließenden Diskussion werden von den betreffenden Schulleitungsmitgliedern Erklärungen zu den näheren Umständen der fraglichen Entscheidung gegeben. Dabei wird deutlich, dass es sich um eine von langer Hand vorbereitete Initiative handelt, von welcher der Stufenleiter 9/10 bereits im Oktober 1984 erfahren hat. Beteiligt ist eine Sekretärin der Schule, deren Kind in die fragliche Klasse geht. Sie habe auch bereits eine Lehrerin angesprochen, ob sie bereit wäre, in dieser Klasse die Leitung zu übernehmen. Dadurch bekommt die Angelegenheit eine neue Wendung und die Frage wird so behandelt, als ob es sich um das Kind eines/r Lehrer/in der Schule handeln würde, das sich in dem Klassenverband befände. Dem wird aber von den Befürwortern eines neuen Förderstufenkonzepts widersprochen. Sie befürchten, dass das Beispiel Schule machen könne und man sich weiteren Forderungen ausgesetzt sähe, die kaum abzuweisen seien. Es sei sinnvoller, eine kleine Gruppe zu verprellen, als sich voraussehbare Konflikte einzuhandeln. Wenn die Schüler(innen), wie angedroht, auf Gymnasien wechseln wollten, könnten sie auch nicht zusammenbleiben. Schulleiter Wagner sieht sich im Wort und kann an seiner Zusage nichts Unpädagogisches erkennen. Dem wird entgegengehalten, dass man sich auch mit den Eltern treffen könne, um ihnen den Sachverhalt zu erklären. Da sich keine Lösung abzeichnet, wird eine erneute Abstimmung über den auf der Pädagogischen Gesamtkonferenz beschlossenen Antrag vorgeschlagen. Er wird mit deutlicher Mehrheit angenommen.

Die 16. Sitzung des Team 1 am 29.5.85 besteht aus den Fachkonferenzen Deutsch und Englisch. Eine Woche später, am 5.6.85 findet die nächste Teamsitzung statt, auf der eine pädagogische Frage verhandelt wird. Es handelt sich darum, wie mit einem Schüler aus einer der Klasse 5, der durch sein Verhalten aufgefallen ist, weiter umgegangen werden soll. Zu Beginn der Diskussion wird von den beiden Klassenlehrer(inne)n – Herrn Gradnitzer und Frau Wegener – zunächst auf die Wechselbeziehung von Lehrer- und Schülerverhalten verwiesen, offenbar damit klar wird, dass es sich nicht um eine reine Bestrafungsaktion wegen ungebührlichen Benehmens handeln soll. Darauf folgt eine Skizze seines Verhaltens und der davon ausgehenden Folgen für seine

eigene Person und für die Beziehungsstruktur in der Klasse. "Lutz", wie der Schüler heißt, falle durch aggressives Verhalten gegen seine Mitschüler(innen) auf, rede auch im Unterricht ständig dazwischen und reagiere nur kurzfristig auf Ermahnungen. Mittlerweile sei er in der Klasse zum Außenseiter geworden. Nachdem so einige Beobachtungen zusammengetragen worden sind, schildern die Klassenlehrer(innen) die häuslichen Verhältnisse von Lutz. Er lebe bei seiner Mutter, mit der er vor vier Jahren aus der DDR gekommen sei. Die Eltern seien geschieden, der Vater lebe noch in der DDR. Die Mutter sei berufstätig und komme erst im Laufe des Nachmittages nach Hause. Lutz helfe im Haushalt, verhalte sich normal, weigere sich aber, mit seiner Mutter über Schwierigkeiten, die er mit seinen Mitschüler(inne)n und den Lehrer(inne)n habe, zu reden. Auch im Ort, wo er wohne, habe er keine engeren Freunde. Im anschließenden Gespräch über die Persönlichkeit des Schülers wird festgestellt, dass Lutz eigentlich ständig auf Kontaktsuche sei, aber nicht wisse, wie er es anstellen solle. Durch sein Verhalten verbaue er sich alle Möglichkeiten, die sich ihm bieten würden. Gespräche mit ihm darüber blieben erfolglos, da er sich in solchen Situationen abschotten würde. Die Wirkung positiver Zuwendungen wäre nur von kurzer Dauer. Im Kursunterricht sei sein Verhalten besonders problematisch, da die Schüler(innen) sich selber kaum kennen würden und deshalb insgesamt sehr ablehnend reagierten. Als Maßnahme wird erwogen, Druck auf ihn auszuüben, um ihm die Ernsthaftigkeit der Missbilligung seines Verhaltens deutlich zu machen. Dazu soll der Kontakt zur Mutter verstärkt werden, ein Tischgruppenelternabend sei zu erwägen und alle beteiligten Lehrer(innen) werden angehalten, nach der Unterrichtsstunde kurz mit ihm zu reden und ihm sein Verhalten zurückzumelden. Es soll ihm auf diese Weise klargemacht werden, wie sein Verhalten wirkt und was es auslöst. Darüber hinaus soll sich bei ihm ein Bild davon entwickeln, was von ihm verlangt wird. Zur Absicherung gegenüber möglichen Vorwürfen der Schulleitung, nicht richtig gehandelt zu haben, wird ein Aktenvermerk über die Maßnahmen angefertigt. In zwei Tagen (ein Feiertag liegt dazwischen) soll mit Lutz ein Gespräch unter Teilnahme aller ihn unterrichtenden Lehrer(inne)n geführt werden, wo ihm alles dies mitgeteilt wird.

Die 17. Sitzung des Teams 1 am 12.6.85 steht im Zeichen des Entwurfs für einen Erfahrungsbericht.³⁹ Es wird eine redaktionelle Planung vorgenommen und ein Redaktionsausschuss gebildet.

Die letzte Gesamtkonferenz des Schuljahres 1984/85 findet am 26.6.85 statt. Das ist kurz vor den Sommerferien. Dazwischen findet aber noch die Projektwoche statt. Die Bewegung, in die das Kollegium gekommen ist, haben viele Initiativen zur Veränderung der räumlichen Gegebenheiten entstehen lassen, die insbesondere in der Projektwoche tätig werden wollen. Die Schulleitung hat dies zum Anlass genommen, eine Anfrage an den Schulträger zu richten über den Rahmen dessen, was erlaubt sei. Die Antwort ist eine genaue Anweisung darüber, was bemalt werden darf und was nicht. So dürfe in den Klassenräumen nur eine Wand bemalt werden und dies nur auf einem Untergrund, der jederzeit wieder entfernbar sei. In der Diskussion über fachfremden Unterricht bekräftigt der Schulleiter – Herr Wagner – seinen Standpunkt, dass fachfremder Unterricht nicht zur Regel werden dürfe. Es könne begründete Ausnahmen geben wie jetzt im Team 1, aber die Struktur der Schule zwingt zu einer bestimmten Lösung. Klassen-

³⁹ Vgl. Bd.2 (Ergänzungsband), S.134ff.

lehrer(innen) könnten von der Jahrgangsstufe 7 an nur noch GL-Lehrer(innen) werden, da sie auf Grund der Fachleistungsdifferenzierung als einzige mit einer höheren Anzahl von Unterrichtsstunden in einer Klasse einsetzbar wären. Gesellschaftslehre wird nicht differenziert erteilt. Der aktuell bestehende Lehrer(innen)überhang lasse aber Ausnahmen zu. Die sich anschließende Diskussion, ob denn dann auch Doppelklassenlehrerschaften zur Regel werden könnten, wird auf eine durchzuführende Pädagogische Gesamtkonferenz verwiesen.

2.2.2.3 Die Auseinandersetzungen über die Weiterführung des Team-Modells (1985/86–1987/88)

Um die Entwicklung der Comenius-Schule im Verlauf der nächsten drei Schuljahre wiedergeben zu können, ist es nicht mehr erforderlich, auf die Details einzugehen, d.h. Teamsitzungen des ersten Teams oder der weiteren Teams, die danach gebildet werden, genau zu verfolgen, sondern es reicht die Ebene, auf der sich das Kollegium gezielt über die Veränderung der Schule zu verständigen versucht. Das sind im Wesentlichen die Pädagogischen Gesamtkonferenzen, aber auch ausschnittsweise die Protokolle von anderen Gesamtkonferenzen, in denen Elemente der sozialen Organisation oder der Konzeption des Unterrichts zur Sprache kommen.⁴⁰ Diese werden nun skizziert, um anschließend – wie in den vorhergehenden Abschnitten – auf die in ihnen sichtbar werdenden sozialen Prozesse hin untersucht zu werden.

Die dritte Pädagogische Gesamtkonferenz am 23.10.85 findet wie die vorherige in Arbeitsgruppen statt. Es geht um zwei Schwerpunkte: 1. Die Weiterführung der Teamarbeit in den Jahrgangsstufen 7 bis 10; 2. Der Umgang mit der verlängerten Vollzeitschulpflicht bei Schüler(inne)n mit Hauptschulabschluss, die keine Lehrstelle gefunden haben. Zum ersten Thema werden 4 Arbeitsgruppen eingerichtet, das zweite interessiert im wesentlichen nur die Klassenlehrer(innen) des Jahrgangs 10, welche die zurückströmenden Schüler(innen) zu integrieren haben und einige Polytechnik-Lehrer(innen), die ihren Fachbereich besonders davon betroffen sehen. In einem Vorbereitungspapier von Herrn Hartwig und Herrn Ruschmeyer werden die wichtigsten Punkte der Teamarbeit noch einmal referiert und Vorschläge gemacht für die Unterrichtsgestaltung in den Jahrgangsstufen 7 und 8. Es geht darum, die Anzahl der in der Jahrgangsstufe tätigen Lehrer(innen) weiterhin gering zu halten und die Zahl der Schüler(innen) in den künftig einzurichtenden Wahlpflichtkursen (Französisch, Latein, Naturwissenschaften, Polytechnik) ebenfalls sehr klein zu halten. Klassenunterricht als Unterricht in der Kerngruppe soll weiterhin eine wichtige Rolle spielen. So wird vorgeschlagen, im Jahrgang 7 das Fach Deutsch im Klassenverband zu belassen und Polytechnik zusätzlich im Kern zu unterrichten.

In der Arbeitsgruppe 1a wird auf die Erfahrungen der Kleingruppenarbeit im Rahmen der Klassen verwiesen, die es ermöglichen würde, Leistungsdefizite schneller zu beheben. Der intensive Unterricht im Klassenverband sei zwar nicht unproblematisch, doch würden so viel früher Probleme erkennbar, die sonst erst viel später den Lernerfolg beeinträchtigen würden. Auch das Sozialverhalten würde durch die frühe Bearbeitung positiv beeinflusst. Wenn die Anzahl der Lehrer(innen) weiterhin klein gehalten werden sollte, sei allerdings damit zu rechnen, dass in den

⁴⁰ Die Protokolle dieses Zeitabschnittes sind nicht mehr in Bd.2 (Ergänzungsband) dokumentiert. Dort befinden sich lediglich die Protokolle der Pädagogischen Gesamtkonferenzen.

Kursen die Schüler(innen)zahlen steigen würden. Der Unterricht von Polytechnik im Klassenverband wird skeptisch gesehen. Damit verbunden wäre fachfremder Einsatz, da vermutlich nicht genügend Polytechnik-Lehrer(innen) zur Verfügung stünden. Der fachfremde Unterricht wird nicht befürwortet, da der Einsatz von Werkzeugen Gefahren mit sich bringen würde.

Die Arbeitsgruppe 1b beschäftigt sich zuerst mit der Zusammensetzung der Teams, die ohne Einflussnahme der Schulleitung erfolgen solle. Wichtig sei aber, dass der Unterricht durch Fachlehrer(innen) abgedeckt wäre. Das gelte auch für den Einsatz in den Jahrgängen 7 und 8. Dort müssten neue Lehrer(innen) für den Wahlpflichtunterricht hinzukommen, was aber kein Problem sei, da die Schüler(innen) dies nach zwei Jahren "gut verkraften" könnten. Problematisch sei eher die Einarbeitung in das Team. Dann wird der "Projektunterricht" problematisiert. Unter Projekten werden aber fachübergreifende Lehrgänge verstanden, so dass die Befürchtung auftaucht, dass dadurch in curriculare Zusammenhänge eingegriffen bzw. Fachinhalte vorweggenommen würden. Somit werden einige Vorstellungen entwickelt, wie der Wahlpflichtbereich neu geordnet werden könnte.

Die Arbeitsgruppe 1c beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit der Frage, ob das Fach Deutsch, das in der Förderstufe nicht differenziert unterrichtet wird, auch in der Jahrgangsstufe 7 im Klassenverband unterrichtet werden soll. In der Arbeitsgruppe gibt es eine starke Fraktion, die sich für eine Fachleistungsdifferenzierung ausspricht und in dieser Jahrgangsstufe eine Auseinanderentwicklung der Schüler(innen) sieht, was keine ausreichende Förderung aller mehr ermögliche. Da sich keine Übereinstimmung erzielen lässt, wird das Problem der Fachkonferenz Deutsch überantwortet. Es wird noch darauf hingewiesen, dass man das Votum der Elternschaft berücksichtigen müsse. Im naturwissenschaftlichen Bereich sei zu erwägen, ob es möglich sei, Lehrer(innen) aus anderen naturwissenschaftlichen Fächern fachfremd unterrichten zu lassen.

In der Arbeitsgruppe 1d wird speziell das Problem des fachfremden Unterrichts erläutert. Der Wunsch des Teams 1, in der Jahrgangsstufe 7 weiterhin mit möglichst viele Stunden im Jahrgang zu verbleiben, ruft die Befürworter des reinen Fachunterrichts auf den Plan. Es wird bezweifelt, ob sich im Wahlpflichtbereich Französisch, Latein oder Biologie fachfremd unterrichten ließen. Außerdem gebe es in manchen Fächern ein Überangebot an Lehrer(innen), die Stunden zur Verfügung stellen könnten. Ein Problem sei allerdings die Teilnahme an den vielen Konferenzen. Dieses Problem würde auch dadurch entstehen, dass viele Lehrer(innen) nicht bereit wären, sich auf einen oder zwei Jahrgänge zu beschränken. Darin wird aber ein ernsthaftes Hindernis für eine Neugestaltung der Schule gesehen. Hier und bei der Frage der Fachleistungsdifferenzierung im Fach Deutsch in der Jahrgangsstufe 7 würden sich im Wesentlichen zwei Meinungen gegenüberstehen. Die eine Meinung sei mehr für die Betonung der individuellen Leistung im Fachunterricht, die andere möchte den sozialen Aspekt in den Vordergrund rücken, indem sie auf die positiven Wirkungen des gegenseitigen Helfens verweise.

Auf der Gesamtkonferenz am 14.5.86 wird zunächst über ein Antragsbündel des Raumplanungsausschusses zur Neuaufteilung der Schule nach Jahrgängen und Klassenräumen beraten und seine Vorschläge mit Mehrheit von 42 Stimmen befürwortet, bei 12 Gegenstimmen und 11 Enthaltungen. Diese Zahlen beziehen sich auf den ersten Teilantrag, ändern sich bei den folgenden Teilanträgen aber nicht wesentlich. Der Gegenantrag von Herrn Burkhardt (Koordinator)

und Frau Wappner (Förderstufenleiterin), denen die vorgesehene Planung zu weit geht, bekommt keine Mehrheit. Danach wird der Antrag des Teams 1 zur Weiterführung der Teamarbeit in der Jahrgangsstufe 7 gestellt. Dieser Antrag wird mit 35 Stimmen dafür, 11 dagegen und 17 Enthaltungen ebenfalls angenommen. Der anschließende Antrag aus dem Team 1 zur Änderung des Wahlpflichtbereiches – wonach das Angebot auf Kurse in Latein, Französisch, Naturwissenschaften und Polytechnik eingegrenzt werden soll – wird wieder mit 57 Stimmen dafür, einer dagegen und fünf Enthaltungen befürwortet.

Dem Antrag zu einem Förderkonzept, das an die Teams angebunden werden soll, wie er von Herrn Hartwig in der gleichen Gesamtkonferenz gestellt wird, steht umgekehrt der Antrag von Frau Nolde gegenüber, in dem die Beauftragung der Fachkonferenzen vorgesehen ist. Damit wird erneut die Scheidelinie deutlich, die sich im Kollegium aufgetan hat. Auf der einen Seite die Befürwortung des pädagogischen Aspekts, auf der anderen der Rekurs auf fachliche oder curriculare Aspekte, von denen aus die erzieherischen Probleme nur als marginal erscheinen. Das Ergebnis der Abstimmung mit 22 Stimmen für den Antrag von Herrn Hartwig, bei 13 Gegenstimmen und 23 Enthaltungen zeigt ungefähr das Meinungsspektrum, wie es zu dieser Zeit im Kollegium besteht.

Aus dem Beschluss zur Neugestaltung der Schule gehen weitere Aktivitäten des Raumplanungsausschusses hervor. Teil des Antrages war auch die Forderung nach einem zweiten Bauabschnitt für eine endgültige Fertigstellung der Schule, die in den 70er Jahren aus finanziellen Gründen nicht erfolgt war. Auf der Gesamtkonferenz vom 24.9.86 legt der Schulleiter – Herr Wagner – zusammen mit dem Raumplanungsausschuss einen "Versuchsantrag Pädagogische Mittagsbetreuung: Fördermaßnahmen und Wahlunterricht" vor. Bei diesem Antrag geht es im wesentlichen darum, Lehrer(innen)stellen für die Schule zu erhalten und sinnvoll einzusetzen, da absehbar ist, dass die Schüler(innen)zahlen und damit die Zahl der benötigten Klassenräume wieder steigen wird. Mit Schuljahresbeginn hat es Versetzungen und Abordnungen gegeben und es steht zu befürchten, dass weitere folgen werden. In dem Antrag werden folglich Planstellen beantragt, die es ermöglichen sollen, an zwei Tagen in der Woche nachmittags "Fördermaßnahmen" durchzuführen. Darüber hinaus muss eine "Mittagsbetreuung" erfolgen, da die Schüler(innen) zum größten Teil in anderen Ortschaften wohnen und in der Schule bleiben müssen. In der Diskussion über diesen Antrag wird nach der Stellungnahme des Schulträgers zum beschlossenen Antrag zu einem zweiten Bauabschnitt gefragt. In diesem Bauabschnitt war die Bereitstellung von gesonderten Räumen für die Verwaltung vorgesehen. Da er nicht gebaut werden konnte, musste die Verwaltung im Bereich der Klassenräume untergebracht werden. Herr Wagner kann nur mitteilen, dass der zuständige Dezernent mitgeteilt habe, dass er prüfen werde, ob jede Klasse einen Raum zur Verfügung habe und jeder Kurs des Wahlpflichtbereichs in einem Fachraum untergebracht werden könne. Der Dezernent werde der Schule ein Gutachten zuschicken, das gleichzeitig auch Grundlage für eine Entscheidung des Schulträgers sein würde. Vor diesem Hintergrund ist keine Abstimmung über Detailfragen möglich, und so kommt es nur zur Abstimmung über den Kern des Antrages "Pädagogische Mittagsbetreuung", wonach Lehrer(innen)stellen beantragt werden. Es wird geheime Abstimmung beantragt und so kommt es bei 58 Abstimmungsberechtigten zu 33 Zustimmungen, 23 Ablehnungen und zwei Enthaltungen. In der Gesamtkonferenz vom 26.11.86 soll der Punkt "Pädagogische Mittags-

betreuung", der vorher nicht behandelt worden war, konkretisiert werden, da der Schulträger im Haushalt für das kommende Jahr Mittel zur Verfügung stellen will, und erneut zur Abstimmung gestellt. Diesmal entscheiden sich in öffentlicher Abstimmung 36 Lehrer(innen) für, 5 gegen den Versuchsantrag, 7 enthalten sich der Stimme. Auf der gleichen Gesamtkonferenz wird ohne Gegenstimme bei zwei Enthaltungen eine Kommission zur Erarbeitung eines schulischen Förderkonzepts eingesetzt.

In der Gesamtkonferenz vom 24.9.86 gibt es noch heftige Kontroversen über den Informatikunterricht. Diese Kontroverse ist eigentlich eine stellvertretende Auseinandersetzung über das zukünftige Konzept der Schule. Diejenigen Lehrer(innen), die dem Team-Modell skeptisch gegenüberstehen, versuchen, ein eigenes Reformgebiet für sich zu beanspruchen, indem sie sich zu Befürwortern des Informatik-Unterrichts machen. Von vielen reformorientierten Lehrer(innen) wird diese Haltung mit blinder Technikgläubigkeit gleichgesetzt und hinter der Einrichtung dieses Unterrichtsfaches die Absicht der Wirtschaft vermutet, sich ein Einfallstor in die Schulen zu verschaffen, um dort Einfluss auszuüben. Die in Aussicht gestellte Anschaffung von Computern möchte zwar niemand ablehnen, aber es wird nach Möglichkeiten gesucht, diese Entwicklung zu kontrollieren. Herr Faber, der inzwischen Stufenleiter 9/10 geworden ist, da Herr Volland, der vormalige Stufenleiter, die Aufgabe des stellvertretenden Schulleiters übernommen hat, informiert über ein inzwischen bestehendes Unterrichtsangebot zur Informatik im Wahlbereich⁴¹, das bei den Schüler(inne)n auf Interesse gestoßen sei. Der Unterricht orientiere sich an den Vorgaben des HIBS⁴² und die damit betrauten Lehrkräfte wären an einer vom Staatlichen Schulamt eingerichteten ständigen Arbeitsgemeinschaft beteiligt, deren Aufgabe es sei, ein Curriculum zu entwickeln. Die Diskussion und der Beschluss der Gesamtkonferenz⁴³ vom 17.4.85 hat eine Arbeitsgruppe vorgesehen, die auch eine Integration von gesellschaftswissenschaftlichen Aspekten vorzunehmen hätte, aber es ist offensichtlich nicht dazu gekommen. Herr Faber habe – wie er selbst betont – in Absprache mit der Schulleitung die Aufgabe übernommen, ein Gremium zu rekrutieren und eine Woche später eine Liste ausgehängt, in die sich auch Herr Bernstorff, Herr Gradnitzer und Frau Grabowski eingetragen hätten. Von den insgesamt 12 Lehrer(inne)n wären nur diese drei nicht zu den Arbeitsgruppensitzungen eingeladen worden. Dagegen wird eingewandt, dass eine solche Arbeitsgruppe keinen "privaten" Charakter haben dürfe. Mit dieser Kontroverse wird eine Zuspitzung deutlich, bei der es nicht mehr darum geht, Argumente zu tauschen, sondern bei der im Machtgefüge der Schule vollendete Tatsachen geschaffen werden sollen. Dabei wird denjenigen aus der Gruppe der reformorientierten Lehrer(innen), die Interesse an Informatik signalisiert haben, unterstellt, dass sie sich nur für das neue Fach interessieren würden, um zu bremsen, während die technologische Entwicklung an der Schule vorbeiziehe. Deshalb könne man auf sie verzichten.⁴⁴ Das Argument der reformori-

⁴¹ Wahlunterricht wird außerhalb des in der "Studentafel" genau geregelten Pflicht- und Wahlpflichtunterrichts erteilt und findet auf freiwilliger Basis statt.

⁴² Hessischen Institut für Bildungsplanung und Schulentwicklung

⁴³ Vgl. Bd.2 (Ergänzungsband), S.81f.

⁴⁴ In der Diskussion auf der Gesamtkonferenz im Jahr zuvor (17.4.85) spielte die wechselseitige Unterstellung ideologischer Gesichtspunkte eine besondere Rolle. Es war der Verdacht geäußert worden, dass

entierten Lehrer(innen), die ihnen skeptisch gegenüberstehenden Lehrer(innen) würden die Weiterentwicklung der Schule bremsen, wird nun gegen sie gewendet und rigoros durchgesetzt.⁴⁵ Die Kontroverse über den Informatikunterricht schlägt noch Wogen in diesem Halbjahr. Von Teilen des Kollegiums wird eine außerordentliche Gesamtkonferenz beantragt, um die Umsetzung des Beschlusses vom 17.4.85 zu diskutieren.

In dieser Gesamtkonferenz wird deutlich, dass es ein Konzept für ein neu zu integrierendes Fach Informatik noch nicht gibt, wohl aber das Bestreben einer anderen Lehrer(innen)gruppe, eine eigene Konzeption zu entwickeln. Das Weiterbestehen der Arbeitsgruppe wird mit 20 Stimmen dafür, 19 dagegen bei 15 Enthaltungen knapp befürwortet.

Der Druck auf die Schule wegen ihrer rechnerischen Überbesetzung bleibt bestehen. Am 29.4.87 findet eine außerordentliche Gesamtkonferenz statt, wo darüber beraten wird, welche Voraussetzungen für eine Abordnung an eine der Grundschulen des Einzugsbereiches bestehen müssen. Diese sind rechnerisch unterbesetzt, so dass das Staatliche Schulamt auf einen Ausgleich drängt.

Die am 5.4.87 durchgeführte Landtagswahl in Hessen führt zur Bildung einer neuen Landesregierung aus CDU und FDP. Damit ist die langjährige Regierung der SPD, zuletzt in einer Koalition mit den Grünen, beendet und die bisher von ihr verantwortete Bildungspolitik ist ebenfalls an einem Endpunkt angelangt. Sie war das beherrschende Thema im vorausgegangenen Wahlkampf gewesen und führt nun zunächst zu einer Aufhebung der Regelung, dass für abnehmende Schulen feste Einzugsbereiche bestehen.⁴⁶ Das hatte bisher den Gesamtschulen einen Bestand an guten Schüler(inne)n gesichert, wenn auch viele Eltern mit dieser erzwungenen Zuweisung nicht einverstanden waren. Durch das neue Gesetz sind besonders Gesamtschulen betroffen, denen nun die leistungsstarken Schüler(innen) fehlen, wenn auch die Comenius-Schule nicht so stark betroffen ist wie viele andere Gesamtschulen, da sie – inzwischen für die Eltern erkennbar – an einem Schulkonzept arbeitet.

Herr Wagner, der Schulleiter, ist seit den Weihnachtsferien krank und es zeichnet sich ab, dass er mit Erreichen der Altersgrenze in Pension gehen würde. Auf der Pädagogischen Gesamtkonferenz am 4.5.87 teilt Herr Volland mit, dass Herr Wagner beabsichtige, sich Mitte des Jahres in den Ruhestand versetzen zu lassen. Das Vorbereitungspapier für die Arbeitsgruppen ist von Herrn Posner, dem Pädagogischen Leiter, verfasst worden, der in seine Überlegungen die Ergebnisse der "Kommission zur Entwicklung des schulischen Förderkonzepts" einfließen läßt.⁴⁷ Er formuliert seine "Thesen zur Teamarbeit" allerdings in einem provokanten Ton, der zeigt,

Bildungsinhalte verdrängen werden sollten, um einem engen technischen Verständnis zu folgen. Im Abstimmungsergebnis über den eingebrachten Antrag war aber von den geäußerten Vorbehalten nichts mehr zu spüren. Für den Antrag stimmten 50 Lehrer(innen), dagegen zwölf und sieben enthielten sich der Stimme.

⁴⁵ Herr Bernstorff berichtete von ausgewechselten Schlössern im Computer-Raum.

⁴⁶ Vgl. dazu die Eingangüberlegungen im Entwurf des "Gesetz(es) zur Wiederherstellung der freien Schulwahl" in: Bd.2 (Ergänzungsband), S.107, Anm.25

⁴⁷ Vgl. Bd.2 (Ergänzungsband), S.107f.

dass er sich über die Haltung vieler Lehrer(innen) geärgert hat. Jede These beginnt mit einem Konditionalsatz, in dem die Bedingungen aufgezeigt werden, die eigentlich realisiert werden müssten. So formuliert er z.B.: "Wenn akzeptiert wird, dass die Förderung von Schülern mehr ist als 'möglichst guter Unterricht' in einzelnen Fächern, dann muss es in der Schule auch Gremien geben, die sich mit diesem Zweck unserer Erziehungsarbeit befassen." Er verweist dann auf die Teamarbeit. Diese Konstruktion muss den Lehrer(inne)n, die aus den im vorigen Abschnitt bereits angedeuteten Gründen Vorbehalte haben gegen die Arbeit in Teams, wie ein erhobener Zeigefinger vorkommen und sie in eine ebenfalls ärgerliche Abwehrhaltung treiben. Fatal ist eine solche Haltung angesichts der neuen politischen Situation, die schwierige Zeiten für Gesamtschulen befürchten lässt. Der stellvertretende Direktor – Herr Volland –, der nun die kommissarische Leitung der Schule hat, entwirft im vorbereitenden Teil der Konferenz ein Szenario über die Auswirkungen des Gesetzentwurfes auf die Comenius-Schule. Dann entwirft er ein Konzept, das vermutlich von einem Teil des Kollegiums auch gestützt wird. Das Team-Modell möchte er nur in der Förderstufe realisiert sehen, also in den Jahrgangsstufen 5 und 6. Danach soll die Teamarbeit beendet werden, die Jahrgangsstufen 7 und 8 hätten eine "Gelenkfunktion". In den Jahrgangsstufen 9 und 10 soll der Unterricht in der alten Form stattfinden, aber ergänzt um einige pädagogische Verbesserungen. Es habe keinen Sinn, in der neuen Situation den Status einer "Modellschule" anzustreben, was auch nicht von allen "Gremien" getragen würde. Damit meint er offenbar den Schulleiternbeirat, in dem sich hauptsächlich Eltern von "besseren" Schüler(inne)n, die zugleich auch in den örtlichen Parteien engagiert sind, befinden. Er versteht sich als korrigierendes Element in der Schule und möchte nicht, dass die "Leistung" der Schüler(innen) vernachlässigt wird, da einige später auf weiterführende Schulen, d.h. auch auf Oberstufengymnasien wechseln sollen. Zur fraglichen Zeit ist es so, dass viele Elternbeiratsmitglieder ihre Kinder in den oberen Klassen der Gesamtschule haben und dadurch nicht viel wissen von den Bestrebungen der Lehrer(innen), die im Team arbeiten. Das erste der Teams ist nun seit drei Jahren zusammen, die Schüler(innen) befinden sich in der Jahrgangsstufe 7. Dementsprechend nennt es sich nun Team 7. Inzwischen existieren zwei weitere Teams. Im neuen Team 5, wie es nun genannt wird, befinden sich zwei Schulleitungsmitglieder. Es handelt sich um den Pädagogischen Leiter, Herrn Posner, und den Stufenleiter 7/8, Herrn Seifert.

Herr Volland spricht mit seinem Vorschlag die künftige Arbeit aller Teams, und damit auch die seiner Schulleitungskollegen an. Ihm wird aus dem Team 7 heraus von Herrn Ruschmeyer widersprochen, der die Ereignisse nicht so dramatisch sehen möchte und betont, dass es wichtiger sei, der Schule ein eindeutiges pädagogisches Profil zu geben als sich der herrschenden Stimmung zu unterwerfen. Außerdem ließen die Formulierungen im neuen Gesetzentwurf zur "Wiederherstellung der freien Schulwahl" genügend Spielraum, um auf dem eingeschlagenen Weg weiterzugehen. Er wird von Herrn Posner unterstützt, der die Meinung vertritt, dass die Schule bereits jetzt modellhaften Charakter habe. Nach dieser Diskussion tagt die Pädagogische Gesamtkonferenz in Arbeitsgruppen weiter. An den Sitzungen nehmen auch Vertreter der Eltern-

schaft teil. Die Protokolle sind zum Teil sehr stark gefiltert durch die Perspektive, welche die Protokollanten auf die Entwicklung der Schule haben.⁴⁸

In der Arbeitsgruppe 1 wird das Problem der drohenden Abwanderung angesprochen, was den Elternvertreter dazu veranlasst, darauf hinzuweisen, dass das Profil der Schule noch nicht klar genug erkennbar sei. Es seien die Eltern, die auf Leistungsdifferenzierung Wert legen würden und der Meinung seien, dass an der Schule nicht genügend Leistung gefordert werde, die ihre Kinder abziehen würden. Dass keine Leistung gefordert würde ist der Förderstufenleiterin – Frau Wappner – keine angemessene Beobachtung. Sie findet, dass an der Comenius-Schule genauso so viel gefordert werde wie an anderen Schulen. Es wird dann von anderen AG-Mitgliedern darauf hingewiesen, dass die pädagogische Neuorientierung vielfach zu dogmatisch gesehen werde. Man solle auf eine Linie gezwungen werden. Es entstehe so etwas wie Gruppenzwang, dem man die Wahrung der "pädagogischen Freiheit" entgegensetzen müsse. Frau Wappner weist darauf hin, dass es auch die Meinung der Grundschullektoren sei, dass es mit dem "pädagogischen Gewissen" nicht vereinbar sei, wenn pädagogische Prinzipien nur durch Gruppenzwang und unter Aufgabe der "pädagogischen Freiheit" durchgesetzt werden sollen. Anstoß erregt auch die Formulierung aus dem Vorbereitungspapier: "Wenn Teamarbeit und die in 4) angedeutete besondere Qualität von Unterricht Bestandteil des Förderkonzepts der Schule sind, dann sind sie auch für das Kollegium verbindlich." Von Lehrer(inne)n, die in Teams arbeiten, wird der These vom Gruppenzwang heftig widersprochen. Es gebe auch keine Minderung der pädagogischen Freiheiten, wohl gebe es in den Teams unterschiedliche Diskussions- und Arbeitsformen. Die Förderstufenleiterin wünscht sich aber in den Teams einen höflicheren und toleranteren Umgangston. Der Elternvertreter gibt noch einen Überblick über Eindrücke, wie sie in der Elternschaft bestehen würden. Es gebe den Eindruck, dass die Comenius-Schule eine "linke" Schule sei, weil häufig an der Wirklichkeit vorbei unterrichtet werde. Dann dränge sich die Meinung auf, dass es eine Menge Mitläufer im Kollegium gebe, durch die Entscheidungen und Richtungsänderungen erst möglich würden. Die Elternschaft sei nur ungenügend in die Planungs- und Entwicklungsarbeit eingebunden worden. Dadurch gebe es mitunter den Eindruck des Gegeneinanderarbeitens von Schule und Elternschaft.

In der Arbeitsgruppe 2 wird das Vorbereitungspapier der Diskussion zu Grunde gelegt. Es bestand Übereinkunft darüber, dass das Förderkonzept für alle Schüler(innen) des Einzugsbereiches gedacht sein müsse. Der Koordinator – Herr Burkhardt – weist auf die Erfolge der Abgänger hin, die nach der Comenius-Schule ein Gymnasium besucht hätten. Die von vielen Abgängern geäußerte Zufriedenheit korrespondiere nicht mit den Diskussionen, wie sie in den Schulgremien geführt werde. Das zeige die Notwendigkeit einer intensiveren Informationsarbeit. Das Konzept der Gesamtschule Ochsfurt, die einen ähnlichen Weg verfolgt, habe inzwischen großen Anklang gefunden. Daraus ergebe sich die Notwendigkeit, einen ähnlichen Weg zu gehen, um die Abwanderung von Schüler(inne)n zu vermeiden. In der Diskussion wird die Frage aufgeworfen, ob der Leistungsaspekt in der Teamarbeit noch genügend Berücksichtigung finde. In diesem Zusammenhang wird die Frage der Leistungsdifferenzierung thematisiert und kontrovers

⁴⁸ Vgl. Bd.2 (Ergänzungsband), S.109-113

diskutiert. Der Haltung, dass nur durch äußere Differenzierung eine optimale Förderung der Schüler(innen) möglich sei, steht die Meinung gegenüber, dass Kleingruppenarbeit in der Klasse effizienter sei, da durch sie alle Schüler(innen) in die Förderung einbezogen würden. Dabei wird der These, dass gerade durch Gruppenarbeit individuelle Förderung bzw. das Erzielen von Leistung möglich sei, wenig Glauben geschenkt, obwohl einige Beispiele aus der konkreten Praxis angeführt werden. Als Problem wird auch der Zeitaufwand gesehen, der mit Gruppenarbeit verbunden sei. Die Befürworter von Kleingruppenarbeit sehen aber gerade im Zeitaufwand eine Art Vorleistung, welche die weitere Erziehungsarbeit erleichtern würde. Die Diskussion bleibt ohne klares Ergebnis und so wird über eine Abstimmung ein Meinungsbild erzeugt. Demnach sind von zehn anwesenden Lehrer(inne)n sechs für die Teamarbeit in den Jahrgangsstufen 5 bis 10, zwei für die Teamarbeit lediglich in der Förderstufe (5/6) und zwei sind für eine größtmögliche Fachleistungsdifferenzierung, spätestens jedoch ab der Jahrgangsstufe 7.

Die Arbeitsgruppe 3 nimmt die vom Gesetzentwurf zur "Wiederherstellung der freien Schulpflicht" zu erwartenden Veränderungen zum Ausgangspunkt für die Diskussion. Auch hier ergibt sich bald eine Kontroverse hinsichtlich der Frage, ob Teamarbeit oder Fachleistungsdifferenzierung zu befürworten sei. Die Kontroverse scheint aber für die Befürworter der Fachleistungsdifferenzierung etwas Verwirrendes zu haben, denn es scheint ihnen so zu sein, dass viele, die die Teamarbeit befürworten, für eine vollständige Aufhebung der Differenzierung plädieren würden. Die innere Differenzierung, so wie sie von den Befürwortern der Teamarbeit als Alternative dargelegt wird, soll aber in erster Linie "soziale Geborgenheit" vermitteln und auf diese Weise zu Leistungen hinführen. Außerdem sei die Arbeit im Team weniger belastend für den/die einzelne/n Lehrer/in. Das herkömmliche Differenzierungsmodell biete keine Gewähr für einen Lernerfolg. Dieser Minderheitsmeinung steht eine Gruppe gegenüber, die das von Herrn Volland im vorbereitenden Plenum vorgeschlagene "Kompromissmodell" befürwortet. Zu den Befürwortern gehört auch die anwesende Elternvertreterin, die als Lehrerin an einer benachbarten Gesamtschule arbeitet. Sie stellt die Frage, ob Fachleistungsdifferenzierung für die Schüler(innen) nachteiliger sei als fachfremder Unterricht. Herr Volland – der kommissarische Schulleiter –, der an dieser Arbeitsgruppe teilnimmt, problematisiert das im Team-Modell praktizierte Verfahren, den Jahrgang im Fachunterricht in zwei Bänder zu teilen, um mit möglichst wenigen Lehrer(inne)n auszukommen. Das von ihm vorgeschlagene "Kompromissmodell" biete die Möglichkeit, künftigen Konflikten aus dem Weg zu gehen. Er wird von einigen Teilnehmern unterstützt, die auf keinen Fall auf die Differenzierung verzichten möchten. Bei einem Verzicht würden weitere Schüler(innen)verluste drohen. Die Eltern würden die Qualität der Abschlüsse an der Gesamtschule anzweifeln, was angesichts des fachfremden Unterrichts auch nicht unbegründet sei. Fachfremder Unterricht in einem nicht ausreichend differenzierten Team-Modell bedeute auch eine Vergeudung der Ausbildungsqualifikation der Lehrerschaft. Außerdem bestehe immer die Gefahr, gute Schüler(innen) zu unter-, schlechte dagegen zu überfordern. Die Möglichkeiten für die Gesamtschule, ihre Schüler(innen)zahlen zu halten, wird angesichts der in Kürze bestehenden neuen Gesetzeslage mit Skepsis beurteilt. Es wird davon ausgegangen, dass die Vorbehalte gegenüber den Gesamtschulen angesichts der bisherigen öffentlichen Kampagnen steigen werden. Bei dem zu erwartenden Wegfall der festen Einzugsbereiche für die Gesamtschulen sei ein Sogeffekt der Gymnasien zu erwarten, der sich nicht nur auf einige Schü-

ler(innen) beschränken werde, sondern ganze Freundschaftsgruppen mitziehe. Bei Eltern, die früher ein Gymnasium besucht hätten, gebe es aus der Unkenntnis heraus viele Vorbehalte und den Trend, den Weg zu gehen, den man selber kenne. Ein wichtiger Gesichtspunkt sei auch der zweimalige Schulwechsel, der mit einem Besuch der Gesamtschule verbunden sei. Als Gegenstrategien werden eine bessere Informationspolitik, eine engere Zusammenarbeit mit den Grundschullehrer(inne)n, eine gezielte Imageverbesserung der Gesamtschule vorgeschlagen. Außerdem solle auf einen Abbau des Prestigedenkens in der Elternschaft hingewirkt werden.

Das Protokoll der Arbeitsgruppe 4 ist sehr kurz und gibt nur einen Überblick über die geführte Diskussion. Man habe über ein neu zu erarbeitendes Konzept für eine integrierte Gesamtschule gesprochen, das allen Schüler(inne)n gerecht werden könne und eine Alternative darstellen würde zu anderen Schulformen. Zur Selbstdarstellung der Gesamtschule gehöre, ein solches Konzept vorweisen zu können, das allerdings auch vom überwiegenden Teil des Kollegiums getragen werden müsse. Die Diskussion über den Begriff des Team-Modells zeigt, dass nicht alle genau wissen, was darunter zu verstehen ist. Die anwesende SV-Vertreterin bringt zum Ausdruck, dass in der Schülerschaft der Eindruck bestehe, dass es eine Bevorzugung der Jahrgänge 5 bis 7 vor den Jahrgängen 8 bis 10 gebe.

In der Arbeitsgruppe 5 berichten zunächst die in den Teams eingesetzten Lehrer(innen) von ihrer Arbeit, bevor dann einige Aspekte genauer besprochen werden. Als erstes wird über die Konzentration von wenigen Lehrer(inne)n in einem Jahrgang diskutiert, was grundsätzlich positiv gesehen wird, eine Erleichterung des Vertretungsunterrichts beinhalte, wobei in den oberen Klassen allerdings der fachliche Aspekt nicht zu kurz kommen dürfe. Die Doppelklassenlehrerschaft wird, wenn sie auf freiwilliger Basis, d.h. ohne Zutun der Schulleitung, zustande gekommen ist, ebenfalls als Erleichterung betrachtet und sollte bis zur Jahrgangsstufe 10 beibehalten werden. Der Unterricht mit festen Arbeitsgruppen in der Klasse wird den Anwesenden an Hand des Verfahrens zur Bildung der Kleingruppen erklärt. Bevor eine Gruppe zustande käme, würden vorher Gespräche mit Eltern und Schüler(inne)n geführt, ein Soziogramm erstellt und die Lehrer(innen) würden sich untereinander austauschen. Wichtig sei die Beteiligung der Schüler(innen). Mit den festen Arbeitsgruppen sei es möglich, sowohl individualisiertes, als auch gemeinsames Lernen zu praktizieren. Dabei könnten bestimmte Arbeitsmethoden eingeübt werden. Das betreffe vor allen Dingen die Fächer Gesellschaftslehre und Polytechnik. Kleingruppen seien allerdings auch kein Allheilmittel gegen die immer wieder auftretenden pädagogischen Probleme. Aus den Kleingruppen heraus würden Elternabende veranstaltet, auf denen die Lernprozesse zur Sprache kämen. Es wurde über den Ablauf und die Atmosphäre auf den "Tischgruppenelternabenden" berichtet. Aus der Arbeitsgruppe heraus wurde der Wunsch geäußert, noch weiter über die Teamarbeit informiert zu werden. In mehreren der Arbeitsgruppen ist der Wunsch geäußert worden, die Pädagogische Gesamtkonferenz zu Beginn des kommenden Schuljahres fortzusetzen, da viele Probleme erst angerissen worden seien.

Auf der Gesamtkonferenz vom 3.6.87 berichtet Herr Volland, dass es in der Schulleitung zwar keinen Dissens in Bezug auf eine pädagogische Fortentwicklung gebe, wohl aber hinsichtlich ihrer Umsetzung. Aus dem Kollegium heraus wird die Erwartung geäußert, sich zu einigen und die "langfristige Absicherung der pädagogischen Neuorientierung (...) zu gewährleisten".

In der Anlage zum Protokoll der Gesamtkonferenz vom 10.6.87, der letzten im Schuljahr 86/87, wird ein kurzer Bericht der Schulleitung vorgelegt, in dem ausgeführt wird, wie diese langfristigen Absicherung zu erfolgen habe. Unter Berufung auf die Gesamtkonferenzbeschlüsse vom 31.10.84 und 14.5.86 wird erklärt, dass es beabsichtigt sei, die Konsolidierung der Teamarbeit weiter voranzutreiben. Die Meinungsbildung im Kollegium solle durch geeignete Maßnahmen wie Pädagogische Gesamtkonferenzen gefördert werden. Dem folgt eine Aufzählung von geeigneten Maßnahmen "im Rahmen von Unterrichtsversorgung und Stundenplan".

1. Die "Elemente der pädagogischen Neuorientierung" seien, da sie mit einer Ausweitung der Stundentafel verbunden wären, mit einem Schulversuchsantrag abzusichern. Der Antrag sei in Schulleitungssitzungen und Pädagogischen Gesamtkonferenzen zu diskutieren und vorzubereiten, so dass er durch einen Konsens im Kollegium abgesichert sei. Es gehen darum, den Klassenlehrerunterricht zu stärken und durch zusätzliche Stunden abzusichern.
2. Die "vertikale Koordination" der Teamsprecher(innen) aller Jahrgangsstufen durch einen gemeinsamen Termin wird allerdings von der Schulleitung mehrheitlich nicht befürwortet, da dies eine zu große Auswirkung auf den Stundenplan hätte.
3. Der Verteilung des Klassenlehrerunterrichts auf die gesamte Woche wird dagegen zugestimmt.
4. Das Prinzip des Wochenarbeitsplans nach Peter PETERSEN könne man über den Stundenplan und die Unterrichtsversorgung nicht absichern, doch solle in den Teams weiter beraten werden, welche Möglichkeiten sich eventuell ergeben könnten.
5. Alle Mitglieder der Schulleitung seien der Meinung, dass folgende Elemente der pädagogischen Neuorientierung bei der Stundenplangestaltung und im Rahmen der Unterrichtsversorgung abzusichern seien: a) Konzentration der Lehrer(innen) pro Jahrgang, b) Teilung der Jahrgänge in differenzierten Fächern (Bänder), c) räumliche Zusammenlegung der Jahrgänge, d) Öffnung der Flure und Klassen, e) Einführungsphase im Jahrgang 5 zu Schuljahresbeginn.

Auf der ersten Gesamtkonferenz im Schuljahr 1987/88, am 3.8.87, gibt Herr Volland bekannt, dass die Stelle des Schulleiters inzwischen ausgeschrieben worden sei. Die Ausschreibung sei verspätet erfolgt und habe deshalb verlängert werden müssen. Bisher gebe es zwei Bewerbungen.⁴⁹ Er selbst beabsichtige ebenfalls, sich zu bewerben und an dem Auswahlverfahren teilzunehmen.

Die GEW-Schulgruppe ist darum bemüht, sich ein Bild der auswärtigen künftigen Bewerber(innen) zu machen und lädt sie alle nacheinander in Zweiergruppen in eine Gaststätte zur Schulgruppensitzung ein. Alle Eingeladenen erscheinen zu diesen inoffiziellen Gesprächen und geben im Verlauf der Unterhaltung als Grund für ihre Bewerbung an, dass die Schule "in Bewegung" sei und es noch möglich wäre, pädagogische Vorstellungen zu entwickeln. Die Teilnahme an der Befragung ermöglicht den Kandidaten einen ersten Kontakt zu den Lehrer(inne)n der

⁴⁹ Zum Schluss ist die Zahl der Bewerber auf 9 angewachsen.

Schule und zu deren besonderen Denkweisen, auf die sie sich im Laufe der Prozedur des Auswahlverfahrens⁵⁰ bei ihrem Vortrag und der anschließenden Diskussion in einer Gesamtkonferenz einzustellen haben. Die Gespräche finden vom 14. bis 28.9.87 statt, also um den Zeitpunkt herum, an dem die Pädagogische Gesamtkonferenz stattfindet. Die Schulgruppensitzungen sind öffentlich, so dass jedermann aus dem Kollegium den Befragungen beiwohnen kann.

Die Pädagogische Gesamtkonferenz am 23.9.87 ist die gewünschte Fortsetzung der vorausgegangenen. Sie beginnt mit einem Einführungsvortrag des Pädagogischen Leiters⁵¹, der die negative Resonanz auf sein Vorbereitungspapier zur letzten Pädagogischen Gesamtkonferenz sehr wohl bemerkt hat und nun darum bemüht ist, den verlorenen Boden wieder gut zu machen. Herr Posner lässt zunächst die vergangene Pädagogische Gesamtkonferenz Revue passieren und stellt fest, dass es nicht gelungen sei, die Gegensätze zu beseitigen, obwohl die Absicht dazu bestanden habe. Aus den Protokollen sei zu entnehmen, dass es zu Gegenüberstellungen gekommen sei, die so in der Realität nicht bestehen würden.

Das sei erstens die Gegenüberstellung von Teamarbeit mit "Gruppenzwang" und der "Einhaltung und Wahrung der pädagogischen Freiheit", die auf einem Missverständnis beruhen würde. Rechtlich gesehen gebe es keinen Zwang, wohl aber eine Orientierung an administrativen Vorgaben und an den eigenen Konferenzbeschlüssen, die noch ein hohes Maß an Freiheit ließen, weil man sie selbst beeinflussen könne.

Dann gebe es zweitens die Gegenüberstellung von Teamarbeit und "Leistung". Das sei ebenfalls ein Missverständnis, weil Teamarbeit keinen Verzicht auf Leistungsforderung beinhalte, sondern lediglich eine andere Art bedeute, damit umzugehen. Es habe sich bei vielen Lehrer(inne)n im Rahmen der beruflichen Praxis ein festes Bild darüber herausgebildet, wie Schüler(innen) zu lernen hätten und welche Ergebnisse sie dabei erzielen sollten. Teamarbeit bedeute, über diese Praxis nachzudenken und den Sprung zu machen vom Leistungskult zur Leistungskultur.

Die dritte Gegenüberstellung sei die von Teamarbeit und "äußerer Fachleistungsdifferenzierung". Dieser Gegensatz würde zwar bestehen, sei aber nicht aufzuheben. Seit den Turbulenzen im Herbst 1984 würden die Bestrebungen in den Teams dahin gehen, nicht die äußere Differenzierung zu beseitigen, sondern ihre Auswirkungen zu mildern. Es gebe keine permanente Differenzierungsdiskussion an der Schule, wohl aber das Bewusstsein der negativen Auswirkungen.

Aus diesen Gegenüberstellungen lasse sich ein Informationsdefizit hinsichtlich der in den Teams geleisteten Arbeit, aber auch der Teams untereinander ablesen. Statt sich gegenseitig Vorwürfe zu machen, solle man sich darum bemühen, unvoreingenommener miteinander umzugehen.

⁵⁰ Zum Auswahlverfahren gehören a) eine Prüfung über schulrechtliche Fragen, die mit der angestrebten Tätigkeit zusammenhängen, b) die Präsentation einer Unterrichtsstunde und c) die Leitung einer bzw. Vortrag vor einer Lehrer(innen)konferenz (Gesamtkonferenz).

⁵¹ Vgl. Bd.2 (Ergänzungsband), S.114-118.

Teamarbeit sei keine Besonderheit der Comenius-Schule. Sie sei vielmehr eine positive Reaktion auf die Strukturfehler der Bildungsreform der 60er und 70er Jahre, die an einem herausragenden Produkt dieser Reform, den Gesamtschulen, am deutlichsten hervortreten würden. Es könnte allerdings sein, dass man von der Gründungsphase der Gesamtschulen noch so geprägt sei, dass man die speziellen Bedingungen dieser Zeit für selbstverständlich halte und sich Alternativen kaum vorstellen könne. Herr Posner warnt vor einem "pädagogischen Immobilismus", der an den Anforderungen, die aktuell bestehen würden, vorbeigehe. Als nächstes versucht er, die angesprochenen Strukturfehler näher einzukreisen.

Dies sei einmal die Konkurrenzsituation zu den übrigen Schulformen, besonders dem Gymnasium gewesen, die einen ständigen Vergleich nach sich gezogen und es nicht zugelassen hätten, sich auf die Besonderheiten der eigenen Situation zu besinnen. Im weiteren sei dies die Konzentration auf curriculare Fragen und auf eine Revision der Bildungsinhalte gewesen, die dazu verführt habe, zu glauben, dass man, wenn man die richtigen Curricula für alle Unterrichtsfächer habe, alle pädagogischen Probleme gelöst seien. Dies habe dazu geführt, dass man dem "sozialen Lernen" wenig Aufmerksamkeit geschenkt habe und keine Zeit dafür vorgesehen gewesen sei, über pädagogische Belange zu reden. Konferenzen seien daher Fachkonferenzen, wo nur über ein Unterrichtsfach geredet werde, oder aber Klassenkonferenzen, die einberufen würden, wenn Schüler(innen) "auffällig" geworden seien. Die hohe Zahl der Schüler(innen) und die unbefriedigende architektonische Gestaltung der Schule hätten negative Auswirkungen auf alle in ihr befindlichen Personen gehabt, indem sie der "Desorientierung und Anonymisierung" Vorschub geleistet hätten. Weiterhin sei die pädagogische Situation durch die an den Verhältnissen des dreigliedrigen Schulsystems orientierten Differenzierungsvorschriften erschwert worden. Sie hätten einer "technokratischen Vorstellung" von Lernprozessen Vorschub geleistet und dabei geholfen, die sozialen Konsequenzen auszublenden.

Das sei aber schon in den 70er Jahren erkannt worden, und die Antwort habe im Entwurf des "Team-Kleingruppen-Modells" (TKM) als Weiterentwicklung der integrierten Gesamtschule bestanden. Die an der Comenius-Schule praktizierte Form der Teamarbeit sei der Versuch, den genannten Strukturfehlern zu begegnen. Herr Posner zählt nun die "Prinzipien" der Teamarbeit wie die Zuordnung fester Räumlichkeiten für einen Jahrgang, die Bildung einer Lehrer(innen)-Teams, Kleingruppen in den Klassen usw. auf, um daran anschließend noch einmal zu betonen, dass es auf die Bereitschaft der Lehrer(innen) ankäme, sich auf diese Form der Zusammenarbeit einzulassen. Ziel sei nicht eine Uniformität der Haltungen im Kollegium, sondern es ginge darum, dass jede/r Lehrer/in seine/ihre Vorstellungen in die gemeinsame Arbeit aller einbringen könnte. Dabei gelte es, eine Grundlinie im Bildungs- und Erziehungsverhalten zu finden und ein "Pädagogisches Gesamtkonzept" zu formulieren, woraus nach außen hin ein Profil entstehen könnte, durch das die Schule wahrnehmbar werde und es für lange Zeit bleiben könnte. Es gebe ein im Kollegium weit verbreitetes Bewusstsein, dass die Schule, so wie sie bisher bestanden habe, nicht weiter bestehen könnte. Das Team-Modell sei nicht viel mehr als eine Vision, allerdings seit 1983/84 Gegenstand von Diskussionen und "auch zum Teil heftigen Auseinandersetzungen" gewesen. Zur Zeit sei eher eine gewisse Anti-Haltung bei vielen Mitgliedern des Kollegiums zu beobachten, die sich darauf konzentriere, die Befürworter der Teamarbeit zu behindern. Wenn es allerdings einen "Gegenentwurf" gebe, dann solle dieser Gegenstand der Diskus-

sion werden. Besser wäre es nach Herrn Posners Ansicht aber, wenn man sich darauf verständigen könnte, Teamarbeit als "Bestandteil des pädagogischen Profils der Schule" weiter auszubauen und einen Grundkonsens darüber herzustellen. Nach dem Vortrag, der mit viel Beifall bedacht wird, beginnt die Fortsetzung der Arbeitsgruppen in nahezu der gleichen Zusammensetzung wie am 4.5.87.

Die Arbeitsgruppe 1 beginnt in Anlehnung an das Referat mit der Frage, wie den Schüler(inne)n an der Comenius-Schule soziales Lernen ermöglicht würde und inwieweit es durch das Team-Modell beeinflusst werde. Die Förderstufenleiterin ergreift als erste das Wort und gibt zu bedenken, dass soziales Lernen auch ohne das Team-Modell möglich wäre. Dann betont sie die eingeschränkten Entfaltungsmöglichkeiten, die sich für die Schüler(innen) aus dem Team-Modell ergeben würden. Das Sitzen in Tischgruppen würde als Zwang empfunden, wie auch einige Eltern ihr berichtet hätten. Die Ablehnung von Tischgruppenelternabenden würde von ihnen nicht offen ausgesprochen, weil Diskriminierung zu befürchten wäre. Sie bekommt Unterstützung durch das Argument, dass die Beziehungen zwischen Schüler(inne)n sich schnell ändern könnten, was feste Tischgruppen als Hindernis erweisen würde. Eine Umsetzung müsste jederzeit gewährleistet sein. Die anwesenden Mitglieder von Teams widersprechen und berichten von den ihnen zurückgemeldeten positiven Eindrücken, die seitens der Eltern von Tischgruppenelternabenden bestehen würden. Man würde dort nicht nur über Probleme reden, sondern auch das Arbeits- und Lernverhalten zurückmelden. In den Tischgruppen würde gelernt, auch mit schwierigen Mitschüler(inne)n umzugehen und sachgemäß darüber zu sprechen. Dem wird mit dem Argument der "manipulierten" Gruppenbildung geantwortet. Soziales Lernen sei auch ohne sie möglich. Man brauche keine feste Sitzordnung. Dem wird entgegengehalten, dass eine festere Gruppenbildung für die Schüler(innen) auch ein Schutz sein könne, um sich gegen negative Einflüsse oder äußere Schwierigkeiten zu behaupten. Die Förderstufenleiterin besteht aber darauf, dass es ihr darauf ankäme, Schwierigkeiten mit der gesamten Klasse zu lösen. Ihr wird beigeplichtet und es wird darauf hingewiesen, dass die Schülerzahl sich positiv verändert habe und die Zerstörungen rückläufig seien. Kleingruppen seien also nicht notwendig. Die vorgetragene Befürchtung, dass mit den Kleingruppen nun gar kein Frontalunterricht mehr möglich sein soll, kann durch die in Teams unterrichtenden Lehrer(innen) zerstreut werden. Es gehe nur darum, zu stärker schülerorientierten Lernsituationen und Lernformen zu kommen. Die Feststellung, dass es zufriedenstellende Arbeit im Team gebe, folgt die Feststellung, dass es ebenso zufriedenstellende auch ohne Team geben könne. Die Förderstufenleiterin berichtet von dem positiven Eindruck, den sie vom aktuellen vierten Team 5 habe. Dort habe man sich gegen den Montagmorgenkreis und den Klassenrat am Freitag entschieden.

In der Arbeitsgruppe 2 entschließt man sich, nach den Vorgaben des Papiers zu den "Elemente(n) der pädagogischen Neuorientierung" vorzugehen und zwei der aufgeführten Elemente näher zu untersuchen. Es wird die Frage gestellt, wie verbindlich diese Liste von Elementen sei. Darauf wird geantwortet, dass sie erst Verbindlichkeit für alle Jahrgänge erhalten könnte, wenn über ein Gesamtkonzept abgestimmt worden sei. Als erstes Element wird die "zusätzliche Klassenlehrerstunde" verhandelt. In der Diskussion schält sich heraus, dass diese Stunde wichtig sei, da zum Teil die Klassenlehrer(innen) nach Einsetzen der Fachleistungsdifferenzierung nur noch wenige Stunden mit der gesamten Klasse verbringen können. Das zweite Element, das verhan-

delt wird, ist "Schularbeit und Schulleben im Wochenrhythmus". Es soll sich dabei um feste Einrichtungen im Wochenablauf handeln, die dabei helfen sollen, Teile des Ablaufs zu ritualisieren, um somit den Schüler(inne)n Fixpunkte zu geben, an denen sie sich orientieren können. Solche Fixpunkte seien der Montagmorgenkreis und die Klassenratsstunde. In der Klassenratsstunde würden solche Dinge wie Verhandlungsleitung, Protokollführung und Diskussion gelernt. Der Montagmorgenkreis sei in den unteren Klassen zur Einführung in die Woche, Verarbeitung von Erlebnissen vom Wochenende und zur Vorbereitung von gemeinsamen Veranstaltungen innerhalb der Woche gedacht. Die anwesende Elternvertreterin möchte, dass darauf geachtet wird, dass bei den Erzählungen der Schüler(innen) auf die Wahrung der Privatsphäre geachtet wird. Die Einführung eines Wochenplanes, wie er an manchen Grundschulen üblich sei, scheint vielen Mitgliedern der Arbeitsgruppe an der Gesamtschule nicht mehr machbar zu sein, da er sich am Fachunterricht ausrichten müsste, der von verschiedenen Lehrer(inne)n erteilt würde, die sich somit genau abzusprechen hätten.

In der Arbeitsgruppe 3 wird die Frage der Offenheit der Teams hinsichtlich der Informationsweitergabe und die Integration anderer Lehrer(innen) in die Teamarbeit problematisiert. In dieser Arbeitsgruppe befinden sich die beiden Kontrahenten, Herr Faber und Herr Bernstorff, die hinsichtlich der Art und Weise der Integration des Informatik-Unterrichts in das Schulcurriculum gegensätzliche Positionen vertreten haben. Herr Faber, der inzwischen Stufenleiter 9/10 ist, möchte über die Zielsetzungen der Teamarbeit ausreichend informiert werden und beklagt sich darüber, dass die Teams in der Darstellung ihrer Arbeit organisatorische Gesichtspunkte in den Vordergrund rücken würden. Jede/r andere Lehrer/in müsse sich individuell einbringen können und werde durch die Team-Vorgaben zu sehr eingeengt. Dadurch, dass eine hohe Stundenzahl als Voraussetzung genannt werde, lasse sich fachfremder Unterricht nicht vermeiden. Durch Zusatzstunden in freier Arbeit steige darüber hinaus die Arbeitsbelastung. Seitens der Teams müssten endlich "fachinhaltliche" Ziele formuliert werden. Der Vorwurf der mangelnden Information wird von Herrn Bernstorff zurückgewiesen. Es seien in der Anfangsphase der Teamarbeit inhaltliche Diskussionen geführt worden und auch die Diskussionen, die es in den Fachkonferenzen über die Fachleistungsdifferenzierung gegeben habe, seien inhaltlicher Art gewesen. Er wird von anderen Mitgliedern der Arbeitsgruppe unterstützt, die vermuten, dass die häufige Klage über ein Informationsdefizit damit zusammenhänge, dass keine Bereitschaft bestehe, sich positiv mit der Team-Konzeption auseinanderzusetzen. Es existiere an der Comenius-Schule kein konservatives Gegenmodell zur Teamarbeit. Dafür gebe es eine Reihe von Lehrer(inne)n, die sich mit der Teamarbeit nicht anfreunden könnten, aber über kein eigenes Konzept verfügen würden. Das würde die Diskussion erschweren, da keine echten Kontroversen entstünden. Es wird vermutet, dass einzelne Aspekte durchaus mehrheitsfähig wären, es aber sich vielfach so darstelle, dass die Teamarbeit nur als Gesamtpaket verhandelt werden solle. Vieles wäre noch nicht klar genug. Dadurch entstehe der Eindruck von Zwang. Der fachfremde Unterricht stelle in der Tat ein Problem für viele Lehrer(innen) dar. Dem wird entgegengehalten, dass der fachfremde Unterricht kein so großes Problem sein könne, da er an den Waldorfschulen bis zum Jahrgang 8 erfolgreich praktiziert werde. Viele Lehrer(innen) an der Comenius-Schule würden ihre Tätigkeit als "Halbtagsjob" begreifen und wären deshalb nicht offen für Neuerungen, die durchaus mit Arbeit verbunden seien. Die ablehnende Haltung vieler Leh-

rer(innen) läge darin begründet, dass das erste Team eine zu starke Verbindung zur GEW-Schulgruppe gehabt hätte, dann gebe es Animositäten gegenüber einzelnen Lehrer(inne)n, welche die Teamarbeit vertreten würden und schließlich sei eine zu starke Anlehnung an ein fremdes Modell zu erkennen, wodurch man die eigenen Bedürfnisse aus den Augen verlieren könne. Negativ habe sich auch das Verhalten des Schulleiters ausgewirkt. Aus der Neubesetzung der Schulleiterstelle könnten sich Impulse für die Teamarbeit ergeben.

In der Arbeitsgruppe 4 wird wie in der Arbeitsgruppe 2 das Papier "Elemente der pädagogischen Neuorientierung" zur Grundlage genommen. Als erstes wird das Element "Zusätzliche Klassenlehrerstunde/Wochenrhythmus" erläutert und diskutiert. Die Woche beginne mit dem Montagmorgenkreis. Dazu wird von Herrn Seifert, dem Stufenleiter 7/8, aus der Praxis des Jahrgangs 6 berichtet. Arbeitsergebnisse würden vorgetragen, Sketche aufgeführt oder es würde aus einem Buch vorgelesen. Der Vorsitz sei rituell mit einem Symbol verbunden, es würde ein "Stöckchen" überreicht. Im Laufe der Woche könnten die Schüler(innen) Beschwerden, Anregungen usw. auf einen Zettel schreiben und in einen besonderen Kasten werfen. Am Ende der Woche würde dann in einer eigens dafür vorgesehenen Stunde der Inhalt der Zettel besprochen. Die Diskussion entzündet sich an der Frage, welche Unterrichtsstunde dafür genommen werden könnte. Als zweites wird das Element "Offener Anfang" diskutiert. Es wird darauf hingewiesen, dass es wenig Sinn mache, inhaltliche Angebote zu offerieren und dass es besser sei, ohne Programm den Tag zu beginnen. Zum Schluss wird der Vorschlag gemacht, auf den Gesamtkonferenzen den organisatorischen Teil zu beschränken und die freigewordene Zeit für die Diskussion von pädagogischen Fragen zu nutzen.

Die Arbeitsgruppe 5 orientiert sich ebenfalls an dem Papier "Elemente der pädagogischen Neuorientierung". Begonnen wird mit dem Element "fachfremder Lehrereinsatz". Die Lehrer(innen), die bisher nicht in Teams eingesetzt worden sind, bringen ihre Vorbehalte zum Ausdruck. Es wird befürchtet, dass das zu erwerbende Fachwissen im Team dem Prinzip der Konzentration des Unterrichts auf wenige Lehrer(innen) untergeordnet würde, woraus den Schüler(inne)n an weiterführenden Schulen ein Nachteil entstehen könnte. Dem solle man entgegenwirken, indem schon bei der Zusammenstellung der Teams auf eine ausgewogene Fächerverteilung geachtet würde. Fachfremder Unterricht solle die Ausnahme bleiben. Von den anwesenden Mitgliedern der bestehenden Teams wird diese Sichtweise als zu dramatisierend betrachtet. Sie geben zu verstehen, dass die Bedeutung des fachfremden Unterrichts bei weitem überschätzt würde. Als zweites wird das Element "Teamarbeit und Leistung" diskutiert. Dabei sei zur Sprache gekommen, dass aus dem Verlauf der Debatten um die Frage der Fachleistungsdifferenzierung, in denen zur Konsolidierung der Teamarbeit undifferenzierter Unterricht gefordert worden sei, bei vielen Lehrer(inne)n die Befürchtung geweckt worden wäre, dass Teamarbeit mit einem Verzicht auf Leistung verbunden sein müsse. In der Diskussion stellt sich heraus, dass zwischen Teamarbeit und Leistung durchaus kein Gegensatz bestehen würde. Doch müsse noch geklärt werden, in welchem Ausmaß und ab wann am sinnvollsten differenziert werden könne. Dies sei Aufgabe der Fachkonferenzen. Zum Element "Klassenrat und Montagmorgenkreis" wird kurz erläutert, was darunter zu verstehen sei und welche Bedeutung ihnen im Unterrichtsgeschehen zukomme. Als Problem erweist sich, dass es für diese Einrichtung keine Reservierungen im Stundendeputat gibt. Folglich wird die Befürchtung geäußert, dass die Durchfüh-

rung zu Lasten des Deputats des/r Klassenlehrer/in gehen würde, was wiederum die Befürchtung hervorruft, dass dadurch Fachunterricht fehlen würde. Es wird angeregt, auf die Stundenplangestaltung Einfluss zu nehmen, damit zusätzliche Klassenlehrerstunden bereitgestellt werden.

Nach den Arbeitsgruppen tritt das Plenum noch einmal zusammen und beschließt einen Antrag der Kommission zur Entwicklung eines Förderkonzepts, der beinhaltet, dass sämtliche Teams bzw. Jahrgangskonferenzen und Fachkonferenzen Anregungen und Wünsche bis zum 17.12.87 zusammentragen sollen, damit die Kommission auf dieser Grundlage ein Konzept entwickeln kann. Die Abstimmung gibt ein Meinungsbild des Kollegiums zur Weiterentwicklung der Schule wieder. Beteiligt haben sich 48 Lehrer(innen). Davon sind 36 dafür, 2 dagegen und 10 enthalten sich der Stimme.

Am 29. und 30.10.87 finden zwei außerordentliche Gesamtkonferenzen im Rahmen des Auswahlverfahrens für die Stelle des Schulleiters an der Comenius-Schule statt. Wegen der großen Anzahl der Bewerber(innen) ist es nicht möglich gewesen, diesen Teil des Auswahlverfahrens auf eine Konferenz zu beschränken.

Auf der Gesamtkonferenz vom 9.3.88 wird "auf Anregung der Fachkonferenz Gesellschaftslehre" eine Resolution eingebracht, die sich gegen die beabsichtigte Aufsplitterung des Faches Gesellschaftslehre in seine ursprünglichen drei Bestandteile Geschichte, Erdkunde und Sozialkunde wendet. Die in ihm enthaltene Aufhebung der Fächergrenzen spiegle den Stand der Wissenschaft wider, die einen interdisziplinären Ansatz in Forschung und Lehre vorsehe. Die vorgesehene Aufhebung des Faches Gesellschaftslehre bedeute auch, ein Integrationsfach, das als "Klassenlehrerfach" in den höheren Jahrgängen der Gesamtschule unentbehrlich sei, zugunsten einer Rückführung auf die traditionellen Fächer, die Bestandteil des traditionellen Schulsystems gewesen seien, aufzugeben. Die neue "Übergangsverordnung", in der ein Gutachten der Grundschulen vorgesehen sei, das allen Eltern aufgenötigt werde, also auch denen, die beabsichtigten, ihr Kind auf eine Gesamtschule zu schicken. Dieses Gutachten der Grundschulen bedeute eine Abkehr vom propagierten freien Elternwillen, da es ihnen die Entscheidung aus der Hand nehme. Die neue Stundentafel – also die Verteilung des Fachunterrichts auf die Jahrgänge – sehe eine Auslese der Schüler(innen) nach Schullaufbahn und Bildungsmöglichkeiten vor, also die frühzeitige Entscheidung über die berufliche Zukunft, was auch einer sozialen Auslese gleichkomme. Mit der Forderung nach der Vergleichbarkeit schulformbezogener Bildungswege werde die Arbeit integrierter Gesamtschulen in Frage gestellt. Diese Resolution, die zugleich eine bildungspolitische Stellungnahme beinhaltet, wird von der Gesamtkonferenz mit 31 Stimmen befürwortet, 4 Stimmen abgelehnt bei 4 Enthaltungen. Sie wird nach ihrer Verabschiedung an die Landtagsabgeordneten der Region geschickt.

Im Oktober tritt eine Fachbereichsleiterkonferenz unter Vorsitz von Herrn Gerdes, dem Leiter des Staatlichen Schulamts, zusammen, um unter seinem Vorsitz die Klassenzusammensetzung im neuen Jahrgang 5, Hospitationen an den Grundschulen und Fragen der inneren Differenzierung zu besprechen. Er vertritt Herrn Böhmer, der sich in den Ruhestand verabschiedet hat. Eine weitere Fachbereichsleiterkonferenz im Dezember beschließt das Zusammentragen der Ergebnisse eines "Brainstorming" in den Fachbereichen, während dessen sich die Lehrer(innen) posi-

tiv oder negativ zur Teamarbeit äußern konnten. Das im Januar 1988 veröffentlichte Ergebnis zeigt aber keine Abweichungen zu den bereits auf den beiden letzten Pädagogischen Gesamtkonferenzen geäußerten Meinungen. Auf der Fachbereichsleiterkonferenz am 24.2.88 erteilt Herr Gerdes der Schulleitung den Auftrag, ein "pädagogisches Konzept zur Weiterentwicklung der Schule" zu entwickeln, das auf einer der nächsten Gesamtkonferenzen vorgestellt werden soll. Diese Orientierung auf die Fachbereiche, die der Leiter des Staatlichen Schulamts möglicherweise auf Grund mangelnder anderweitiger Ansprechmöglichkeiten vorgenommen hat, scheint allerdings zu zeigen, dass den "pädagogischen" Argumenten der Vertreter des Team-Modells nicht mehr eine so große Bedeutung zugemessen werden soll, sondern dass in erster Linie daran gedacht ist, die fachbezogenen Aspekte einer schulischen Weiterentwicklung in den Vordergrund zu stellen.

Am 2.5.88 wird der neue Direktor eingeführt. Die Situation der Fortführung des Team-Modells ist sehr schwierig geworden, und so wird von den einen mit seiner Person die Erwartung verknüpft, der Teamarbeit die notwendigen Impulse zu verleihen, von den anderen dagegen, die bestehenden Vorbehalte zu berücksichtigen.

2.2.3 Phase III Die Umgestaltung der Schule ohne Umgestaltung des Unterrichts (1988-93)

Was in der Zeit bis 1983/84 mit verschiedenen Einzelinitiativen zur Bewältigung der Masse von Schüler(inne)n beim Durchzug des ersten "Schülerberges" beginnt und was ab 1984/85 bis 1987/88 in einen Versuch zur Umgestaltung der Schule hin zu einem Reformkonzept ausmündet, wird nun von einer Phase abgelöst, wo die Umgestaltung zwar weiter betrieben wird, aber nur noch am Rande vom Unterricht und von der Erziehungsfunktion der Schule die Rede ist.

Der neue Schulleiter achtet gleichzeitig genau auf die Einhaltung der formalen Regeln des Schulbetriebes. Dadurch wird der/die einzelne Lehrer(in) in die Situation gebracht, sich nicht mehr so sehr gegenüber Schüler(inne)n, anderen Lehrer(inne)n und Eltern verantwortlich zu fühlen, sondern in erster Linie gegenüber ihm, d.h. dem Repräsentanten staatlicher Ordnungsmacht an der Schule. Er ist zwar bereit, die ihm auferlegte Verantwortung im Rahmen seiner Aufsichtspflicht großzügig zu handhaben, betreibt aber aktiv einen Orientierungswechsel, indem er den "Betreibern" der Umgestaltung die Frage vorlegt, wie sie die formellen Anforderungen einzuhalten gedächten bzw. welche Bedeutung sie diesen in ihren Reformkonzepten beigegeben hätten.

2.2.3.1 Der neue Weg der Reform nach dem Amtsantritt des neuen Direktors 1988

Als Ergebnis des Auswahlverfahrens haben sich die Vertreter der Schulaufsichtsbehörde dafür entschieden, Herrn Lammers mit der Aufgabe zu betrauen, die Comenius-Schule in Zukunft zu leiten.⁵² Er tritt – wie bereits erwähnt – sein Amt am 2.5.88 an. Das gesamte Kollegium begeg-

⁵² Herr Lammers war 3 Jahre an einer Gesamtschule tätig, danach 5 Jahre in einer Verwaltungstätigkeit, dann wieder ungefähr 1 Jahr im Schuldienst. Seine professionellen Erfahrungen als Lehrer sind daher nicht vergleichbar mit denen des Kollegiums, das sich zu diesem Zeitpunkt zum größten Teil weit über 10 Jahre im Schuldienst befindet. Daraus erklären sich vermutlich auch sein Unverständnis gegenüber der Perspektive von bereits lange im Beruf befindlichen Lehrer(inne)n und ihrem "Jargon". Er bevorzugt die

net ihm mit sehr viel Wohlwollen und Verständnis dafür, dass die Situation für jemanden, der von außen kommt, sehr unübersichtlich und verworren erscheinen muss.

Herr Lammers beginnt sofort damit, die Gesamtkonferenzen klar zu strukturieren. Der Pädagogische Leiter wird bereits in der ersten Gesamtkonferenz mit ihm am 18.5.88 beauftragt, einen Konferenzplan zu erstellen. Am Anfang jeder Gesamtkonferenz steht von nun an ein umfangreicher Informationsteil mit formalem Lob für zusätzlich erbrachte Leistungen in der Lehrerschaft.⁵³ Statt übergreifender Konzepte spricht sich Herr Lammers für die Umsetzung zahlreicher kleiner "Vorhaben" aus, deren Gelingen realistisch sei. Als erste Initiative wird eine Schulgarten-AG eingerichtet, die auf Grund von Anregungen der Ausstellung zum Umweltschutz vom 9.-11.6.88 in der Schule zustandekommt. Auf der Gesamtkonferenz am 28.9.88 wird sie offiziell beauftragt. In der nächsten Gesamtkonferenz am 23.11.88 wird von den Bemühungen berichtet, den Versuchsantrag vom 11.12.86 wegen einem Förderkonzept am Nachmittag mit einer dazwischenliegenden Mittagsbetreuung in Gang zu bringen. Aus dem Kultusministerium gebe es bisher noch keine Antwort, der Schulträger sei allerdings bereit, für diese Zwecke einen Anbau an das Schulgebäude zu finanzieren. Auf der Gesamtkonferenz am 31.5.89 berichtet Herr Volland – der jetzt wieder die Rolle des stellvertretenden Direktors übernommen hat – von der Gründung eines "Fördervereins" für die Comenius-Schule anlässlich der letzten Schulleiterbeiratssitzung. Am 13.9.89 erläutert Herr Lammers der Gesamtkonferenz, was er sich unter "Vorhaben" vorstellt. Die Lehrer(innen) hätten sich ständig zu motivieren und weiterzubilden und Bilanz zu ziehen über das, was sich bewährt habe und was man wieder aufgeben könne. In den Fachkonferenzen würden immer wieder bestimmte Schwerpunkte auftauchen. In der Fachkonferenz Deutsch wären das Themen wie Rechtschreibung, Jahresarbeiten, Kommasetzung und der Einsatz der Bibliothek; in der Fachkonferenz Mathematik die Notensprünge zwischen den Jahrgängen 8 und 9; in der Fachkonferenz Naturwissenschaften wären es die Schüler(innen)versuche; in der Fachkonferenz Polytechnik die Einbeziehung des Schulgartens in den Unterricht und in der Fachkonferenz Englisch die Vorbereitung von 6 Hospitationsstunden durch einen Vertreter des Staatlichen Schulamts. Das wären allerdings nur Beispiele. Jeder Fachbereich erhalte den Auftrag, sich ein Vorhaben zu überlegen, mit dem Pädagogischen Leiter abzusprechen und bis zu den Herbstferien abzugeben. Auf der nächsten Gesamtkonferenz am 15.11.89, die als Pädagogische Gesamtkonferenz vorgesehen ist, sollten diese Vorhaben "bearbeitet" werden. Die Nutzung des Schulgartens, der allerdings noch nicht fertig ist, stellt er sich so vor, dass jeweils ein Jahrgang in Absprache mit der "Jahrgangskonferenz", also dem jeweiligen Team, die Patenschaft für ein Beet übernehmen müsse. Auf der nächsten Gesamt-

Schüler(innen)perspektive oder er nimmt eine Außenperspektive ein, wenn schulische oder erzieherische Probleme verhandelt werden.

⁵³ Das insofern problematisch, als dass es keinen klaren Maßstab für zusätzliche oder einfach nur notwendige Leistungen gibt. So bleiben, wenn man sich dessen bewusst ist und es sehr genau machen will, auf Grund der hohen Anzahl dann immer einige Leistungen unberücksichtigt. Da der Direktor für die Lehrer(innen) eine zentrale Figur in der Schule ist, wird aus einer solchen Verteilung von Lob ein Maßstab für die Wertschätzung der eigenen Person. Wenn jemand vergessen worden ist, fragt er sich sofort, welche Absicht dahinter gesteckt haben mag. So entsteht sehr schnell eine neue Form der Frontbildung im Kollegium. Herr Lammers stellt diese Form des öffentlichen Lobes erst ein, nachdem ihm aus dem Kollegium heraus mitgeteilt worden ist, welche Folgen damit verbunden sind.

konferenz am 15.11.89 ist keine Rede mehr von Herrn Lammers' Initiative. Der geplante zweite Teil der Konferenz zu den "Vorhaben der Fachbereiche" kommt nicht zustande. Der Rücklauf aus den Fachbereichen ist nicht in ausreichendem Maß erfolgt. Die Stützung der Weiterentwicklung der Schule von den Fachbereichen aus, also von der konzeptionellen Basis der Kritiker(innen) des Team-Modells, hat sich demnach als nicht geeignet erwiesen.

Im Schuljahr 1989/90 befinden sich die Schüler(innen) des ersten Teams in der Jahrgangsstufe 10, werden also im Sommer die Schule verlassen. Auf einer Team-Sitzung am 17.1.90 findet ein Gespräch mit Herrn Lammers und Herrn Faber, dem Stufenleiter 9/10 statt, wo über die Perspektiven eines neuen Einsatzes als Team im neuen Jahrgang 5 ab dem Schuljahr 1990/91 beraten werden soll. Herr Lammers empfindet den Beginn der Planung als sehr früh. Es sei noch eine Menge Arbeit zu leisten bis zum Ende der Jahrgangsstufe 10. Es gebe einige nicht voraussehbarer Faktoren wie die Zahl der Schüler(innen), die tatsächlich auf die Comenius-Schule wechseln würden und eine neue "Pflichtstundenverordnung", die eine genauere Planung nicht erlauben würden. Es sei auch nicht sinnvoll, im Lehrerzimmer eine Liste für die Interessent(inn)en am neuen Jahrgang 5 auszuhängen, da am Ende des Schuljahres einige Lehrer(innen) aus den Grundschulen zurückerwartet würden und auf einer solchen Liste keine Berücksichtigung finden könnten. Die Liste würde Unruhe ins Kollegium tragen und Kräfte binden, da auf diese Weise frühzeitig mit einer Diskussion begonnen würde. Es gehe jetzt darum, "innezuhalten und Bilanz zu ziehen". Aus dem ersten Team wird darauf geantwortet, dass die Planung jetzt vorzunehmen durchaus sinnvoll sei, da zum Schuljahresende hin Terminprobleme entstehen würden. Jetzt biete sich die Möglichkeit, in Ruhe über die Anzahl von Lehrer(innen)stunden zu reden, die jedes Teammitglied voraussichtlich einbringen könnte. Der Aushang sei wichtig, um das Team gegenüber dem Kollegium offen zuhalten. Wenn frühzeitig mit einer Planung begonnen werde und diese transparent erfolge, dann würden auch die informiert, die Interesse hätten, also auch die Lehrer(innen), die noch an den Grundschulen arbeiten würden. Frühzeitige Planung heiße aber auch, daran beteiligt zu sein. Dann wisse man rechtzeitig, ob und wie man in Zukunft eingesetzt werde. Das sei wichtig für die Motivation und für die Identifikation mit der Comenius-Schule. Die Schulleitung dagegen habe schon jetzt Setzungen vorgenommen, indem sie zwei Lehrer(inne)n, die zur Zeit noch an der Grundschule arbeiten würden, zugesichert hätte, dass sie ihre Klassen an der Gesamtschule weiterführen könnten. Das erste Team sei ein freiwilliger Zusammenschluss gewesen, was man von den übrigen Teams nicht immer sagen könnte. Es habe die Teamkonzeption entwickelt, die nach wie vor aktuell sei. Das Kernstück der Teamarbeit bestehe darin, mit möglichst wenig Lehrer(inne)n und mit möglichst vielen Stunden im Jahrgang und in der eigenen Klasse präsent zu sein. Herr Lammers entgegnet darauf, dass er froh darüber sei, wenn ein Jahrgang seine Arbeit selbst in die Hand nehmen würde. Bedenken habe er aber, wenn er daran denke, dass es bei frühzeitiger Planung zu Rückfragen seitens der Eltern kommen könnte. Fachfremder Unterricht stelle ein "besonderes Moment der Bewährung" dar. Dann sei es für ihn problematisch, wenn Unterricht über einen langen Zeitraum von nur einem/r Lehrer(in) unterrichtet würde. Die Schüler(innen) seien dieser Person dann "ausgeliefert". Von den Team-Lehrer(inne)n wird dagegen eingewandt, dass die Arbeit in einem Jahrgangsteam genau dies verhindere. Die Schüler(innen) blieben im Jahrgang nicht mit ihren Problemen allein. Eine Ansprechperson unter den Lehrer(inne)n, die nicht mehr

so anonym wären wie unter normalen Gesamtschulbedingungen, fände sich immer. Was den fachfremden Unterricht betreffe, so habe man durch eine Untersuchung festgestellt, dass er im Rahmen der Teamarbeit weitaus seltener geworden sei als vorher. Bilanz ziehe man ständig, wenn man sich treffe und über die eigene Arbeit rede. Herr Lammers erklärt sich bereit, Anfang Februar einen Aushang zu machen, möchte dann aber beobachten, was "los gestoßen" würde.

Auf der Gesamtkonferenz vom 14.3.90 wird eine "Pädagogische Bilanz" der bisherigen Entwicklung an der Comenius-Schule gezogen. In dem von Herrn Posner, dem Pädagogischen Leiter, und Herrn Lammers unterzeichneten Vorlage für die Gesamtkonferenz, die auf das Ergebnispapier einer Arbeitsgruppe zu diesem Thema zurückgeht, ist zwar von einer "Bilanz der Teamarbeit" die Rede, die Einladung und das Protokoll sprechen aber nur von einer "Pädagogischen Bilanz".⁵⁴ In der Vorlage werden noch einmal die "Elemente" der Teamarbeit aufgezählt und es wird festgestellt, dass über sie "ungeachtet einiger abweichender Äußerungen" breiter Konsens im Kollegium bestehen würde.⁵⁵ Daraus lasse sich schließen, dass sie bereits "Tradition" geworden seien. Umstritten sei allerdings das "Bändermodell", das den Einsatz von Lehrer(inne)n in einem Fach und jeweils einem Fachleistungskurs pro Band erlaube. Damit besteht die Möglichkeit, mit doppelter Stundenzahl im Jahrgang eingesetzt zu werden. Diese Konzeption sei bis zum Jahrgang 8 verbindlich, werde auch von der Mehrzahl der Lehrer(innen) für vorteilhaft angesehen, sei in der Praxis aber oft nicht realisiert worden. Die Frage der Fachleistungsdifferenzierung sei zur Zeit "nicht konsensfähig". In der Diskussion werden die Vorteile des/r zweiten Klassenlehrers/in hervorgehoben, was aber von Herrn Volland, der in der Schulleitung für den Stundenplan zuständig ist, relativiert wird. Er reklamiert einen Spielraum für sich, den er brauche, um besondere Situationen zu bewältigen. Es gibt in der weiteren Diskussion Übereinstimmung darüber, dass dieses Bilanzpapier nicht abgestimmt werden soll. Damit sei lediglich die Möglichkeit eröffnet worden, sich daran zu orientieren. Verbindlichkeit bestehe nicht. Dies geht einigen Lehrer(inne)n aber noch nicht weit genug. Es müsse schon ein "verbindliches gemeinsames Konzept" geben. Doch müsse dies mit weniger libertären Auffassungen

⁵⁴ Das entspricht den Äußerungen von Schulleitungsmitgliedern (LAMMERS, FABER) gegenüber Lehrer(inne)n des ersten Teams, in denen davon die Rede ist, dass die Team-Konzeption ein "Auslaufmodell" sei.

⁵⁵ Die in der Vorlage zusammengetragenen "Elemente" lauten wie folgt:

- viel Unterricht in der eigenen Klasse/ viel Unterricht im eigenen Jahrgang, beides mit der Konsequenz: weniger Lehrer im Jahrgang
- Amt des stellvertretenden Klassenlehrers
- Einrichtung von Jahrgangsfloren und eigenen Klassenräumen
- individuelle Ausgestaltung von Klassenräumen, Sozialflächen und Floren
- Offener Anfang, offene Flure, offene Klassen
- soziale Strukturierung der Klassen in Tischgruppen, die von Lehrern mitgestaltet und verantwortet werden
- Möglichkeit von qualifizierteren und intensiveren Gesprächen über Schüler (bessere Beurteilung möglich)
- Möglichkeit zu Klassenratsstunde, Montagmorgenkreis und anderen "Ritualen" (Schülerorientiertheit)
- Verbesserung der Möglichkeit, Hinweise für die eigene Unterrichtsgestaltung auszutauschen
- Erleichterung der Möglichkeit für die Lehrer, sich gegenseitig zu Innovationen anzuregen/ Diskussionen über neue Inhalte
- Durchführung von Jahrgangsveranstaltungen, vor allem in den Jahrgängen 5 und 6
- Möglichkeit für "Freie Arbeit", vor allem in den Jahrgängen 5 und 6.

verbunden sein. Es wird die Schließung der Flure vorgeschlagen. Dieser Einwand ruft bei Befürwortern der Teamkonzeption die Befürchtung hervor, dass die einsetzende Diskussion zu einer weiteren Verschlechterung führen könne und es wird vorgeschlagen, die Diskussion in die einzelnen "Jahrgangskonferenzen", wie die Teams jetzt genannt werden, zurückzugeben. Das lässt sich aber nicht mehr realisieren und es wird darüber gestritten, was ein "Profil" sei, das die Schule nun haben solle. Der Begriff "Profil" ruft die Befürchtung hervor, dass dies eine Möglichkeit zur Gängelung sei. Deshalb solle der Begriff nicht statisch verstanden werden. Es müsse jedem überlassen bleiben, wie er es ausfüllen wolle. Der Pädagogische Leiter kommentiert die Auseinandersetzung, indem er vermutet, dass die sich im vorgelegten Papier widerspiegelnde Ausgewogenheit symptomatisch wäre für die derzeitige Situation an der Schule. Herr Lammers möchte mit "Profil" die äußeren Gegebenheiten wie Jahrgangsflore, wenig Lehrer(inne)n in einem Jahrgang usw. verbinden. Er könne mit "vorgegebenen Prinzipien" auch nichts anfangen und halte es für sinnvoller, wenn ein Lehrer nach dem Stil unterrichte, der seiner Persönlichkeit entspreche. Herr Faber betont den Angebotscharakter der in dem Bilanzpapier aufgezählten Punkte. Jeder könne sich dort etwas aussuchen, sei aber nicht dazu gezwungen. Die Schulleitung stehe Wünschen positiv gegenüber und versuche, sie zu erfüllen.

Auf der nächsten Gesamtkonferenz am 30.5.90 gibt Herr Volland bekannt, dass der Antrag auf "Pädagogische Mittagsbetreuung" vom Kultusministerium abgelehnt worden sei. Die Anbauplanung, die unabhängig davon vom Schulträger betrieben wird, stagniere zur Zeit.

Die Verabschiedung der ersten Schüler(innen), die ab dem Schuljahr 1984/85 im Rahmen des Team-Modells unterrichtet worden sind, ist von Missverständnissen begleitet. Es ist der erste Team-Jahrgang, der die Schule verlässt, muss aber feststellen, dass er genauso mit Misstrauen behandelt wird, wie die Jahrgänge vorher. Die Abschlussaktion am 18.6.90 wird auf Grund schlechter Erfahrungen mit dem letzten Abschlussjahrgang verboten. Herr Lammers und der Stufenleiter 9/10, Herr Faber, schlagen einen Konfrontationskurs ein, der soweit eskaliert, dass die örtliche Zeitung eingeschaltet wird.⁵⁶

In der Gesamtkonferenz vom 19.9.90 berichte Herr Lammers von Klagen über auffälliges Schüler(innen)verhalten. Nur ein "gemeinsames Verhalten des Kollegiums" könne etwas bewirken. Dazu gehöre der pünktliche Beginn des Unterrichts und die "aktive Wahrnehmung" der Aufsichten. Der Ordnungsdienst, den es schon seit Jahren gibt und den eine Klasse pro Woche durchzuführen hat, solle vorher mit den Schüler(inne)n besprochen werden. Die Klassenlehrer(innen) seien dazu aufgerufen, diesen Ordnungsdienst "vor(zu)bereiten". Um Engpässe und Geldausgaben zu vermeiden, sei der Umgang mit den Schulbüchern zu kontrollieren. Es sei bei den Klassenräumen und "Gemeinschaftsflächen" auf ihren Zustand zu achten. Die Lehrer(innen) seien aufgefordert, Nachdruck auf das Aufräumen nach Schul- und Stundenschluss zu legen, damit die Schüler(innen) "eine Orientierung" hätten. Auch diene dies der "eigenen Psychohygiene" des Kollegiums.

⁵⁶ Vgl. dazu Bd.2 (Ergänzungsband), S.152

Die Gesamtkonferenz vom 16.1.91 zeigt die Linie auf, wie sie nach der Meinung von Herrn Lammers eingeschlagen werden soll. Als wesentlich wird die Außendarstellung der Schule angesehen. Es ist im Lehrerzimmer lange Zeit der Entwurf für ein "Logo" der Comenius-Schule ausgehängt gewesen, angefertigt von einem Kunstlehrer der Schule. Dieser Entwurf ist auf wenig Gegenliebe gestoßen. Überraschend für das Kollegium sind in der Gesamtkonferenz zwei Werbefachleute anwesend, die einen professionellen Entwurf präsentieren sollen. Herr Lammers präsentiert die Herren als das Ergebnis seiner Suche nach einem "Markenzeichen" für die Schule. Ihr Entwurf für ein Logo solle dazu dienen, der "lieblos auf die grüne Wiese gebauten Schule" ein Profil zu geben. Mit dem Logo sei ein bestimmtes Erscheinungsbild verbunden, das sowohl nach innen, als auch nach außen wirken könne. In der Vorstellung des Entwurfs spielen bei den Werbefachleuten auch Vorstellungen des "Corporate-Identity"-Konzepts⁵⁷ eine Rolle, die sich mit den von Herrn Lammers vorgetragenen Gedanken vom "Management" der Schule verbinden lassen. Der Entwurf wird anschließend kontrovers diskutiert. Es gibt Einwände wegen seiner Einfachheit, die an eine Schüler(innen)zeichnung erinnere. Herr Lammers möchte das Logo nicht zur Abstimmung stellen, sondern es erst noch mit dem Personalrat, dem Schulleiterbeirat und der SV diskutieren. Er wolle es aber nicht gegen den Willen des Kollegiums durchsetzen. Der Pädagogische Leiter informiert danach die Konferenz, dass die vor Ostern erscheinende Broschüre zum Wahlpflichtbereich mit dem Logo versehen sein werde.

Die Landtagswahl am 20.1.91 hat einen erneuten Regierungswechsel zur Folge. Die CDU/FDP-Koalition wird durch eine neue rot-grüne Koalition abgelöst. In der Bildungspolitik bedeutet dies, dass der Druck von den Gesamtschulen genommen wird und Regelungen der früheren Regierung wie z.B. die Aufteilung des Faches Gesellschaftslehre wieder rückgängig gemacht werden.

Auf der Gesamtkonferenz vom 20.3.91 gibt Herr Lammers bekannt, dass die überall in den Klassen im Rahmen der Teamarbeit eingerichtete Sitzecke mit Polstermöbeln abgeschafft werden würde und keine Neueinrichtung mehr vorgenommen werden dürfe. Als Grund wird deren leichte Entflammbarkeit angegeben. Ebenso werde das Bemalen oder Tapezieren der Klassenräume nicht mehr genehmigt. Dazu wird der Vorschlag gemacht, bei einem Klassenraumwechsel eine Renovierung, d.h. ein Überstreichen der bereits tapezierten Wände vorzunehmen, so dass die nachfolgende Klasse eigene Gestaltungsmöglichkeiten für den Raum habe.

In der gleichen Gesamtkonferenz werden auf die Initiative des Schulleiters hin 2 Ausschüsse gebildet, ein "Bauausschuß" (Lammers, Schulleiter; Volland, Stellvertreter [Vorsitz]; Gradnitzer; Kauffeld; Maiwald) und ein "Pädagogischer Ausschuss" (Lammers, Schulleiter; Posner, Pädagogischer Leiter [Vorsitz]; Bernstorff; Gradnitzer; Hossbach; Peukert; Ruschmeyer) Als Begründung für den Bauausschuss wird angegeben, dass in diesem Jahr mit dem lange geplanten Anbau begonnen werde, als Begründung für den Pädagogischen Ausschuss werden sich abzeichnende Veränderungen angeführt. So sei von der neuen Landesregierung die Rückgabe

⁵⁷ Das Corporate-Identity-Konzept stammt aus den 80er Jahren und ist zu dieser Zeit eine häufig eingesetzte Methode, um die Belegschaft einer Firma enger an sich zu binden. Die Identifikation mit dem Betrieb soll über die Herstellung von Gemeinsamkeiten, die sich an Symbolen festmachen lassen, erfolgen.

der Entlastungsstunden für Gesamtschullehrerinnen⁵⁸ (Koordinationsstunden) als Deputatsstunden⁵⁹ vorgesehen und es sei beabsichtigt, "reformpädagogisch orientierte Gesamtschulen in ihrer Arbeit zusätzlich zu fördern". Deshalb solle der Pädagogische Ausschuss Vorschläge zur Weiterentwicklung der Comenius-Schule erarbeiten.

Herr Ruschmeyer konkretisiert diese Aufgabe und stellt einen Antrag zur Organisation des Pädagogischen Ausschusses. Demnach soll zu seinen Aufgaben die Verteilung der Deputatsstunden, die Vorbereitung eines Versuchsantrages zur Teamarbeit, die Ausarbeitung eines Konzepts zur Mittagsbetreuung und die Erstellung einer Abstimmungsvorlage für die nächste Gesamtkonferenz im Mai 1991 sein. Das Kollegium sei durch Protokolle zu informieren, die im Lehrerzimmer ausgehängt werden, und das Kultusministerium sei auf dem Dienstweg über die Absichten der Comenius-Schule zu informieren. Der Antrag wird laut Protokoll einstimmig angenommen. Die Unterrichtsverteilung im kommenden Schuljahr ist dann Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen. Herr Lammers erklärt, dass zwischen Einzelinteressen und Gesamtinteresse abgewogen werden müsse. Es gebe also Grenzen für die Durchsetzung persönlicher Wünsche. Die letztendliche Entscheidung sei Sache des Schulleiters. Für den Personalrat trägt Herr Bernstorff vor, dass die Beschlüsse des künftigen Jahrgangs 5, die auf seiner Sitzung am 6.3.91 gefaßt worden seien, offenbar keine Gültigkeit hätten. Bei der Verteilung von Einladungen seien Interessenten, ohne dass Rücksprache mit ihnen genommen worden wäre, aus dem Verteilungsschlüssel verschwunden. Somit gebe es keine Transparenz mehr bei der Planung. Der Personalrat könne dies nicht billigen.

Dann gebe es Irritationen bei der Zusammensetzung der Klassen des künftigen Jahrgangs 5. Die Grundschulklassen würden in kleine Gruppen aufgeteilt, so dass die übliche Mischung nicht stattfinden könne. Herr Lammers erklärt dazu, dass es sehr problematisch sei, Sitzungen zugunsten eines einzigen Jahrganges vorzunehmen. Es sei begrüßenswert, wenn von Seiten des Kollegiums Vorklärunen vorgenommen würden, doch könne nicht das "Windhundprinzip" gelten, wonach diejenigen, die zuerst kämen, die Plätze besetzen würden. Seine Aufgabe wäre es, die Gesamtheit des Vorganges im Auge zu behalten. Manche Dinge könnten nicht "auf dem Markt" ausgetragen werden, sondern seien diskret zu behandeln, wie es die ADO⁶⁰ auch aus gutem Grund vorsehe. Herr Volland konkretisiert die genannten Vorgänge aus seiner Sicht als stellvertretender Schulleiter, der mit der Stundenplangestaltung betraut ist und deshalb über den Unterrichtseinsatz der Lehrer(innen) entscheidet. Es sei in der Jahrgangskonferenz der künftigen Klassen 5, die schon vorab getagt hat, kein Beschluss gefasst worden. Dann gebe es kaum die Möglichkeit, die Lehrer(innen) aus dem aktuellen Jahrgang 10 in den Jahrgang 5 zu übernehmen. Absprachen zwischen Lehrer(inne)n aus dem Jahrgang 10 und den Jahrgängen 6 und 7 mit dem Ziel, eine Regelung zu finden, doch noch in der Jahrgangsstufe 5 unterrichten zu können, würden zu "Setzungen" führen, die in dieser Weise nicht akzeptiert werden könnten. Herr

⁵⁸ Sie waren vorher vom Landesrechnungshof kassiert worden, weil in einer Erhebung nachgewiesen worden war, dass ihrer Voraussetzung, regelmäßig stattfindenden Koordinationskonferenzen, nicht mehr entsprochen wurde.

⁵⁹ Das Schuldeputat sind alle der Schule zugewiesenen Entlastungsstunden.

⁶⁰ Allgemeine Dienstordnung

Bernstorff bekräftigt seine Forderung nach mehr Transparenz der Entscheidungsprozesse. Zur Frage der Zusammensetzung der Klassen 5 erläutert Frau Wappner, an die inzwischen die Zusammensetzung wieder delegiert worden ist, dass es der Wunsch der Grundschullehrer(innen) gewesen sei, ihre Klassen in kleine Gruppen von 3 bis 4 Schüler(inne)n aufzuteilen. Ansonsten würden die Schüler(innen) wie üblich nach Leistungsstärke, Geschlecht und Heimatort gemischt. Es sei aber durchaus möglich, dass sich in einer Klasse zwei Gruppen aus einer Grundschulklasse wiederfinden könnten. Ihr wird entgegengehalten, dass es eine Beschlusslage zu dieser Frage gebe, wonach das zu bildende Team an der Zusammensetzung zu beteiligen sei. Herr Lammers weist auf die Komplexität der Aufgabe hin, die mit der Klassenzusammenstellung verbunden sei. Der Entwicklungsstand der Schüler(innen) am Ende der Grundschule lasse sich nicht festschreiben. Außerdem gebe es häufig unterschiedliche Aussagen und Wünsche der "Beteiligten". Die Schulleitung werde sich darum bemühen, die bestmögliche Zusammensetzung für eine optimale Arbeit in den kommenden sechs Jahren, in denen die Schüler(innen) die Comenius-Schule durchlaufen, zu erreichen.

Auf der Gesamtkonferenz am 22.5.91 wird vom Pädagogischen Ausschuss zunächst ein Papier über die aktuelle Verteilung der Deputatsstunden eingebracht. Neben der Entlastung der Fachbereichsleiter ist noch eine auf das kommende Schuljahr befristete Entlastung der Teamsprecher(innen) und der Klassenlehrer(innen) vorgesehen, die mit der Jahrgangskoordination begründet wird.

Danach wird der "Antrag zur Genehmigung eines Schulversuchs als Angebotsschule mit dem Team-Kleingruppen-Modell zum 1.8.91", der vorher in dem neugebildeten "Pädagogischen Ausschuss" in vier Sitzungen von April bis Mai 1991 vorbereitet worden ist, vorgelegt und zur Diskussion gestellt. In der Vorbemerkung wird festgestellt, dass es im Kollegium der Comenius-Schule einen "breiten Konsens" über eine große Anzahl von Elementen der Teamarbeit gebe und die Schule sich nun im siebten Jahr um ein Reformkonzept bemühe, ohne personelle und materielle Unterstützung diese positive Entwicklung aber nicht durchhalten könne. Es wird anschließend dargelegt, dass die Koordination im Team ein "über das normale Maß hinausgehendes pädagogisches und zeitliches Engagement" erforderlich mache und somit in Zukunft eine regelmäßige Entlastung in der Unterrichtsverpflichtung nach sich ziehen müsse. Das betreffe vor allen Dingen die beiden Klassenlehrer(innen), aber auch die Teamsprecher(innen), die für die Koordination mit den anderen Teams und mit der Schulleitung verantwortlich sind. Dann sei es notwendig, die weitere Entwicklung der Schule zu planen und zu koordinieren. Dazu solle eine "Planungsgruppe" gebildet werden, die aus Schulleiter, Stellvertreter, Pädagogischem Leiter, einem Personalratsmitglied und vier weiteren durch die Gesamtkonferenz gewählten Mitgliedern bestehe. Wenn diese "Planungsgruppe" um eine/n Vertreter(in) aus je einem Jahrgangsteam erweitert würde, wäre dies der "Pädagogische Ausschuss". Dann benötige man noch Stundenentlastung für diverse Projekte, die ein bis zwei Jahre in Anspruch nehmen könnten. Das sei unter anderem ein Projekt "Freies Lernen" in den Jahrgängen 5 bis 7, bei dem es um "Materialbeschaffung, Zusammenstellung und Information der Teams" gehe, dann "Vorhaben" in den Jahrgängen 8 bis 10, "Medien", "Schulbibliothek" und dann noch kleinere Schwerpunkte wie "Erstellung von Arbeitskarteien, Wochenplanarbeit usw." Im Hinblick auf die "veränderte Situation in Familie und Gesellschaft" sei es erforderlich, am Nachmittag zur Ergänzung des

Pflicht- und Wahlpflichtunterrichts am Vormittag Angebote zu machen, die Wahlunterricht und Kurse von "freien Trägern" wie Vereinen, lokalen Betrieben, Institutionen umfassen können. Die Einbeziehung der Cafeteria würde es den Schüler(inne)n erlauben, die Mittagszeit zu überbrücken und die Angebote wahrzunehmen. Diese Veranstaltungen sollten an drei Tagen der Woche stattfinden. Der vom Schulleiter unterzeichnete Antrag schließt mit der Bemerkung, dass die Comenius-Schule als "Beispiel angesehen werden (könnte), wie ein großes anonymes Gesamtschulsystem durch Jahrgangsbefugung der Arbeit organisatorisch und didaktisch neu geordnet" worden sei. Der Antrag wird nach kurzer Beratung, bei der es im Wesentlichen nur um die Klärung von Sachfragen geht, abgestimmt. Dafür sind 41 Lehrer(innen), dagegen zwei bei sieben Enthaltungen.

Im Sommer 1991 wird mit dem lange geforderten Erweiterungsbau begonnen, der die Cafeteria und die Schulbibliothek beherbergen soll. Auf der ersten Gesamtkonferenz des Schuljahres 1991/92 am 18.9.91 wird die Planungsgruppe ins Leben gerufen. Ihr gehören 3 Schulleitungsmitglieder (Schulleiter, Stellvertreter, Pädagogischer Leiter) und ein Personalratsmitglied an. Gewählt werden Frau Neubert, Herr Kauffeld, Herr Naumann und Herr Ruschmeyer. Assoziiert werden Frau Büsken (SV) und Herr Gradnitzer (Schulbibliothek). Der Elternbeirat soll noch angesprochen werden.

Die Gesamtkonferenz am 22.10.91 ist eine Konferenz im Rahmen des Auswahlverfahrens für die Stelle des Stufenleiters 9/10, die inzwischen vakant geworden ist, weil Herr Faber an einer anderen Schule die Stelle eines stellvertretenden Schulleiters angetreten hat. Es gibt 3 Bewerber. Von der Comenius-Schule haben sich Herr Dreiling und Herr Ruschmeyer beworben. Am 20.5.92 wird in der Gesamtkonferenz bekanntgegeben, dass Herr Ruschmeyer zum neuen Stufenleiter 9/10 ernannt worden sei.

Die Planungsgruppe beginnt ihre Arbeit am 30.9.91. Sie beschäftigt sich in ihren Sitzungen vorwiegend mit organisatorischen Dingen. In einer Tischvorlage für die Gesamtkonferenz vom 11.3.92 werden die einzelnen Arbeitsfelder aufgezählt. Zu Beginn des folgenden Schuljahres 1992/93 werde der Unterricht nur noch an fünf Wochentagen erteilt. Deshalb wird ein "Zeitraaster" entworfen. Für die Ausführung ist Herr Volland zuständig. Die "Mittagszeit" solle keine Unterrichtsangebote beinhalten, dafür stelle sich aber das Problem der Aufsichten. Die "Nachmittagsangebote", deren Planung Herr Kauffeld übernommen hat, sollten das "Freizeitverhalten" der Schüler(innen) beeinflussen. Deshalb sollte der Schwerpunkt nicht im kognitiven Bereich liegen, sondern eher die musischen, sportlichen und praktischen Interessen ansprechen. Es sollten schuleigene Angebote stattfinden wie z.B. Schulstufenmeisterschaften in verschiedenen Disziplinen, Kunst im freien Raum, Musikgruppen, Theater-AG, Bastelgruppen, eine Fahrradwerkstatt, Videogruppen und ein Schulzirkus. Daneben sollten Angebote von Vereinen oder anderen außerschulischen Organisationen gemacht werden, die in Form von "Schnupperkursen", in denen über die eigene Arbeit berichtet wird, über einen begrenzten Zeitraum stattfinden könnten. Durch die "Schulbibliothek", die von Herrn Gradnitzer vorgestellt wird, soll die Unterrichtsarbeit unterstützt werden. Die Schulbibliothek sei nicht einfach eine Sammlung unterhaltender Literatur, sondern würde verstanden als Ergänzungsangebot zum normalen Unterricht. Man könnte ihren inzwischen weitestgehend katalogisierten Bestand für den Unterricht nutzen

und durch "selbststeuernde Materialien" von den Schüler(inne)n erschließen lassen. Dadurch könne man auf den Anforderungsniveaus beliebig differenzieren und es den Schüler(inne)n überlassen, welchen Lösungsweg sie beschreiten wollten. Die Lehrer(innen) hätten durch ein solches Bibliothekskonzept, das an den Unterricht angebunden wäre, Zeit, sich um die sozialen Belange ihrer Lerngruppe zu kümmern. Solche Bemühungen müssten normalerweise nebenher laufen und würden deshalb vernachlässigt. Die Erarbeitung von "selbststeuernden Materialien" sollte sich an den bestehenden Vorstellungen zu einem Schulcurriculum orientieren und Aufgabe der Fachbereiche sein. Die Nutzung der Bibliothek werde unterstützt durch eine zwölfköpfige Elterngruppe, in deren Händen bisher ihr Aufbau gelegen habe. In der Diskussion wird zunächst gefragt, ob am Nachmittag tatsächlich kein Pflichtunterricht stattfinden würde und ob denn der Wahlunterricht am Nachmittag wirklich von vielen Schüler(inne)n besucht würde. Dazu wird von der Schulleitung versichert, dass der Pflichtunterricht nur am Vormittag stattfinden würde und es nicht beabsichtigt wäre, die Comenius-Schule zu einer Ganztagschule zu machen. Der Nachmittagsunterricht sei vor allem für die Schüler(innen) gedacht, die sich auf keine Anregungen aus dem familiären Bereich stützen könnten. Die von einem Vertreter des Kultusministeriums kürzlich bei einem Besuch der Comenius-Schule gemachte Zusicherung von 2,5 Stellen für die Mittagsbetreuung könnten auch teilweise in diesen Bereich fließen.

In seinen Mitteilungen gibt Herr Lammers eine kurze Einschätzung seiner Sichtweise auf die Schule. Er sehe sie als "System". Alles, was der/die einzelne Lehrer(in) unternehmen würde, habe Auswirkungen auf alle anderen Lehrer(innen). Das gelte sowohl dann, wenn etwas gemacht, als auch dann, wenn etwas unterlassen würde. Aus solchen Dingen ergebe sich für ihn der Gesamtzusammenhang der Schule. Daraus müsse man die Forderung nach Moral ableiten. Darunter verstehe er auch das pünktliche Beginnen und pünktliche Schließen des Unterrichts. Dazu gehöre der verantwortungsvolle Umgang mit der Ausstattung und mit den Räumlichkeiten, der sehr zu wünschen übrig lasse. Es sei Aufgabe der Lehrer(innen), in Zukunft intensiver auf diese Dinge zu achten. Ein anderes Problem seien nach wie vor die Aufsichten. Angesichts der Lage in einem Wohngebiet mit vielen Geschäften, was die Schüler(innen) dazu einladen würde, in den großen Pausen das Schulgelände zu verlassen, sei es absolut notwendig, sie einzuhalten. An anderer Stelle bemerkt er, dass die Schüler(innen) nur noch in Ausnahmefällen in das Lehrerzimmer gelassen werden sollten, da durch ihre Anwesenheit zuviel Unruhe entstehen würde. Es habe bereits Beschwerden gegeben.

Auf der Gesamtkonferenz vom 20.5.92, der letzten des Schuljahres 1991/92, wird eine Beschlussvorlage des Pädagogischen Ausschusses mit umfangreichen Regelungsvorschlägen zur Stundenverteilung und Entlastung bei der Gestaltung der "Mittagszeit", der "Schulnachmittage" und zur "unterrichtlichen Nutzung des Bestandes der Schulbibliothek" vom Kollegium diskutiert und verabschiedet. Für die Mittagszeit ist eine Spielesausleihe vorgesehen. Neu ist der Vorschlag, für die Schulbibliothek eine Kommission einzurichten, die drei Aufgaben übernehmen soll: Erstellung einer Unterrichtseinheit zur Einführung in die Bibliotheksarbeit, Erstellung einer Konzeption für selbststeuernde Materialien und die Beratung von interessierten Lehrer(inne)n, die den Bibliotheksbestand für Unterrichtseinheiten nutzen wollen. Die Vorlage wird bei acht Enthaltungen ohne Gegenstimme akzeptiert.

In den Sommerferien ist der Anbau für Schulbibliothek und Cafeteria fertiggestellt worden. Die Räumlichkeiten werden nach und nach bezogen. Im September werden die Eltern der Schüler(innen) mit einem Merkblatt über die "Erlasse und Verordnungen des Hessischen Kultusministers" informiert. Auf der Gesamtkonferenz am 16.9.92 berichtet Herr Lammers in seinen Mitteilungen der Schulleitung von einem Gespräch mit dem Staatlichen Schulamt. Das für die Pädagogische Mittagsbetreuung gewährte Kontingent von 2 ½ Lehrerstellen sollen nach dessen Auffassung nur unterrichtswirksam verwendet werden. Die Auffassung der Schule sei eine andere. Deshalb beabsichtige er, diesen Aspekt in weitere Antragsverfahren beim Kultusministerium einzubeziehen. Dann gibt er bekannt, dass in zwei Fällen Eltern von behinderten Kindern Anträge zur deren Aufnahme in eine Integrationsklasse gestellt hätten. Eine Beratung dieser Anträge solle auf der nächsten Gesamtkonferenz erfolgen. Dann berichten die für die einzelnen Aufgabenbereiche zuständigen Lehrer(innen) von dem Stand der Aufbauarbeit. Herr Posner erläutert die Übergangsphase zur vollen Funktionsweise der "Mittagszeit", Herr Gradnitzer berichtet über die Arbeit der Bibliotheks-AG, Herr Sommer erläutert seine Bemühungen zum Aufbau der Spielothek und Herr Kauffeld gibt den Stand seiner Gespräche mit außerschulischen Einrichtungen und Vereinen bekannt. Danach wird ein Antrag des Pädagogischen Ausschusses bezüglich seiner weiteren Arbeit zur Diskussion gestellt. Er umfasst vier Punkte. Demnach möchte er die Einführung der "Pädagogischen Mittagsbetreuung" begleiten, mit Hilfe einer Umfrage den Grad ihrer Akzeptanz im Kollegium ermitteln, Anträge für das kommende Schuljahr ausarbeiten und einen Pädagogischen Tag im März 1993 vorzubereiten. Der Antrag wird bei einer Gegenstimme und drei Enthaltungen angenommen.

Die Gesamtkonferenzen vom 3.11.92 und 15.12.92 stehen ganz im Zeichen der Information über die beiden Anträge zur Aufnahme der beiden behinderten Kinder. Die Schlussabstimmung erbringt Stimmgleichheit, so dass ein eingebrachter Antrag zur Aufnahme als abgelehnt gilt. Eine erneute Befassung am 23.2.93 bringt eine eindeutige Ablehnung. Es werden Befürchtungen geäußert, dass man, wenn man sich einmal auf eine solche Regelung eingelassen habe, die Folgeprobleme nicht mehr bewältigen könne. Die derzeitigen Angebote der Landesregierung seien ideologisch bedingt und würden bei einem Auslaufen der Sondermittel auf die Schule zurückschlagen.

In der Gesamtkonferenz vom 22.6.93 zählt der Schulleiter eine Reihe von Aktivitäten auf, die an der Schule stattfinden würden und weist auf die "positiven Auswirkungen" für das allgemeine Klima der Schule hin. Er berichtet aber auch von Prügeleien in der Schule und ermahnt die Lehrer(innen), weiterhin ihre Aufsichten "aktiv wahrzunehmen". Er macht einige Ausführungen zur "psychosozialen Situation" der Lehrerschaft und bezieht sich dabei auf einen Artikel im "Spiegel" (14.6.93), in dem vom "Burnt-Out-Syndrom" bei vielen deutschen Lehrer(inne)n die Rede wäre. Die zweifellos hohen Belastungen in diesem Beruf brächten es mit sich, dass das Zusammenleben und Zusammenarbeiten der Lehrer(innen) eine hohe Bedeutung habe. Besonders an Gesamtschulen könne man den Auswirkungen der ständigen Überbeanspruchung mit Konferenzen begegnen, da diese hier in "entsprechender Frequenz" erforderlich seien und "hinreichende Koordination und ein(en) angemessene(n) Informationsaustausch" erlauben würden. Der Pädagogische Ausschuss bringt zwei Anträge ein, die sich auf eine Änderung der Pausenregelung und die Weiterführung seiner Arbeit beziehen. Die neue Pausenregelung wird mit 34

Stimmen dafür, acht dagegen und 15 Enthaltungen angenommen. Die Weiterführung der Arbeit wird bei vier Enthaltungen mehrheitlich beschlossen. Herr Gradnitzer erläutert anschließend die Ergebnisse der Befragung zur "Mittagsbetreuung", die in einer Broschüre vorliegen.⁶¹ Die Arbeitsgruppe Schulbibliothek berichtet von ihrem aktuellen Arbeitsstand und Herr Hartwig gibt einen kurzen Überblick über die Bemühungen einer Arbeitsgruppe zu "selbständigem Lernen", die im Verbund mit anderen Schulen stattfindet.

2.3 Theoretischer Rahmen für die Entwicklung der Schule: mikropolitische Aushandlungsprozesse

Während bei Anselm STRAUSS (1978) der Vorgang des Aushandlungsprozesse und die dabei getroffenen Vereinbarungen im Mittelpunkt stehen, richtet Tom BURNS (1962) seine Aufmerksamkeit auf Interessen und Legitimität in einem für den Moment ausgehandelten und durch Wertvorstellungen der Akteure stabilisierten sozialen Gefüge.⁶² Er benutzt den Terminus "Politik", um die Wahrnehmung von Interessen in diesem Gefüge beschreiben zu können. Der von ihm zuerst gebrauchte Begriff "micropolitics" für die in einer Organisation oder Institution auszuhandelnde Verteilung der Zuständigkeiten bietet die Grundlage dafür, um Prozesse beschreiben zu können, die in einer Schule stattfinden, die sich im "institutional change" oder in der Veränderung befindet.⁶³ Micopolitics oder Mikropolitik beinhaltet seiner Meinung nach taktisches Verhalten auf allen Handlungsebenen. So werden z.B. von den Angehörigen einer Organisation eigene Vorschläge zur Veränderung der Zusammenarbeit als im Interesse dieser Organisation dargestellt, um sie auf diese Weise leichter durchsetzen zu können. Die Lage der Mitglieder einer Organisation müsse als widersprüchlich angesehen werden. Sie hätten einerseits den Auftrag, ein gemeinsames Ziel zu verfolgen und seien andererseits gleichzeitig Konkurrenten, weil sie um Anerkennung und sozialen Aufstieg kämpfen würden. (S.260f.) Burns sieht den Grund für ihr Verhalten darin, dass angestrebte persönliche Ziele "are frequently confronted with the possibility of failure. In many cases, therefore, people will try to increase their chances of success by illegitimate means and will impute the same means to other who are or may at some time be in competition with them." (S.261) Es sei daher schwierig, Handlungen immer genau in dem moralischen Kontext zu sehen, der ihnen auf einer abstrakten Eben zugewiesen werde. Sie seien vielmehr abhängig vom moralischen Kontext des jeweiligen Milieus, und ihre

⁶¹ Vgl. Bd.2 (Ergänzungsband), S.332ff.

⁶² Unter "Werten" werden hier Handlungskriterien verstanden, auf die sich eine soziale Gruppe, die sich gegenseitig kennt, verständigt hat. Dahinter befindet sich noch eine nur in größeren Zeiträumen veränderbare Ebene ideologischer Vorstellungen, die auf das Spannungsfeld zwischen Individuum und Gesellschaft ausgerichtet sind.

⁶³ Burns sieht "political action in two perspectives: (1) as the category of personal conduct concerned with the advancement of self-interest, however that is defined, and (2) as the instrument by which changes in the external or internal conditions of social systems are translated into adaptive changes of these systems. The link between the two perspectives is provided in the notion of 'resource', human and material" (1962, S.278). Mit dieser Definition von "micropolitics", die sich auf Wandlungsprozesse in Organisationen bezieht, meint BURNS in erster Linie Wirtschaftsunternehmen, doch sind sie übertragbar auf alle Situationen, wo Menschen "organisiert" zusammentreffen.

Legitimität habe somit relativen Charakter. Was allgemein als abzulehnen gelte, könne in Organisationsmilieus durchaus als plausibel angesehen werden, wie z.B. die Unwahrheit zu sagen, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen.

Von dieser Grundannahme des eigenen Interesses ausgehend, kann man mit Anselm Strauss von einer permanenten Aushandlungssituation sprechen, um die Interessen miteinander abzugleichen und für einen überschaubaren Zeitrahmen zu einer stabilen Situation zu gelangen. Strauss geht davon aus, dass Aushandlungsprozesse und die Herstellung bzw. Veränderung sozialer Strukturen nicht zu trennen sind. (STRAUSS 1978, S.236ff.) Sie müssen, was ihre sozialen Dimensionen und ihren zeitlichen Rahmen betrifft, in Subprozesse ausdifferenziert werden, die miteinander in Verbindung stehen und aufeinander Einfluss ausüben. Dabei stellen die Ergebnisse der einen für die jeweils andere Aushandlungsprozesse Kontexte dar, mit denen sie kontrastiert werden. Auch spielt die zeitliche Dimension eine wichtige Rolle. Frühere Aushandlungsprozesse haben zu Ergebnissen geführt, die einen Rahmen bilden für aktuelle Aushandlungen. Das kann sich sowohl auf allgemeine, historisch gewachsene juristische Vorstellungen z.B. über Schulen und Verwaltungsebenen beziehen, wie auf Übereinkünfte zwischen Konfliktparteien. Diese alten Regelungen können wiederum als Hintergrundfolie dienen für Aushandlungsprozesse, die in der Gegenwart stattfinden. Umgekehrt haben aktuelle Aushandlungen wiederum Einfluss auf die Bedeutung und das Gewicht des vorhandenen juristischen Rahmens oder früher getroffener Übereinkünfte.

Bei diesen Vorgängen muss immer in Rechnung gestellt werden, dass Aushandlungen nicht isoliert betrachtet werden können. Sie stehen immer in Verbindung mit anderen Aushandlungsprozessen, die zum gleichen Zeitpunkt stattfinden, kurze Zeit vorher stattgefunden haben oder demnächst stattfinden werden. Wenn diese Aushandlungsprozesse miteinander verglichen werden, dann wird deutlich, dass sie im sozialen Gefüge eine Ordnungsfunktion haben. Es geht bei ihnen stets darum, eine Regelung zu finden, mit der verschiedene einzelne Tätigkeiten oder aufeinander folgende Tätigkeiten mit Prozesscharakter koordiniert werden sollen. Dies können z.B. Arbeitsprozesse unterschiedlichster Art sein. Bei solchen Arbeitsprozessen gibt es immer eine Rangfolge der Bedeutung der verschiedenen Tätigkeiten für den Gesamtprozess und damit auch eine Rangfolge der Personen, die diese Tätigkeiten vollziehen. Die Übernahme von Aufgaben beinhaltet damit auch zugleich die Möglichkeit, aus dieser Aufgabe eine Ressource für sich selbst zu machen. Die in Aushandlungsprozessen stattfindende Verteilung von Aufgaben in einem sozialen Gefüge ist demnach gleichbedeutend mit der Verteilung von potentieller Macht in einem kleinen überschaubaren Rahmen.

Macht wird hier nicht verstanden als definierte feste Größe, sondern als Ressource, die kontextabhängig genutzt werden kann. Sie beruht auf dem Ungleichgewicht an Kenntnissen, Anerkennung, Finanzmitteln und der akzeptierten Verfügungsgewalt über Sachen und andere Menschen. Unmittelbare physische Gewalt, "Aktionsmacht", wie POPITZ (1992, S.24ff.) sie nennt, ist die Fortsetzung von Aushandlungen mit den Mitteln des Zwangs. Die Ausübung von Zwang über andere Menschen kann aber niemals so vollständig sein, dass möglicher Widerstand völlig auszuschalten wäre. Macht ist immer in Relation zu den Handlungen zu sehen, die mit ihrer Hilfe durchgeführt werden. Dabei fällt auf, dass es offenbar einen Mechanismus gibt, der sie in dem

Maße zum Verschwinden bringt, wie sie ausgeübt wird. Damit ist allerdings kein gleichzeitiges Wirksamwerden der beiden Seiten dieses Mechanismus gemeint. Macht gibt Anlass zu sozialen Widersprüchen, die ihrerseits Widerstände hervorrufen, die allein dadurch, dass Macht erneut ausgeübt wird, nicht gelöst werden können. Machtausübende schaffen sich somit selber Widerstände, von denen sie gebremst werden. Mikropolitik ist vor diesem Hintergrund als der bewusste Umgang mit Machtressourcen zu verstehen, über welche alle Handelnden in verschiedener Weise und in verschiedenem Ausmaß verfügen. Es ist die Nutzung der Möglichkeit, Aushandlungsprozesse zu steuern, um Einfluss zu behalten und die eigene Position dadurch abzusichern.

2.4 Resumée Teil I: der Entwicklungsprozess der Comenius-Schule

In einer Schule gibt es verschiedene Schlüsselpositionen, in denen sich von außen aus dem Verwaltungsapparat zugewiesene Macht konzentriert. Das sind der Schulleiter und sein Stellvertreter⁶⁴, die über die Verteilung der Arbeit verfügen können. Zu ihren Aufgaben gehört die Erstellung des "Stundenplanes" der Schule, d.h. sie legen fest, welche/r Lehrer/in wie oft in welchem Fach eingesetzt wird. Zwar gibt es in der Regel offizielle Absprachen mit dem Kollegium, doch befindet sich der "Stundenplan" in ständiger Bewegung, da die Schülerzahlen schwanken, weil neue Schüler(innen) in die Schule eintreten und Absolventen die Schule verlassen. Dazu kommen noch Fluktuationen. Es wird also immer wieder erforderlich, mit einzelnen Lehrer(inne)n in Verhandlungen zu treten und sie davon zu überzeugen, Zusatzaufgaben zu übernehmen. Dafür werden ihnen dann Vergünstigungen an anderer Stelle versprochen.

Wenn die Schulleitung auf ihrem Recht besteht, überall dort, wo es ihr erlaubt ist, Anordnungen zu treffen und somit Aushandlungsprozesse weitestgehend einzuschränken, werden die gestellten Aufgaben von den Lehrer(inne)n nur halbherzig erledigt. Dies kann Anlass werden für den innerlichen Rückzug aus dem Schulgeschehen, der allerdings in der Regel auf den Widerstand der Schüler(innen) stößt, da er von ihnen als Ablehnung verstanden wird. Es kommt dann zu Verständigungsproblemen mit fatalen Folgen für die Lehrer(innen). Ihr innerlicher Rückzug wird erkaufte mit einer Formalisierung der Beziehungen zu den Schüler(inne)n und mit dem Verlust der Glaubwürdigkeit als Person. Der Unterricht wird auf Wissensvermittlung reduziert. Die für diese Reduzierung notwendige Aufrechterhaltung einer Fassade der Stärke ist kräftezehrend und führt auf lange Sicht zu einem immer drückenderen Gefühl der Belastung beim Umgang mit den Schüler(inne)n.⁶⁵

Andererseits kann bei Aushandlungsprozessen auf Lehrer(innen)seite besondere Qualifikation oder Erfahrung in die Waagschale geworfen werden, die den Einsatz in bestimmten Lerngruppen sinnvoll erscheinen lassen. Das "Sich-Gut-Stellen" mit der Schulleitung kann eine wichtige

⁶⁴ Die Schulleitung einer integrierten Gesamtschule besteht in Hessen während des Untersuchungszeitraumes aus insgesamt sieben Personen: Schulleiter, stellvertretender Schulleiter, Pädagogischer Leiter, Koordinator für die gymnasiale Oberstufe, Förderstufenleiter (Jahrgangsstufen 5 und 6), Stufenleiter der Jahrgangsstufen 7 und 8, Stufenleiter der Jahrgangsstufen 9 und 10.

⁶⁵ Dieses Szenario ist als "Burnt-Out-Syndrom" in der psychologischen Literatur beschrieben worden.

Ressource sein, um dem Einsatz in als unangenehm empfundenen Lerngruppen zu entgehen. Umgekehrt kann die "Bewährung" von Lehrer(inne)n gerade in solchen Gruppen dazu führen, dass ihnen Freiheiten zugestanden werden oder dass auf Gesamtkonferenzen ihren Redebeiträgen von den Verantwortlichen mit besonderer Aufmerksamkeit zugehört wird. Das kann zur Zuweisung besonderer Aufgaben führen, aus denen weiteres Prestige abgeleitet werden kann. Von einer solchen Position aus ist es dann leichter möglich, Einfluss zu nehmen auf die Stundenplangestaltung, d.h. auf die Steuerung des eigenen Einsatzes in der Schule.

Ein solches System von inoffiziellen Absprachen, das von niemandem außer den "Macht"-Inhabern, d.h. denjenigen, denen qua Amt die Aufgabe zugefallen ist, den Arbeitseinsatz zu verteilen, im Einzelnen durchschaut wird, kann sich aber nicht auf die gesamte Schule erstrecken. Es bleiben immer viele Lehrer(innen) übrig, denen die Vorzüge dieses ausgehandelten Arbeitssystems versagt bleiben. Für sie bleibt nur die Bildung von oder der Beitritt zu "Koalitionen" mit anderen Lehrer(inne)n übrig, um ihre Interessen zu wahren. Innerhalb solcher Koalitionen können sich wiederum "Subkoalitionen" bilden, deren Zusammenhalt darin besteht, dass sie in der Deutung von Ereignissen oder Entwicklungen, die mit der eigenen Schule etwas zu tun haben, übereinstimmen und deshalb über einen begrenzten Zeitraum, d.h. bis zu einer Entscheidung auf einer Konferenz oder durch eine übergeordnete Behörde, eine gemeinsame Zielsetzung verfolgen. Diese Subkoalitionen entstehen automatisch bei größeren Koalitionsbildungen und trachten danach, die eigenen Vorstellungen in den Diskurs der Koalition einzubringen. An der Comenius-Schule sind die GEW-Schulgruppe und die Frauengruppe solche Koalitionen. Beide Gruppen sind nicht stabil, sondern davon abhängig, wie gut die Interessen der in ihnen vertretenen Lehrer(innen) mit denen der übrigen Lehrerschaft in Übereinstimmung gebracht werden können. Die Existenzgrundlage von Koalitionen ist, dass sie überzeugen können und Erfolg haben.

Übereinstimmung herzustellen ist ein wichtiger Gesichtspunkt mikropolitischer Aktivität. Dadurch ist es möglich, indirekt soziale Prozesse in einem sozialen Gefüge zu lenken. Das liegt daran, dass jedes organisierte Zusammenleben einen Grundkonsens braucht, ohne den es sich nicht stabilisieren kann und ohne den es keine Kontinuität gibt. Übereinstimmung herzustellen heißt hierbei, dass die soziale Gemeinschaft wieder auf diesen Grundkonsens verwiesen wird. Das geschieht dadurch, dass an das Wir-Gefühl appelliert und die Möglichkeit bereitgestellt wird, sich mit dem vorhandenen sozialen Milieu zu identifizieren. Die Organisationsform Schule, die für alle selbstverständlich ist, obwohl sie nur dadurch existent ist, dass sie von allen so verstanden wird, erhält dadurch immer wieder eine Legitimationsgrundlage. Man weiß wieder, wo man ist. Gleichzeitig kann aber die Wahrnehmung des Milieus in eine bestimmte Richtung gelenkt werden, die von interessierter Seite vorgegeben wird. Die Einflussnahme durch die Herstellung von Übereinstimmung wird sowohl von der Schulleitung, als auch durch die Mitglieder des Lehrer(innen)kollegiums eingesetzt. Übereinstimmung herzustellen ist z.B. wichtig bei der Einflussnahme auf den Prozess der Konsensbildung im Hinblick auf den weiteren Entwicklungsweg der Schule. Wer sich hierbei durchsetzen kann, wem es also gelingt, die Meinungsführerschaft zu übernehmen, hat die Möglichkeit, einen ihm genehmen Konsens herzustellen. Der Schulleitung fällt dabei stets die undankbare Aufgabe zu, die von außen aus der Verwaltungshierarchie kommenden Anweisungen umsetzen zu müssen. Sie muss also etwas Fremdes

erklären. Sie muss unpopuläre, von außen kommende und meistens nicht mit dem in der Schule gefundenen Konsensgefüge zur Deckung zu bringende Entscheidungen vertreten und durchsetzen. Dadurch gerät sie, wenn sie sich ungeschickt verhält, schnell in eine Außenseiterposition, wodurch ihr eigener Spielraum eingeschränkt wird. Sie kann dann Entscheidungen treffen, muss aber ständig damit rechnen, dass diese nicht so umgesetzt werden, wie sie es beabsichtigt hat. Offener Widerstand schlägt ihr selten entgegen, eher sind es versteckte Aktionen, von denen sie erst erfährt, wenn sie längst abgeschlossen sind. Darauf folgender, verstärkter Druck durch die Schulleitung führt die Lehrer(innen) dann zusammen, macht es ihr aber immer schwieriger, mikropolitischen Spielraum für eigenes Handeln zu erlangen.

Übereinstimmung mit der Lehrerschaft und Dominanz über die mikropolitischen Prozesse kann eine Schulleitung nur herstellen, wenn sie die Anweisungen aus der Verwaltung im Interesse des Kollegiums auslegt oder wenn sie sich von den Teilen der Anweisung distanziert, deren Umsetzung im Rahmen der an der Schule gegebenen Bedingungen keinen Sinn macht. Dann ist es ihr auch möglich, ihre Mittlerfunktion zur Verwaltungshierarchie glaubhaft als Vorteil darstellen zu können und bei den Lehrer(inne)n bezüglich der Verwaltungsanordnungen den Eindruck von Deutungskompetenz entstehen zu lassen. Wenn sie diese Konstellation zu nutzen weiß, wächst ihr also automatisch Autorität zu. Mit deren Hilfe gelingt es ihr dann leichter, in der Lehrerschaft Konsens darüber herzustellen, wie mit den Anweisungen aus der Behörde umzugehen ist. Wenn der Schulleitung bei der Umsetzung von Anordnungen aus der Schulverwaltung aber häufig Fehler unterlaufen, z.B. weil sie sich bei der Beurteilung von Sachverhalten und bei den zutreffenden Entscheidungen uneinig ist, kann es ihr passieren, dass sie bezüglich ihrer Deutungskompetenz nicht mehr ernst genommen wird. Sie verliert dann ihre Dominanzposition.

Uneinigkeit der Schulleitung ist eine weitere, auf der Hand liegende Ursache für den Verlust der Dominanzposition in der Schule. Sie hat aber darüber hinaus noch Auswirkungen auf das Zusammenleben und die Zusammenarbeit mit den Lehrer(inne)n. Es entstehen häufig Konfliktsituationen, die eskalieren, nicht mehr beherrschbar sind und die dann den nach außen verantwortlichen Schulleiter zu Mitteln des Zwanges greifen lassen, wodurch seine Position und die der gesamten Schulleitung weiter untergraben wird. Für die Lehrer(innen) ist es in einem solchen Falle naheliegend, sich selbst dem Stand der Schulleitung vergleichbare Informationen auf den parallel zu den Verwaltungsstufen existierenden Personalratsebenen zu beschaffen und im Kollegium zu verbreiten. Dies ist möglich durch die Nutzung der Außenverbindungen einer Koalition wie z.B. der GEW, deren Mitglieder zum Teil außerhalb der Schule in wichtigen Gremien sitzen. Durch die Nutzung solcher Informationsquellen sind die Lehrer(innen) in der Lage, Entscheidungen darüber, wie mit Anweisungen aus dem Verwaltungsapparat umzugehen ist, von der nicht angreifbaren offiziellen Ebene auf die innerschulische Aushandlungsebene zu ziehen. Auf diese Weise "enthierarchisierte" Informationen stellen für die Schulleitung eine Bedrohung dar, da sie frei zirkulieren und in Auseinandersetzungen dazu beitragen können, dass sie sich – ohne es zu beabsichtigen – auf einer weiteren Stufe ins Unrecht setzt, wenn sie administrativ und ohne Aushandlungsprozesse agiert.

Für eine uneinige Schulleitung ist es in einer solchen Lage schwierig, das Kollegium wieder auf seine Seite zu ziehen. Die für das Funktionieren der Schule wichtige Aufgabe der Herstellung von Übereinstimmung hat sie, ohne es zu wollen, allein durch ihr unkoordiniertes, Widerspruch herausforderndes Handeln an Koalitionen im Lehrer(innen)kollegium abgegeben. Sie befindet sich dadurch in einer für sie unübersichtlich gewordenen mikropolitischen Situation, in der sie sich nur schwer durchsetzen kann, da sie sich zum einen selber nicht einig ist, zum anderen keinen eindeutigen Adressaten mehr hat. Sie muss damit rechnen, dass die Lehrer(innen) dazu übergehen, mit den beschafften Informationen eigene Ziele zu verfolgen. Das Kollegium ist durch ihre unklare Position zu verschiedenen Fragen in viele miteinander verbundene unterschiedliche Subkoalitionen mit jeweils eigener Perspektive aufgesplittert worden, die inzwischen aber alle das Gefühl haben, dass etwas geändert werden muss.

In einer solchen unübersichtlich gewordenen Lage konzentriert sich die Aufmerksamkeit einzig auf die verantwortliche Person in der Schulleitung, auf den Schulleiter. Von ihm wird Orientierung erwartet oder eine Initiative zur Verbesserung der eingetretenen Lage. Er hat dadurch jederzeit die Chance, die entstandene Situation zu beseitigen, um sich im Kollegium wieder Gehör zu verschaffen. Andererseits braucht er dazu aber die Mithilfe der anderen Mitglieder der Schulleitung, die in ihren Zuständigkeitsbereichen eine solche Initiative mittragen und die von ihm ausgegebene Orientierung vertreten müssten. Wenn er aber meint, auf deren gleichberechtigte Mitarbeit verzichten zu können, etwa durch eine Überbetonung administrativer Gesichtspunkte, die sich nur gegen Widerstände durchsetzen lassen, dann gerät er mit der Zeit in eine isolierte Position, von der aus er nur noch schwer vermitteln kann, worin der Sinn seiner Anweisungen besteht. Die schwierig gewordene Kommunikation führt dann immer wieder zu Missverständnissen, aus denen Konflikte entstehen, deren Sinn niemandem so recht klar ist. Das betrifft sowohl die Kommunikation innerhalb der Schulleitung, wie auch die Kommunikation mit dem Kollegium. Von außen aus der Schulverwaltung kommende Anweisungen zur Bestimmung von Klassengrößen, des Umgangs mit der Lehrerarbeitszeit, der Arbeitsbedingungen usw. sind dann Anlässe für Konflikte, in denen es eigentlich um etwas ganz anderes geht als um das, weswegen gestritten wird.

Der Schulleiter wird in die Rolle einer Konfliktpartei gedrängt und kann aus diesem Grunde kein die Lehrer(innen) überzeugendes Konzept für den Umgang mit den Erlassen und Verordnungen der Schulverwaltung mehr vorlegen. Er muss dann damit rechnen, von den Lehrer(inne)n immer wieder mit Vorstellungen davon, wie mit diesen Anweisungen umzugehen ist, konfrontiert zu werden. Seine Autorität und seine Position in Aushandlungsprozessen wird zunehmend untergraben, wenn er es nicht versteht, diese Vorschläge zu integrieren und aus der Rolle der Konfliktpartei wieder herauszufinden. Seine Aufgabe, sich vor das Kollegium zu stellen und die Teile der Anweisungen zu umgehen, die nicht in ein an der Schule praktikables Konsensmodell passen würden, kann ihm in dieser instabilen Situation von Lehrer(inne)n des Kollegiums aus der Hand genommen werden. Die Betonung der Amtsautorität hilft ihm bzw. den Teilen der Schulleitung, die noch auf seiner Seite sind, in dieser Situation nicht mehr weiter. Alles, was er unternimmt, wird durch bestehende Konflikte entweder als Schwäche oder als taktischer Winkelzug ausgelegt. Das eigentliche mikropolitische Ziel, was die Schulleitung ins-

geheim verfolgen muss, nämlich Einflussnahme durch die Herstellung von Übereinstimmung, ist vor diesem Hintergrund praktisch nicht mehr zu erreichen.

In einer solchen Situation der Konfrontation ist Spielraum vorhanden für Initiativen aus der Lehrerschaft. Es sind Initiativen, welche das Auseinanderdriften von Kollegium und Elternschaft verhindern wollen. Die Akzeptanz der Schule in der Elternschaft ist abhängig davon, wieweit sie überzeugend demonstrieren kann, dass Kompetenz sowohl bei der Umsetzung von fachlichen Inhalten wie auch in Bezug auf pädagogisches Handeln vorhanden sind. Wenn sich die Schule aber in inneren Turbulenzen befindet, ist ihr Ansehen bei den Eltern und damit auch bei den Schüler(inne)n in Frage gestellt. Die verschiedenen Einzelinitiativen aus den Reihen des Kollegiums der Comenius-Schule wie die Initiative zur Einrichtung einer Cafeteria, zur Durchführung von Projekttagen, zur Verbesserung des Übergangs von den Grundschulen auf die Gesamtschule, zur Einrichtung einer Schulbibliothek zeigen, dass verlorengegangenes Terrain für die Lehrerschaft zurückgewonnen werden soll. Die Vorschläge werden von der Mehrheit des Kollegiums als konstruktiv verstanden und erweisen sich als konsensfähig. Die Aufgabe der Herstellung von Übereinstimmung ist in dieser Phase der Entwicklung – also am Anfang des Untersuchungszeitraumes – auf Koalitionen der Lehrerschaft übergegangen.

Der Übergang von der Phase der Einzelinitiativen zu einer Lösung für die gesamte Schule, also der Phase der Vorbereitung und Einführung des Team-Modells, ist verbunden mit der Übertragung von Verantwortung an eine kleine Gruppe innerhalb der Lehrerschaft, die beauftragt wird, Alternativen zu finden, um die Schule wieder attraktiver zu machen. Hintergrund ist der dramatische Rückgang von überwechselnden Schüler(inne)n aus den Grundschulen. Dadurch werden die insgesamt zurückgehenden Schüler(innen)zahlen noch weiter nach unten gedrückt. An der Schule entsteht durch diesen Rückgang eine neue Situation für die Lehrer(innen). Sie müssen feststellen, dass sie nicht mehr zu wenig sind wie noch zwei Jahre vorher, sondern dass ihre Anzahl in der Zwischenzeit den Bedarf übersteigt und sie mit der Möglichkeit rechnen müssen, versetzt zu werden. Die Gefahr des Versetztwerdens wird als große Bedrohung empfunden, weil es sich ja nicht – wie in anderen Berufen – um einen einfachen Arbeitsplatzwechsel in der gleichen Tätigkeit handelt, sondern um das Verlassen eines alten und den Wiedereintritt in ein neues komplexes soziales Beziehungsgefüge, das allein auf Kommunikation mit Heranwachsenden basiert und in dem die Lehrer(innen) Jahre brauchen, bis sie in eine für sie akzeptable soziale Position gelangt sind. Diese Konstellation von Anforderungen erzwingt von der Schulleitung eine Lösung, zu der sie aber selber keine Vorschläge liefern kann. Sie ist dazu auf Grund von Animositäten und Meinungsverschiedenheiten in den eigenen Reihen nicht in der Lage.

So wird zunächst ein Ausschuss eingesetzt, der den Handlungsrahmen für eine Vorbereitungsgruppe von Lehrer(inne)n absteckt, die sich mit der Entwicklung einer Konzeption für die "Förderstufe" also die Jahrgangsstufen 5 und 6 befassen soll. In das sich auftuende Betätigungsfeld stoßen diejenigen Lehrer(innen) hinein, die schon vorher nicht zufrieden gewesen sind mit der Funktionsweise und den daraus entstanden Verhältnissen an der Gesamtschule. Sie stehen der Gesamtschule damit nicht skeptisch gegenüber, sondern haben erkannt, dass der ursprüngliche Reformansatz mit dem Ziel eines gleichen Bildungsangebots für alle Gesellschaftsschichten mit der praktizierten Form der Verwaltung von großen Schüler(innen)mengen nicht vereinbar ist.

Der Aushandlungsprozess darüber, wer an der Vorbereitungsgruppe mitarbeiten darf, ist eine Auseinandersetzung mit der Schulleitung, die zwar eine Veränderung der prekären Situation der Schule herbeiführen möchte, aber gleichzeitig an dem damit verbundenen größeren Spielraum für die Lehrer(innen) bei der Gestaltung einer solchen Veränderung nicht interessiert ist. Sie befürchtet Einbußen hinsichtlich ihrer Einflussmöglichkeiten und damit ihrer Machtposition in der Schule durch die Ausweitung des Einflusses der Lehrer(innen), die sich bisher schon immer für Veränderungen eingesetzt haben. So sind es diejenigen Mitglieder der Schulleitung, die der Veränderung skeptisch gegenüberstehen, welche für die Beaufsichtigung der Arbeitsgruppe zuständig sind oder sich für deren Arbeit interessieren. Damit zeichnen sich Bemühungen von Teilen der Schulleitung ab, die aus einer Notlage heraus delegierte Macht wieder einzuschränken bzw. zurückzuholen. Die Arbeit der Vorbereitungsgruppe wird ständig dadurch behindert, dass Entscheidungen nicht getroffen werden. So ist lange Zeit nicht geklärt, wo genau der Anfangsjahrgang des neuen Team-Modells untergebracht werden soll. Dadurch wird für die Lehrer(innen) der Vorbereitungsgruppe zusätzliche Arbeit auf organisatorischem Gebiet erforderlich, wodurch keine Zeit mehr dafür vorhanden ist, das pädagogische Konzept genauer zu durchdenken. Indem die Vorbereitungsgruppe dazu gezwungen wird, ihre Vorstellungen auf der organisatorischen Ebene immer wieder erst durchsetzen zu müssen, gerät sie in eine Position, in der sie leicht isoliert werden kann. Sie erscheint jetzt als besondere Gruppierung, deren Ziele sich nicht mehr mit denen der übrigen Lehrerschaft in Übereinstimmung befinden und der es in den Augen vieler Lehrer(innen) nur noch darauf ankommt, Sonderrechte geltend zu machen. Die Ziele, für die sie sich einsetzt, sind für viele nicht mehr erkennbar. Die zusätzliche Arbeit der Vorbereitung, die noch durch die Schulleitung erschwert wird, lässt keine Zeit mehr für die eigentlich notwendige Präsentation und Diskussion des angestrebten neuen Team-Konzepts. Die gleichzeitige Beteuerung der Schulleitung, dass es keinen Sonderweg geben dürfe, rückt die Mitglieder der Vorbereitungsgruppe immer weiter in die Defensive und zwingt sie zur Rechtfertigung ihres besonderen Status, durch den sie sich dem Verdacht ausgesetzt sehen, auf Kosten der übrigen Schule für einen einzelnen Jahrgang einen Schonraum herstellen zu wollen. Diese Verdachtsmomente machen es sehr schwierig, die Grundlagen für den Erfolg der angestrebten Veränderungen zu legen und im Kollegium Übereinstimmung herzustellen. Die Defensivsituation hat aber auch für die Vorbereitungsgruppe selbst Folgen. Sie hat wegen der vielen Hürden keine Zeit mehr dafür, sich mit der Vielzahl von Einwänden aus den Reihen des Kollegiums auseinanderzusetzen und rückt immer enger zusammen, wodurch der bestehende negative Eindruck noch verstärkt wird. Dieser entstandene Eindruck wirkt sich auch auf das Verhältnis zur GEW-Schulgruppe aus, die das Team-Konzept bisher immer unterstützt hat. Es wird in ihren Sitzungen Widerstand laut gegen eine zu starke Dominanz von Problemen der Vorbereitungsgruppe bei den Diskussionen.

Nachdem sich die Vorbereitungsgruppe zum ersten Jahrgangsteam gewandelt hat, das sich in der konkreten Unterrichtspraxis bewähren muss, sollen die organisatorischen Strukturen, die bisher als Ursache für das Auftreten von Problemen im Unterricht angesehen worden sind, verändert werden. Das gute persönliche Verhältnis zu den Schüler(inne)n, das bisher durch die Benachteiligung von Unterschichtkindern und deren Reaktion darauf in Form von Störungen nicht aufgebaut werden konnte, soll nun durch die Verschiebung der sehr früh einsetzenden

Fachleistungsdifferenzierung auf einen späteren Zeitpunkt und die anschließende Aufteilung in lediglich zwei Leistungsniveaus eine Basis erhalten. Die Gesamtkonferenz als oberstes beschlussfassendes Gremium der Gesamtschule stimmt dem, wenn auch mit knapper Mehrheit, zu, was aber die Schulaufsichtsbehörde, die bei diesem Beschluss anwesend ist, dazu veranlasst, diesen Beschluss einen Monat später wieder aufzuheben. Offenbar ist von außen der Eindruck entstanden, dass die Schule bei einer solchen Beschlusslage und bei zu befürchtendem Widerstand dagegen nicht mehr steuerbar sein würde.

Diese Niederlage führt beim gerade erst konstituierten Team 1 zu einer Reflexion der eigenen Position im mikropolitischen Gefüge der Schule und zu einer Initiative zur Herstellung einer schulinternen Öffentlichkeit. Diese Öffentlichkeit soll hergestellt werden auf pädagogischen Gesamtkonferenzen, auf denen über den beabsichtigten Weg mit dem Team-Modell beraten werden soll. In den Arbeitsgruppen der pädagogischen Gesamtkonferenzen treffen unterschiedliche Positionen aufeinander, die auf vorgefertigten Meinungen gründen, welche oftmals auf gegenseitigen Unterstellungen beruhen, aber auch Besorgnisse spiegeln hinsichtlich einer erst neu zu konzipierenden individuellen Unterrichtspraxis. Der Konflikt zwischen dem Schulleiter und Kollegium verändert sich auf diese Weise allmählich und wird zu einem Konflikt im Kollegium, bei dem es darum geht, wie in Zukunft die Unterrichtspraxis der einzelnen Lehrer(innen) aussehen soll. Die Teile der Schulleitung, welche einen Machtverlust fürchten, d.h. die ihre Autorität von ihrer Funktion herleiten und nicht aus ihrer Leitungspraxis, versuchen nun, verlorenes Terrain zurückzugewinnen, indem sie sich auf die Seite der Skeptiker schlagen und immer wieder formale Bedenken gegen angestrebte Veränderungen geltend machen. Was in der Phase bis 1983 als Abwehr der Bemühungen, Missstände zu beseitigen, gewertet wurde, erlangt nun den Anschein der gewissenhaften Prüfung von Bewährtem und der Verhinderung von übereilten Neuerungen. Für den Schulleiter und die Schulleitungsmitglieder, die an dem alten Modell festhalten wollen, tut sich damit die Möglichkeit auf, wieder eine Basis zu finden, auf der Übereinstimmung herzustellen ist.

Es zeigt sich, dass die angestrebte Reform des Gesamtschulmodells, wozu sich die aus Einzelinitiativen hervorgegangene Aktivität zur Verbesserung der Eingangsstufe, d.h. der Jahrgänge 5 und 6, inzwischen ausgewachsen hat, auf ein Hindernis stößt, das von den Betreibern dieser Reform selbst nicht so wahrgenommen wird. Es zeichnet sich ab, dass, wenn einmal mit einer Neukonzeption des Unterrichts und der Zusammenarbeit der Lehrer(innen) begonnen worden ist, diese Neuerungen in den folgenden Jahrgangsstufen nicht einfach wieder abgebrochen werden können, sondern dass sie weitergeführt werden müssen. Auch deshalb, weil mit diesem Schritt in der Öffentlichkeit ein Erwartungsdruck entstanden ist, der eine Umkehr unmöglich macht. Dies wird immer mehr Lehrer(inne)n deutlich, die nun damit beginnen, sich Gedanken darüber zu machen, inwiefern sie selbst von diesen Neuerungen betroffen sein werden und wie sie damit umgehen sollen. Der Schulleiter versucht, diesem Dilemma zu entgehen, indem er die Zusammensetzung des folgenden Teams bestimmt und zusammen mit anderen Schulleitungsmitgliedern dafür sorgt, dass keine Vertreter von Neuerungen in diesem Team mitarbeiten. Im darauffolgenden Team lässt sich diese Linie aber nicht durchhalten, da sich zwei Schulleitungsmitglieder – Herr Posner, der Pädagogische Leiter, und Herr Seifert, der Stufenleiter 7/8 –

an diesem Team beteiligen.⁶⁶ Von beiden ist bekannt, dass sie eine positive Einstellung zur Team-Konzeption vertreten.

Bei diesen Vorgängen wird deutlich, dass Veränderungen in der Schule nur dann eine Chance haben, akzeptiert zu werden, wenn sie von den Lehrer(inne)n selbst auch als Verbesserungen gewertet werden können. Sie bedürfen dazu einer Ebene konkreter Erfahrbarkeit. Die Arbeit des ersten Teams wird sehr kritisch verfolgt, und es wird immer wieder gefragt, welche tatsächlichen Verbesserungen gegenüber dem früheren Zustand zu erwarten wären.⁶⁷ Es kann von den Mitgliedern des ersten Teams aber nur darauf verwiesen werden, dass in der anfänglichen Phase einer solchen Neuerung sehr viel zusätzliche Arbeit erforderlich sei, deren Erfolg sich in den folgenden Jahrgängen erst abzeichnen würde. Dann hätten die Schüler(innen) genügend soziale Kompetenz, um sich auch in den schwierigen Jahren der Pubertät noch kontrollieren zu können und aufnahmefähig zu sein für Unterrichtsinhalte. Ein solcher Verweis auf die Zukunft ist für viele Lehrer(innen) keine ausreichende Grundlage, von ihrer Meinung nach bewährten eigenen Unterrichtskonzepten für das Schema der Differenzierung auf drei Leistungsniveaus abzugehen und sich offenen Unterrichtskonzepten mit einem hohen Anteil an Eigenaktivitäten der Schüler(innen) zuzuwenden. Bei den Diskussionen im Kollegium treten immer mehr die individuellen Eigenheiten der Lehrer(innen) in den Vordergrund. Dazu gehören Offenheit für Neues, genaue Planung oder Spontaneität, Humor, Großzügigkeit, Kleinlichkeit, Ansprechbarkeit, Abschottung, Interesse an schulischen Dingen oder bestimmte Vorlieben für private Aktivitäten. Auf der Grundlage solcher tatsächlich vorhandenen oder einfach durch mangelnde Kommunikation unterstellten Eigenheiten entstehen im Laufe der Zeit Zuschreibungen. Es wird beobachtet, wer mit wem spricht und wer miteinander Umgang pflegt. Die Stelle, wo diese Beobachtungen stattfinden, um anschließend mit Vertrauten besprochen zu werden, ist das Lehrerzimmer.

Mit dem Ausscheiden des alten Direktors entsteht ein Machtvakuum, das durch seinen Stellvertreter, der nun für eine Übergangszeit seine Rolle übernehmen muss, nicht ausgefüllt werden kann. Dadurch werden die bereits vorhandenen Fronten offen sichtbar und es herrscht Unklarheit darüber, welchen Weg die Schule weiter nehmen wird. Bei den Lehrer(inne)n, die sich bisher durch seine Bemühungen, auf der Grundlage seines Amtes wieder Übereinstimmung herzustellen, in Sicherheit wähnten vor allzu großen Veränderungen, entsteht nun die Befürchtung, dass die Lehrer(innen), die ein neues Schulkonzept – das "Team-Modell" – vertreten, ihre Ansicht darüber, wie die Schule zu funktionieren hätte, allen anderen aufzwingen könnten. Es entsteht die Vorstellung von zwei "Lagern", die sich gegenüberstehen würden. Von den Schulleitungsmitgliedern, die den inzwischen stattgefundenen Veränderungen skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen, wird die Vorstellung von zwei gegensätzlichen Lagern stillschweigend unterstützt, um weitere Veränderungen möglichst zu unterbinden und die eigene Bedeutung zu wahren. Mit der sich verbreitenden Vorstellung von zwei Lagern gerät die angestrebte Weiterent-

⁶⁶ Die Klassenkonferenz in Teil III dieser Arbeit findet wegen Schülern einer Klasse dieses dritten Teams statt, die sich 1991 im Jahrgang 9 befinden.

⁶⁷ Aus dem Datenmaterial allein ist dies nicht abzulesen. Hier hilft dem Autor seine Teilnahme an diesen Prozessen und seine Kenntnis von den damaligen Diskussionen bzw. von den Verhaltensweisen der Lehrer(innen).

wicklung der Schule in eine Sackgasse. Durch die Unduldsamkeit der an einer Weiterführung der Reform interessierten Lehrer(innen) gegenüber vermuteten Gegnern und durch das unreflektierte Beharren auf Wissensvorsprüngen, indem darauf verwiesen wird, dass man sich die Kenntnisse selbst anzueignen habe, bekommen die Skeptiker Argumente geliefert, die es ihnen erleichtern, sich nicht auf die neuen im Team-Modell enthaltenen Konzeptionen von Unterricht einzulassen. Die Bemühungen um eine Einbeziehung des gesamten Kollegiums in die Diskussion um die Weiterentwicklung durch die Einberufung von pädagogische Gesamtkonferenzen erzielen nicht die von den Reformern erhoffte Wirkung, weil sie gerade wegen ihrer Aktivitäten immer gegen den Verdacht ankämpfen müssen, die besseren Lehrer(innen) sein zu wollen. Mit der Zeit wird deutlich, dass eine Patt-Situation eingetreten ist, in der es nicht mehr um die Sache geht, sondern um die Frage, wer sich letztlich durchsetzen kann. Jede der beiden Seiten muss feststellen, dass es unter den bestehenden Verhältnissen keine Lösung zu ihren Gunsten geben kann. So ruhen alle Hoffnungen auf dem neuen Direktor, von dem die einen erwarten, dass er durch die Verhältnisse bedingt in die Fußstapfen des alten treten würde, die anderen, dass er seine Autorität in die Waagschale werfen würde, um die Weiterentwicklung zu unterstützen, von der sie meinen, dass sie unbedingt erforderlich sei, um die Unordnung einer Groß-Schule zu beenden.

So findet der neue Direktor bei seiner Einführung Mitte 1988 eine Situation vor, die für den Beginn seiner Tätigkeit nicht unbedingt ideal ist. Er hat in seinem neuen Aufgabenfeld noch keine Handlungsroutinen entwickelt und muss sich gleichzeitig den Erwartungen von zwei Interessenkoalitionen stellen. Daneben gibt es für ihn noch die Schulaufsichtsbehörde, die ihn eingesetzt hat und die von ihm erwartet, dass es ihm gelingt, wieder Übereinstimmung im Kollegium der Comenius-Schule herzustellen. Mit anderen Worten, es wird von ihm erwartet, dass er seine Rolle als Schulleiter spielt, damit die aus der Hierarchie des Apparates der Schulverwaltung kommenden Anweisungen umgesetzt werden können. Diesem komplizierten Geflecht von Anforderungen versucht er dadurch gerecht zu werden, dass er zunächst vermeidet, in Diskussionen verwickelt zu werden, die etwas mit der Weiterentwicklung der Schule zu tun haben. Diese Verhaltensweise wird aber im Kollegium so interpretiert, als ob er mit diesem Verhalten Partei ergreife gegen eine Veränderung der Schule. Die Betreiber einer Reform der Gesamtschule geraten durch die ausgelöste Stimmung und durch den Zwang zum Stillhalten, weil keine Frontlinie zur Schulleitung hin besteht wie unter dem alten Direktor, in eine prekäre Situation. Das Einbringen von Vorschlägen zu gemeinsamen Projekten im Umfeld der Schule oder zur Zusammenarbeit der Lehrer(innen) kann als Provokation interpretiert werden und durch den zu erwartenden Widerstand bzw. der damit verbundenen Argumentation die eigene Basis verkleinern. Während des Stillhaltens sehen sich die vormaligen Betreiber der Reform demontiert, weil nun die Initiative auf den neuen Direktor übergegangen ist, der aber zunächst nur spärlich davon Gebrauch macht. Einzelprojekte mit Einzelverantwortlichen werden von ihm akzeptiert, gemeinsame Lösungen mit Blick auf die vergangenen Auseinandersetzungen verworfen. Erst nach zwei Jahren wird von ihm eine Bestandsaufnahme des Team-Modells angeregt. Diese Bestandsaufnahme von Einzelmomenten des Team-Modells, über die im Kollegium Konsens besteht, bildet von nun an die Grundlage für den weiteren Umgang mit der Team-Konzeption. Sie ist durch diese Initiative des neuen Direktors allerdings auf ein Angebot an die Lehrerschaft

reduziert worden und beinhaltet keine Verbindlichkeit mehr. Die einzige Kontinuität besteht nun darin, dass in jedem Schuljahr ein neues Team für den Jahrgang 5 gebildet wird, in dessen Belieben es dann liegt, wie es seine Arbeit gestalten möchte. Diese Lösung stellt einen Kompromiss dar, der es offen lässt, wie die jeweilige Lehrer(innen)gruppe mit den auftretenden Problemen in der Schülerschaft umgehen möchte, ohne dabei ein Schema vorzugeben. Diese Lösung ist praktikabel, weil die Schüler(innen) eines Jahrgangs in der Regel zusammen untergebracht sind. Ein Problem stellt die starke Aufsplitterung des Unterrichts in den oberen Jahrgängen durch die Fachleistungsdifferenzierung dar, die in nahezu allen Fächern stattfindet. In Teil III der Untersuchung wird dies in der notwendig gewordenen Klassenkonferenz deutlich, die nicht mehr wie in den Anfangsjahrgängen als Team erfolgt, sondern viele Lehrer(innen) einschließt, die nur mit wenigen Stunden im Jahrgang unterrichten und die Schüler(innen) daher nur oberflächlich kennen.

Die Initiativen des neuen Direktors zur Wiederherstellung von Übereinstimmung im Kollegium wird durch die Bildung von speziellen Gremien zur Weiterentwicklung der Schulkonzeption oder zur Planung von Bauvorhaben unterstützt, in denen die aktiven und an Veränderungen interessierten Lehrer(innen) ein Betätigungsfeld erhalten. Dadurch wird der großen Runde der Gesamtkonferenzen, die bisher als mikropolitische Arena gedient haben, ihre frühere Bedeutung genommen. Drohende Konflikte lassen sich auf diese Weise für die Schulleitung früher erkennen und explodieren nicht auf einer Gesamtkonferenz, wo ihre Auswirkungen durch die Schulleitung nur noch schwer beherrschbar sind. Die Gremien oder Ausschüsse, wie sie genannt werden, werden so besetzt, dass jede Interessenkoalition innerhalb der Lehrerschaft berücksichtigt ist. Dadurch ist eine Rückkoppelung der Diskussion in den Gremien mit der jeweiligen Koalition möglich und es entsteht bei den Lehrer(inne)n nicht der Eindruck, übergangen worden zu sein. Die Beschlussfassung der Gesamtkonferenz hinsichtlich der Einführung des Team-Modells 1991 erfolgt daher auch ohne weitere Diskussion.

Der neue Direktor konzentriert seine Tätigkeit auf die Außendarstellung der Schule und überlässt die anderen Aufgabenbereiche den dafür zuständigen Mitgliedern der Schulleitung. Es gelingt ihm, sie alle wieder auf eine Linie zu bringen, so dass die Grundlagen dafür vorhanden sind, Deutungskompetenz hinsichtlich behördlicher Erlasse und Verfügungen zu demonstrieren und im Kollegium Übereinstimmung herzustellen.